

# LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

**AUSGABE 2.16**

Zartes Pflänzchen solidarische Landwirtschaft \_ 34

Mobil im Tal \_ 38

Dorfgaststätten in Not \_ 44

## Die Schule im Dorf lassen?

# Inhalt



**Seite 34** \_\_  
Zartes Pflänzchen solidarische Landwirtschaft



**Seite 44** \_\_  
Dorfgaststätten in Not



**Seite 50** \_\_  
Umbruch ist machbar

## Für das Netzwerk

### INSIDE

- 05** \_\_ Ideen und Anregungen gesucht
- 05** \_\_ Wettbewerb „Gemeinsam stark sein“
- 05** \_\_ BAG LAG wird e.V.
- 05** \_\_ Neues aus dem Netz
- 05** \_\_ Folgen Sie uns!

### DAS WAR

- 06** \_\_ Regionalentwicklung finanzieren
- 06** \_\_ Zuwanderung: komplexe Fragen – viele Ideen
- 07** \_\_ Naturschutz muss sich lohnen
- 07** \_\_ Reger Austausch zur Energiewende

### DAS KOMMT

- 08** \_\_ Vermarktung von Milch
- 08** \_\_ Planspiel Mobilitätssicherung
- 09** \_\_ Handwerkszeug für Regionalmanager
- 09** \_\_ Marktplatz für Dörfer
- 09** \_\_ Mobilitätssicherung in ländlichen Regionen
- 09** \_\_ Bundesweites LEADER-Treffen
- 09** \_\_ Anpassungen der Landwirtschaft an den Klimawandel

## Im Fokus

### EINFÜHRUNG

- 10** \_\_ INTRO
- 12** \_\_ Die Dorfschule – mehr als Unterricht?

### HINTERGRUND

- 14** \_\_ Schließt die Schule, stirbt das Dorf – oder doch nicht?
- 16** \_\_ Ländlich = abgehängt?

### KONZEPTE

- 17** \_\_ Mehr Individualität wagen
- 18** \_\_ Schule weiter denken
- 20** \_\_ Keine Angst vor unkonventionellen Konzepten
- 22** \_\_ In weiter Ferne, ganz nah

### POSITIONEN

- 24** \_\_ Dörfern wird jegliche Zukunft genommen – Statement
- 25** \_\_ Die Unterrichtsqualität darf nicht leiden – Statement

### PRAXISBEISPIELE UND ALTERNATIVEN

- 26** \_\_ Ein Haus für Kinder
- 28** \_\_ Lernen mit allen Sinnen
- 29** \_\_ Privatschulen – Rettung oder Last?
- 30** \_\_ Eine andere Schule



ab Seite 10 \_\_

### Im Fokus: Die Schule im Dorf lassen?

Der demografische Wandel stellt die Schulinfrastrukturen in den ländlichen Regionen auf den Prüfstand. Sinkende Schülerzahlen und knappe öffentliche Finanzmittel haben in den vergangenen Jahrzehnten bereits in vielen Dörfern zur Schließung der Grundschule geführt.

Aber muss es zwangsläufig dazu kommen?

## Aus der Praxis

- 32 \_\_ Lotsen gegen den Leerstand
- 33 \_\_ Nachrichten vom Bürgermeister – Interview
- 34 \_\_ **Zartes Pflänzchen solidarische Landwirtschaft**  
Stefan Hagen, Milchbauer im Bergischen Land in Nordrhein-Westfalen, hat vor gut einem Jahr eine ungewöhnliche Entscheidung getroffen, um seinen Hof zukunftsfähig zu machen: Er betreibt mit rund 50 Mitgliedern solidarische Landwirtschaft.
- 36 \_\_ Auszeichnung für Futterwert und Artenvielfalt
- 38 \_\_ **Mobil im Tal**  
Die begrenzte öffentliche Verkehrsanbindung wollten die Jugendlichen im baden-württembergischen Zweitälerland nicht länger hinnehmen. Mit ihrer Mobilitätsplattform haben sie nun ein Angebot geschaffen, das Jung und Alt gleichermaßen nützt.

## Forschung trifft Praxis

- 40 \_\_ **Demografischer Wandel – eine Chance für die Landwirtschaft?**  
Entstehen durch den demografischen Wandel neue Einkommensquellen für Agrarbetriebe? Können diese durch Diversifizierung ihres Angebots zur Daseinsvorsorge im ländlichen Raum beitragen? Ein Forschungsprojekt suchte Antworten auf diese Fragen.

## Perspektiven

### BILDUNG UND FORSCHUNG

- 42 \_\_ Was macht ländliche Räume zukunftsfähig?
- 44 \_\_ **Dorfgaststätten in Not**  
In immer mehr Dörfern werden die Gaststätten geschlossen. Mit ihnen geht auch eine zentrale Einrichtung des dörflichen Lebens verloren. Wie können diese wichtigen sozialen Treffpunkte wiederbelebt werden?
- 46 \_\_ Zeit und Geld für die Saat – Interview

### PARTNER UND EXPERTEN

- 48 \_\_ Naturparke mit Anspruch

### POLITIK UND GESELLSCHAFT

- 49 \_\_ Evaluierbar?
- 50 \_\_ Umbruch ist machbar
- 52 \_\_ Über Gleichwertigkeit reden
- 53 \_\_ Die Position

## Service

- 54 \_\_ angelesen
- 55 \_\_ angekündigt
- 56 \_\_ Termine



### Liebe Leserinnen und Leser,

wenn es darum geht, Schulen auf dem Land flächendeckend zu erhalten, sind kreative Ideen gefragt. Seiteneinsteiger einzustellen, jahrgangsübergreifender Unterricht oder Fächer an Externe, wie den Musikverein, zu übertragen, ist nicht mehr ganz neu. Krippe, Kindergarten und Hort im Schulhaus gebündelt, der in die Schule integrierte Freizeittreff, Unterricht per Videokonferenz oder kooperative Zusammenschlüsse unterschiedlicher Bildungseinrichtungen als „Bildungs- oder Lerncampus“ sind vielleicht weniger bekannte Modelle, aber auch schon vorhanden.

Und zwar nicht in Schweden oder Finnland – die meisten Ansätze werden gut verteilt über ganz Deutschland bereits umgesetzt. Wie die Geschichten über die Projekte in diesem Heft zeigen, ist der Weg dahin meist nicht einfach. Für noch ungewohnte Schul- und Unterrichtsformen ist von allen Seiten viel Flexibilität nötig. Dass die Bildungsqualität dabei nicht leidet, konnte in verschiedenen Studien nachgewiesen werden. Das beruhigt Eltern und – wo umgesetzt – auch die zuständigen öffentlichen Stellen. Die Lösungen liegen also auf dem Tisch. Es gilt sie zu verwirklichen und dabei die selbst aufgestellten Hürden beiseite zu räumen. Hier ist die Politik auf Landesebene gefragt.

Ideen dazu gibt es schon, beispielsweise in Schleswig-Holstein. Dort können Kitas und Schulen mit ELER-Mitteln ihr pädagogisches Konzept anpassen, um die Unterrichtsqualität auch bei sinkenden Schülerzahlen und kleinem Kollegium zu sichern – Unterstützung für Fortbildungen und Prozessbegleitung inklusive (Seiten 20 und 21). Zudem wurde eine Experimentierklausel für kleine Grundschulen in das Schulgesetz aufgenommen, die Schulen können nach Genehmigung durch das Bildungsministerium neue, unkonventionelle Modelle ausprobieren. Solche Möglichkeiten gilt es, mutig zu nutzen. Ähnliche Experimentierklauseln, die verschiedene Bereiche der Daseinsvorsorge betreffen, gibt es in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Sie werden aber von den zuständigen Verwaltungen nahezu nicht angewandt. Einen besonderen Weg, um Lehrer an ländliche Räume zu binden, geht Sachsen: Das Bundesland unterstützt Lehramtsstudenten, die später auf dem Land arbeiten möchten, mit einem Stipendium (Seite 17).

Es gibt also bereits viele Verfahren und Modelle, von denen man lernen kann. Weitere Anregungen finden Sie im Fokusthema.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

## Impressum

LandInForm –  
Magazin für Ländliche Räume  
Erscheinungsweise: vierteljährlich  
Auflage: 12 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Bonn  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS),

Redaktion: Anja Rath, Isabella Mahler,  
Andrea Birrenbach, Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)

Redaktionelle Unterstützung: mediamondi  
– Agentur für interkulturelle Kommunikation  
Titelbild: Violetastock / iStockphoto.com  
Rückseite: simonthon / photocase.com

Gestaltung: MedienMélange: Kommunikation!  
[www.medienmelange.de](http://www.medienmelange.de)

Druck: MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern / Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:  
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn  
Telefon: 0228 6845-3461, -3974, -3435, Fax: 0228 6845-3361  
E-Mail: [landinform@ble.de](mailto:landinform@ble.de),  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter  
[www.land-inform.de](http://www.land-inform.de)

Anmerkungen der Redaktion:

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen.

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.

Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert. Zuständige Verwaltungsbehörde: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:

Andrea Birrenbach: abb, Jan Freese: jaf, Stefan Kämper: stk,  
Simon Keelan: sik, Moritz Kirchesch: mok, Isabella Mahler: ima,  
Stephanie Müller: stm, Dagmar Nitsch: dan, Natascha Orthen: nao,  
Jost Pütz: jop, Anja Rath: arh, Christian Rößler: chr, Bettina Rocha: ber,  
Jan Swoboda: jas, Anke Wehmeyer: awr, Monika Wohler: mow

# Neues aus der DVS

## IDEEN UND ANREGUNGEN GESUCHT

Die DVS plant für März 2017 ein LandInForm Spezial über die gemeinschaftlich getragene Landwirtschaft: Damit sind alle Formen der Unterstützung von landwirtschaftlichen Erzeugern durch Privatpersonen und Verbraucher gemeint. Wir freuen uns über Hinweise zu Betrieben, Studien oder Personen, die sich mit diesem Thema befassen. Betriebsporträts und

Praxisbeispiele sollen zeigen, wie Bürger dazu beitragen können, die Existenz von landwirtschaftlichen Betrieben zu sichern und dabei teilweise Einfluss auf die Art der Bewirtschaftung zu nehmen. Das Heft soll zudem Beispiele für Crowdfunding zu Gunsten landwirtschaftlicher Betriebe und weitere Formen der Beteiligung und Finanzierung aufgreifen. [ber]



**KONTAKT:**  
Bettina Rocha, DVS  
Telefon: 0228 6854-3882  
bettina.rocha@ble.de



**SERVICE:**  
Nähere Informationen unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wettbewerb](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wettbewerb)

**KONTAKT:**  
Christian Rößler, DVS  
Telefon: 0228 6845-3554  
christian.roessler@ble.de

## WETTBEWERB „GEMEINSAM STARK SEIN“

Unter dem Motto „Lebensqualität für alle“ hat die DVS eine neue Runde ihres Wettbewerbs gestartet. Gesucht werden beispielhafte und originelle Projekte, die die Lebensqualität in den LEADER- und ILE-Regionen erhöhen und die soziale Inklusion erleichtern. Den Wettbewerb führt die DVS in Kooperation mit den Ländern durch: Sie wählen die Wettbewerbsbeiträge aus. [chr]



**SERVICE:**  
Tagesordnung und Satzungsentwurf unter: [www.baglag.de](http://www.baglag.de)

**KONTAKT:**  
Stephanie Müller, DVS  
Telefon: 0228 6845-3998  
stephanie.mueller@ble.de

## BAG LAG WIRD E.V.

Nachdem alle LEADER-Aktionsgruppen (LAGs) in die neue Förderperiode gestartet sind, wird auch ihre Interessenvertretung, die BAG LAG, auf ein dauerhaftes Fundament gestellt: Am 21. Juni 2016 soll in Göttingen die Gründung eines Vereins erfolgen und die Interessenvertretung der

deutschen Regionen professionalisiert werden. Alle LAGs sind herzlich eingeladen, sich aktiv an der Gründung zu beteiligen. Als Gastredner wird Pedro Brosei, Vizepräsident der European LEADER Association for Rural Development, die europäische Interessenvertretung vorstellen. [stm]



## NEUES AUS DEM NETZ

Die DVS hat eine neue Themenseite zu Integration: Sie bietet eine Auswahl an Ansprechpartnern und Publikationen, die bei Fragen der Integration weiterhelfen. Gute Projektideen aus den Regionen, Förderhinweise sowie Apps und Websites, die Flüchtlingen beim Deutsch lernen und beim Einleben in Deutschland helfen, ergänzen das Angebot. Die Seite wird stetig ausgebaut, beispielsweise um News. Ziel ist es, vorhandene Angebote zu den Themen Zuwanderung, Flüchtlinge und Integration – insbesondere solche mit Blick auf den ländlichen Raum – zu bündeln. [mow]



[w.netzwerk-laendlicher-raum.de/integration](http://w.netzwerk-laendlicher-raum.de/integration)

**KONTAKT:**  
Monika Wohler, DVS  
Telefon: 0228 6845-3462  
monika.wohler@ble.de

## FOLGEN SIE UNS!

Etwa 750 Follower hat @dvs\_land bisher schon auf Twitter: Kommen Sie direkt in Kontakt mit uns und erfahren Sie schnell und direkt, was es Neues bei der DVS gibt. Oder sehen Sie, was andere veröffentlichen. Wenn Sie nicht bei Twitter registriert sind, finden Sie uns über: [www.twitter.com/dvs\\_land](http://www.twitter.com/dvs_land)



# Das war

## ZUWANDERUNG: KOMPLEXE FRAGEN – VIELE IDEEN

Die Integration von Zugewanderten in ländlichen Räumen ist Chance und Herausforderung – für alle Beteiligten. Wie damit kreativ umgegangen und auf konkrete Bedürfnisse angepasste Lösungsideen entwickelt werden können, waren die Kernfragen eines Workshops Ende April in Altena und Arnsberg. Veranstalter waren die DVS und die Südwestfalen-Agentur; rund 100 Personen, darunter etwa 20 mit einer Migrationsgeschichte, nahmen daran teil.

### Kommunale Perspektive

Den Anfang machten Vertreter aus der Kommunalpolitik, Wissenschaft und Verwaltung. Sie schilderten ihre Sicht auf die Integrationsleistungen ländlicher Räume in den vergangenen Jahrzehnten: Es gibt viel Verbesserungspotenzial. Insbesondere der Austausch und das offene Miteinander zwischen alten und neuen Nachbarn sind Schlüssel zum Erfolg. „Ländliche Räume bieten dafür sehr gute Voraussetzungen: günstige Mietpreise, die gut funktionierenden Netzwerke und die größere soziale Nähe als in der Stadt“, sagte Andreas Hollstein, Bürgermeister der Stadt Altena. In Südwestfalen kommt ein gutes Arbeitsplatzangebot hinzu. Wichtig ist es zudem, fremdenfeindlichen Tendenzen gegenüberzutreten. „Ein sich abschottendes Land ist nicht mehr mein Deutschland!“, so der Bürgermeister.

### Verstehen + Beobachten = Lösungsansatz

In zehn Arbeitsgruppen ließen sich die Teilnehmenden anschließend darauf ein, mit der Methode Design-Thinking – erst verstehen, dann beobachten und schließlich praktische Ideen entwickeln – am Thema

zu arbeiten. Entscheidend für die Methode ist es, sich in die Situation eines Menschen in einer bestimmten Lebenslage hineinzuversetzen, um dessen Bedürfnisse zu erkennen und zu verstehen. Thematisiert wurden unter anderem der Zugang Zugewanderter zum Arbeitsmarkt – aus deren oder der Perspektive der Arbeitgeber –, Sinn stiftende Tätigkeiten für Menschen ohne Arbeitserlaubnis und die Kommunikation mit Behörden. Der Auftrag war stets, Probleme zu identifizieren und passende, möglichst konkrete Lösungen zu finden.

Um zu verstehen, führten die Teilnehmer Interviews mit Menschen, die verschiedene Erfahrungen mitbrachten: als syrischer Flüchtling, als ehrenamtlich Engagierter oder als Mitarbeiterin aus der Verwaltung. Mithilfe der daraus gewonnenen Erkenntnisse formulierten die Arbeitsgruppen einen „Design-Fokus“. Er definierte jeweils ein konkretes Bedürfnis und wurde zur Grundlage der vielen Lösungsideen, die die Teilnehmer entwickelten.

### Konkrete Vorschläge

So schlug eine Arbeitsgruppe eine „Autobahn zum Bachelor“ vor: Einen Studiengang, bei dem neben dem Fachwissen das gegenseitige Verstehen zwischen zugewanderten und deutschen Studierenden auf der Agenda steht. Um Verständnis ging es auch beim Konzept für ein Theaterprojekt über die Geschichte einer Geflüchteten sowie bei einer Idee, um den nachbarschaftlichen Austausch im Dorf zu verbessern. Unter dem Motto „Help yourself, do it yourself!“ stand der Vorschlag für ein Selbsthilfeprojekt einer anderen Gruppe. [mok]



**SERVICE:**  
Mehr Informationen unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/integration](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/integration)

**KONTAKT:**  
Moritz Kirchesch, DVS  
Telefon: 0228 6845-3968  
[moritz.kirchesch@ble.de](mailto:moritz.kirchesch@ble.de)



**SERVICE:**  
Eindrücke und Infos unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/finanzierung](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/finanzierung)

**KONTAKT:**  
Christian Rößler, DVS  
Telefon: 0228 6845-3554  
[christian.roessler@ble.de](mailto:christian.roessler@ble.de)



## REGIONALENTWICKLUNG FINANZIEREN

Regionale Entwicklung braucht finanzielle Ressourcen. Geeignete Förderangebote für Projekte zu identifizieren, kann allerdings eine Herausforderung sein. Auf der DVS-Praxistagung Anfang April 2016 in Wernigerode informierten

sich rund 140 Akteure über öffentliche und private Fördermöglichkeiten, revolvierende Regionalfonds und Crowdfundingmodelle. Konkrete Fragen beantworteten Fachkollegen und Vertreter von Förderprogrammen. [chr]



## REGER AUSTAUSCH ZUR ENERGIEWENDE



### SERVICE:

Vorträge und Dokumentation unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/energiewende](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/energiewende)

### KONTAKT:

Stephanie Müller, DVS  
Telefon: 0228 6845-3998  
[stephanie.mueller@ble.de](mailto:stephanie.mueller@ble.de)

Die Energiewende vermag mehr zu sein als ein Mittel zum Klimaschutz: Sie kann als Chance für Regionen und Dörfer begriffen werden. Das war die Botschaft der DVS-Veranstaltung Mitte März 2016 in der Lutherstadt Wittenberg, bei der sich etwa 70 Vertreter aus der Regionalentwicklung, den Kommunen und Verbänden trafen. In sechs Fachforen diskutierten sie darüber, wie die Energiewende durch LEADER gestaltet werden kann: über Kooperation, Bürgerbeteiligung und Sensibilisierung, klimafreundliche Mobilität oder den Ausbau von Windenergie und Nahwärmenetzen. Eine Exkursion bot Einblicke in die Praxis. Daneben nutzten die Teilnehmer beim Open Space die Möglichkeit, eigene Themen in den Fokus zu rücken: Während sich die einen mit der Frage beschäftigten, ob der globale Wandel noch zu stoppen sein wird, vertieften andere Teilnehmer die Themen der Veranstaltung. Am Ende stand zudem eine Idee: ein Netzwerk Gemeinwohlökonomie aufzubauen, um sich zu Nachhaltigkeitsthemen auszutauschen. [stm]

men in den Fokus zu rücken: Während sich die einen mit der Frage beschäftigten, ob der globale Wandel noch zu stoppen sein wird, vertieften andere Teilnehmer die Themen der Veranstaltung. Am Ende stand zudem eine Idee: ein Netzwerk Gemeinwohlökonomie aufzubauen, um sich zu Nachhaltigkeitsthemen auszutauschen. [stm]

## NATURSCHUTZ MUSS SICH LOHNEN

Welche Perspektiven kann man Landwirten bieten, um anspruchsvollen Naturschutz umzusetzen? Diese Frage diskutierten Praktiker aus Landwirtschaft und Naturschutz sowie Vertreter von Wissenschaft, Politik und Verwaltung bei der Tagung „Erfahrungen und Perspektiven des bäuerlichen Naturschutzes“ der DVS und des Deutschen Verbands für Landschaftspflege (DVL) Mitte April 2016.

### Persönlicher Bezug

Seit er den Naturschutz als Einkommensquelle entdeckt habe, könne er von der Schäferei leben, berichtete Schäfermeister Knut Kucznik aus Altlandsberg. Zuerst hatte der Schäfer dem örtlichen Biotoppfleger ein Betretungsverbot für seine Wiesen erteilt. Überzeugt haben ihn dann die Bläulinge: seltene Schmetterlinge, die bei ihrer Nahrungssuche auf eine spezielle Wiesenpflanze angewiesen sind. Kucznik übernahm für sie die Verantwortung und stellte seine Weidetechnik um. Der Biotoppfleger sorgte dafür, dass diese Leistung mit Vertragsnaturschutzmitteln finanziell unterstützt werden konnte.

### Einig- und Uneinigkeit

„Etwa 40 000 Betriebe erzielen mit anspruchsvollem Naturschutz eine relevante Wertschöpfung“, sagte der Vorsitzende des DVL, Josef Göppel. Allerdings – darin war er sich mit Vertretern der Bundespolitik und des Deutschen Bauern-

verbands auf dem Podium einig – lohnt sich bäuerlicher Naturschutz derzeit oft nicht. Wie ließe sich die Situation verbessern? Einige befürworteten, andere lehnten es ab, Gelder von der ersten in die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik umzuschichten. Verschiedene Akteure forderten, wieder an die Weidetierhaltung gekoppelte Zahlungen einzuführen. Agrarökonom Alois Heissenhuber warb für eine multifunktionale Landwirtschaft: Es sei möglich, den bäuerlichen Naturschutz zu verbessern, indem man staatliche Förderung mit dem Labeln von Produkten kombiniert. So könne der Verbraucher Naturschutzprodukte honorieren.

### Nicht neu, aber aktuell

Ein Fazit der Veranstaltung: Als Partner des Naturschutzes erhalten Landwirte Kulturlandschaften und pflegen gezielt Schutzgebiete. Obwohl sie in unterschiedlichen Regionen Deutschlands leben und unterschiedlich wirtschaften, sind ihre Bedürfnisse vergleichbar. Sie benötigen eine verlässliche, angemessene Finanzierung. Landwirte möchten ihre Bewirtschaftung individuell ausrichten können und sie legen Wert darauf, Naturschutzmaßnahmen zu verstehen. Sie wollen nicht von der Förderung leben, sondern vor allem vom Verkauf erzeugter Produkte. Und: Sie brauchen gesellschaftliche Akzeptanz und Verständnis für ihre Arbeit. [jaf]



### SERVICE:

Dokumentation unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/naturschutz](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/naturschutz)

### KONTAKT:

Dr. Jan Freese, DVS  
Telefon: 0228 6845-3477  
[jan.freese@ble.de](mailto:jan.freese@ble.de)

# Das kommt

## PLANSPIEL MOBILITÄTSSICHERUNG

Am 6. September 2016 in Stadtallendorf

Wie können ländliche Regionen die Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen sicherstellen? Mehrere Kleingruppen sollen für ein fiktives „Musterdorf“ durchspielen, wie die Einführung eines Mitfahrtsystems von der Idee bis zur Umsetzung ablaufen könnte. Willkommen sind alle, die sich mit dem Thema Mobilität in ihrer Region auseinandersetzen. Unterstützt werden sie von Experten aus Verwaltung, Politik und Verkehrsunternehmen. [mok]



### SERVICE:

Mehr Informationen:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/planspiel](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/planspiel)

### KONTAKT:

Moritz Kirchesch, DVS  
Telefon: 0228 6845-3968  
[moritz.kirchesch@ble.de](mailto:moritz.kirchesch@ble.de)



## VERMARKTUNG VON MILCH

Die DVS macht beim Transferbesuch am 13. und 14. Juli 2016 in Norddeutschland Absatzwege zum Thema.



Die Lage der Milchviehhalter ist kritisch: Die Milchpreiskrisen 2009 und 2012 saßen vielen von ihnen noch in den Knochen als der Preis, den sie erhalten, zwischen Januar 2014 und Januar 2015 von rund 40 auf 30 Cent pro Kilogramm Milch fiel. Im Sommer 2015 sank er weiter und liegt aktuell unter 20 Cent. Ein Ende des Preistiefs ist nicht in Sicht.

### Betriebe kämpfen um ihre Existenz

Die EU-Kommission hat für deutsche Erzeuger in der Tierhaltung eine befristete Sonderbeihilfe von knapp 70 Millionen Euro bereitgestellt. Rund 10 000 landwirtschaftliche Betriebe haben bis zum März dieses Jahres Hilfe beantragt, um über die Durststrecke der Niedrigpreise liquide zu bleiben. Doch wie lange wird diese anhalten und werden die Preise überhaupt wieder nennenswert steigen? Die Liquiditätsbeihilfe verschafft den Betriebsleitern kurzfristig Luft. Doch sobald sie durchgeatmet haben, müssen sie sich Gedanken machen, wie sie ihren Betrieb zukunftsfähig gestalten: Weiter wachsen und globale Märkte auf Weltmarktniveau bedienen? Auf Bio umstellen – für Bio-Milch werden momentan Preise gezahlt, die rund 20 Cent über denen für konventionelle liegen? Oder neue Absatzwege suchen und so einen größeren Teil der Wertschöpfung durch Milchprodukte selbst einstreichen? Vieles ist möglich und denkbar – einen Königsweg gibt es nicht. Je nachdem, wie der Betrieb aktuell ausgerichtet ist und welche Unternehmerpersönlichkeit samt Familie oder Angestellten dahinter steht, gibt es verschiedene Wege, mit der Krise und mit möglicherweise dauerhaft niedrigen Erzeugerpreisen umzugehen.

### Anregungen

Die DVS will unterschiedliche Wege der Vermarktung von Milch vor Ort vorstellen. Die unternehmerischen Konzepte der Exkursionsziele sind natürlich singuläre Lösungen. Sie sollen aber zur gemeinsamen Diskussion über Vermarktungs- und damit auch Lösungswege in der Milchwirtschaft anregen. Die erste Exkursion startet beim Hof einer Familie in Schleswig-Holstein, die 2011 einen zusätzlichen Betriebszweig eingeführt hat: die Herstellung von Bauernhofeis. Zusammen mit Frischmilch wird es in der eigenen Eisstube und dem Hofladen vermarktet sowie über den Einzelhandel, andere Hofläden, Cafés und Restaurants. Danach wird der Kattendorfer Hof besichtigt: Der Demeter-Betrieb arbeitet als solidarische Landwirtschaft, in der mehr als 50 Menschen 240 Hektar Fläche bewirtschaften. In der Hofkäserei werden 220 000 Liter Kuhmilch und 7 000 Liter Ziegenmilch zu insgesamt 40 verschiedenen Milchprodukten verarbeitet. Der zweite Tag führt die Teilnehmer zum Melkhaus eines Milchviehbetriebes südwestlich von Hamburg. Es bietet nicht nur Wanderern eine Vielfalt an Milchprodukten, sondern Interessierten auch die Gelegenheit, den Betrieb zu besichtigen. Letztes Ziel ist die radtouristische Milchstraße in Niedersachsen. Sie ist aus einem Sparkassenwettbewerb heraus entstanden und wurde zum Teil mit LEADER-Mitteln finanziert. Die Milchstraße umfasst neben landwirtschaftlichen Betrieben auch eine kleine genossenschaftliche Molkerei, die während der Exkursion besucht wird. [ber]



### SERVICE:

Information und Anmeldung:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/milch](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/milch)

### KONTAKT:

Bettina Rocha, DVS  
Telefon: 0228 6845-3882  
[bettina.rocha@ble.de](mailto:bettina.rocha@ble.de)

# HANDWERKSZEUG FÜR REGIONALMANAGER

Die DVS legt Schulungsmodulare neu auf.

Erster Termin vom 13. bis 16. September in Bad Kissingen



Aufgrund der großen Nachfrage im letzten Jahr startet die DVS eine neue Runde von Schulungen für Regionalmanager, Mitglieder Lokaler Aktionsgruppen und kommunaler oder regionaler Netzwerke.

## Kompetenz erwünscht

Die Erwartungen an Manager in regionalen und lokalen Prozessen sind hoch und sie müssen in ganz verschiedenen Handlungsbereichen präsent sein. Zu Beginn einer neuen Förderperiode sind viele Manager häufig selbst neu in diesem Berufsfeld. Die DVS-Schulungen richten sich zum einen an sie, sind aber auch für „alte Hasen“ interessant. Die Inhalte sind praxisorientiert und einige Module bauen darauf, dass es zwischen den mehr und den weniger erfahrenen Teilnehmern zu einem Dialog und Erfahrungsaustausch kommt.

## Intensivkurse und Gespräche

Geplant sind sechs Module, die von qualifizierten Trainern durchgeführt werden. Da jedes davon intensive eineinhalb Tage lang ist, können Teilnehmer sich für maximal zwei Themen anmelden. Neben der Moderation im Netzwerk, der Öffentlichkeits- und Medienarbeit, Social Media in der Öffentlichkeitsarbeit, der Rolle des Regionalmanagers sowie der Beratung von Projektträgern soll das Vergaberecht für Regionalmanager thematisiert werden.

Die Teilnehmer können sich außerdem über ihre Arbeit und die Herausforderungen in ihrer Region austauschen. Bei großer Nachfrage wird die DVS die Schulungen wiederholen. [stk]



### SERVICE:

Programm und Anmeldung ab Mitte Juni: [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/schulungen](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/schulungen)

### KONTAKT:

Stefan Kämper, DVS  
Telefon: 0228 6845-3772  
[stefan.kaemper@ble.de](mailto:stefan.kaemper@ble.de)



### SERVICE:

Nähere Informationen demnächst unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/dorfentwicklung](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/dorfentwicklung)

### KONTAKT:

Moritz Kirchesch, DVS  
Telefon: 0228 6845-3968  
[moritz.kirchesch@ble.de](mailto:moritz.kirchesch@ble.de)

# MARKTPLATZ FÜR DÖRFER

Die gewünschte Fortsetzung des Dorf-Netzwerktreffens kommt: im Herbst und nach Brandenburg

Beim ersten Marktplatz der Dörfer, der 2015 in Suhl stattfand, stimmte die Mehrheit der Teilnehmer dafür, eine regelmäßige Veranstaltung zu etablieren: 2016 laden die DVS und ihre Kooperationspartner, der Bundesverband Lebendige Dörfer e. V. und das Forum Ländlicher Raum Brandenburg, die in Deutschland aktiven Dorfnetzwerke und Akteure der Dorfentwicklung zu einem offenen Informations- und Erfahrungsaustausch ins Land Brandenburg ein.

## Lösungen entwickeln, sich austauschen

Im Fokus stehen in diesem Jahr die Themen Beteiligung, Kommunikation und Kooperation.

Zum Einstieg dienen vier Inputs, die unterschiedliche Aspekte der Themenfelder aufgreifen. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung sollen die Teilnehmer in Arbeitsgruppen konkrete Handlungsansätze für die aufgezeigten Felder erarbeiten. Darüber hinaus wird es auch in diesem Jahr wieder Zeit zum Austausch und Netzwerken geben.

## Plakatieren erwünscht

Interessierte Netzwerke können sich – wie beim ersten Marktplatz für Dörfer – in Form von Postern präsentieren. Wer daran Interesse hat, meldet sich bitte bei der DVS. [mok]

# VORMERKEN

12.+13.  
OKT

## Anpassungen der Landwirtschaft an den Klimawandel:

Auf der Tagung in Bonn stellen wir Projekte und Strategien vor: Beleuchtet werden Kulturpflanzen von der Züchtung bis hin zu neuen Kulturarten, außerdem Bewirtschaftungsmethoden von Bewässerung über Düngung bis hin zum Pflanzenschutz. [sik]

[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/landwirtschaftsklima](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/landwirtschaftsklima)

8.+9.  
NOV

## Bundesweites LEADER-Treffen

Das diesjährige Schwerpunktthema heißt „Kooperation“. Auch LAGs aus Österreich und Luxemburg sind zu der Veranstaltung eingeladen. [awr]

[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/veranstaltungen](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/veranstaltungen)



„Hier können wir Fußball in der Pause spielen; den Platz haben wir alle zusammen gebaut, mit den Eltern und Kindern.“ *Elias, 7 Jahre*



„Gut, dass wir hier eine Schule haben, weil Ulfa ja so ein kleines Dorf ist. Ich kann ganz schnell hinlaufen.“  
*Dorian, 8 Jahre*



„Bei Eltern stößt das Konzept des jahrgangsübergreifenden Unterrichts oft noch auf Vorbehalte. Sie fühlen sich an die alte Dorfschule erinnert und müssen erst einmal überzeugt werden, dass ihre Kinder auch ausreichend Förderung erhalten.“  
*Anke Erdmann, Seiten 20 und 21*



IM FOKUS

# Die Schule im Dorf lassen?



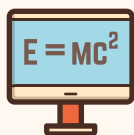


„Der Handlungsspielraum vor Ort würde für unsere Schule eingeschränkt, wenn die Leitung aus der Ferne agiert.“

Katja Sang, Seite 24

„Sächsische Gemeinden, in denen die letzte Grundschule geschlossen wurde, haben spätestens seit dem Jahr 2000 eine negative Migrationsrate. Tatsächlich aber ist diese Entwicklung eine landesweite, die von den Schulschließungen weitgehend losgelöst ist.“

Bilal Barakat, Seiten 14 und 15



„Eine Verbundlösung kann ein großer Schritt auf dem Weg zu verstärkter Zusammenarbeit von Nachbargemeinden sein und deren Austausch in sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereichen fördern.“

Ralf Hörnig, Seite 25



# Die Dorfschule – mehr als Unterricht?

Einst war die Schule fester Bestandteil jedes Dorfes, seit Jahrzehnten nimmt ihre Zahl ab. Schüler, Eltern und Dorfbewohner wehren sich vielerorts gegen Schulschließungen. Brauchen wir die Dorfschule noch?

[VON TORSTEN SOMMER]

Es ist wohl eines der einschneidendsten Erlebnisse im Leben jedes Fünf- oder Sechsjährigen: die Einschulung. Mit großen Augen, voller Erwartungen, die viel zu große Schultüte fest in den Arm gedrückt, starten die Knirpse ihre „Karriere“ in unserem schulischen Bildungssystem. Neugierig und oft sehr wissbegierig, wollen sie die Welt entdecken und Antworten auf ihren schier unerschöpflichen Fundus an Fragen erhalten. Dafür ist die Schule schließlich da – sie soll Wissen vermitteln, das Lernen lehren und bestenfalls den Spaß daran fördern. Doch nicht nur das. Auf den Fluren oder dem Schulhof messen sich die Kinder mit Gleichaltrigen; Freundschaften werden geschlossen und gehen auseinander; man verabredet sich zum Spielen auch außerhalb der Schule – die bisher überschaubare Welt weitet sich ein erstes Mal spürbar. Schule ist damit nicht nur ein Lernort, sondern auch ein Ort der sozialen Interaktion.

## **Schwerpunkt des dörflichen Lebens**

Hat sich eine junge Familie auf dem Land niedergelassen, so wird die (Grund-)Schule im Dorf – genauso wie die Kindertagesstätte – auch für die Erwachsenen zum sozialen Kristallisationspunkt des dörflichen Lebens. Hier lernt man Eltern von gleichaltrigen Kindern kennen, Alteingesessene knüpfen Kontakte mit Zuzüglern, Bekanntschaften mit Gleichgesinnten entstehen – im günstigsten Fall Freundschaften fürs Leben. Häufig gestalten Einwohner,

Eltern und Lehrer gemeinsam das alljährliche generationenübergreifende Dorffest; gemeinsam werden Projektwochen initiiert und umgesetzt; die vielfältigen Sportangebote des örtlichen Sportvereins wären ohne die zur Schule gehörende Sporthalle nicht denkbar.

Eigentümer oder Träger der Grundschulgebäude sind in der Regel die Kommunen oder ein Schulverband als Zusammenschluss mehrerer Gemeinden. Sie investieren in die Gebäude, finanzieren die Unterhaltung auch der zugehörigen Sporthalle, stellen den Hausmeister, gestalten den Schulhof und sichern den Schülertransport. Lehrer und Pädagogen schließlich werden vom Land finanziert. Ihre Arbeit richtet sich nach den von den Ländern entwickelten Lehrplänen. Das System Grundschule ist organisatorisch äußerst komplex – wobei es Unterschiede je nach Bundesland geben kann. Die Abbildung zeigt beispielhaft die Struktur für Schleswig-Holstein.

## **Ein kostbares Gut in Gefahr**

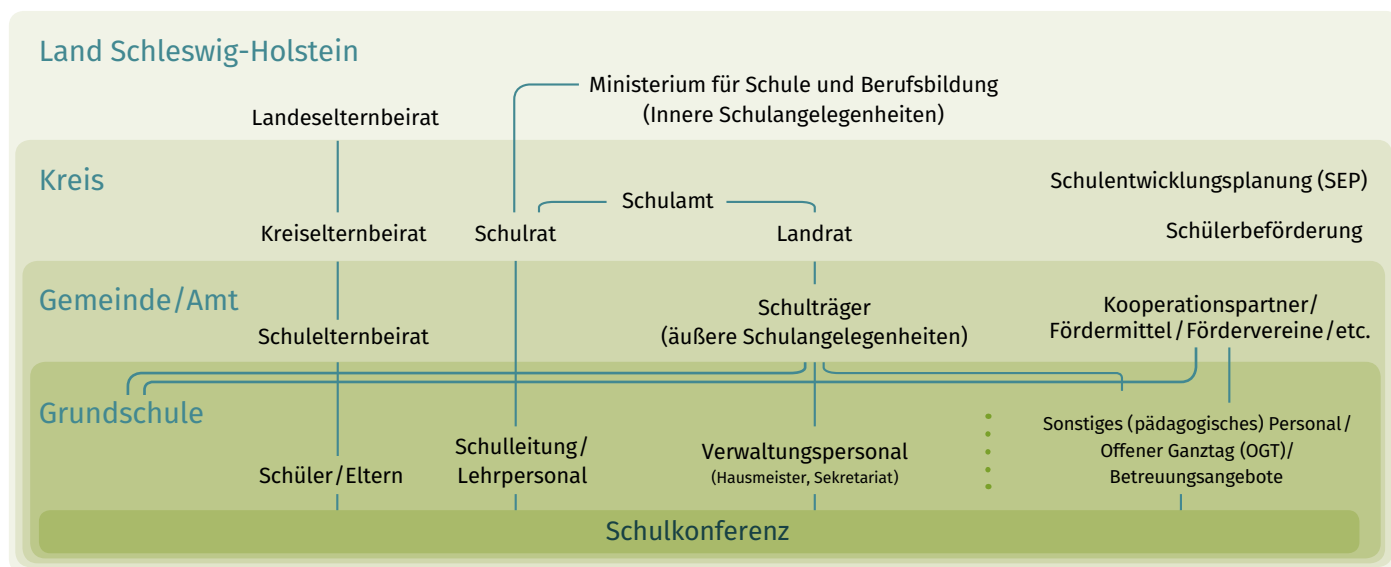
Für die Kommunen ist die „Schule im Dorf“ ein hoch gehandeltes Gut. Nicht ohne Grund ist eine der ersten Fragen von jungen Familien, die ein neues Zuhause suchen: „Gibt es in Ihrem Dorf einen Kindergarten und eine Grundschule?“ Es folgen Fragen zu den Betreuungszeiten und zum pädagogischen Konzept. Für Gemeinden, die keine Betreuungs- und Bildungsangebote im Primarbereich

mehr vorhalten können, könnte es deshalb auf lange Sicht noch schwerer werden, eine Trendwende im Sinne von Zuzug oder Verjüngung einzuleiten.

Doch sind die Grundschulstandorte in vielen Gemeinden mittlerweile in Gefahr, immer mehr Einrichtungen müssen schließen. Die Gründe sind bekannt: durch den demografischen Wandel bedingte sinkende Schülerzahlen auf der einen Seite, länderspezifische Gesetzgebungen und Regelungen auf der anderen. Dadurch zeigt sich das Phänomen in den einzelnen Bundesländern auch mit unterschiedlichen Ausprägungen und Intensitäten. Ein Beispiel: In Schleswig-Holstein gab es Anfang des Jahrtausends 626 Grundschulen. Bis 2007/08 ging diese Zahl langsam um 29 Schulen auf 597 zurück. Ein weiterer Rückgang erfolgte dann zwischen 2007 und 2013 um weitere 87 Grundschulen, einschließlich der kombinierten Grund- und Regional- beziehungsweise Gemeinschaftsschulen.

Frühzeitiger und dramatischer war die Entwicklung in den fünf neuen Bundesländern. Dort wurden bereits im Zeitraum 1994 bis 2003 zwischen 22 Prozent (Brandenburg) und 36 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern) der Grundschulen geschlossen. Inzwischen wurden auch die Schulen der Sekundarstufe von der Schließungswelle erfasst.

Schulschließungen im ländlichen Raum sind besonders dramatisch,



Quelle: Studie zur Zukunftsfähigkeit der Grundschulen in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins

weil viele Gemeinden – im Unterschied zum verdichteten Raum und zur Stadt – damit oft ihr einziges Schulangebot verlieren. So sind in den neuen Bundesländern rund 700 Gemeinden von Grundschulschließungen betroffen, 453 Gemeinden haben bereits ihre einzige (Grund-)Schule verloren.

### Einfache Lösungen gibt es nicht

Wie lässt sich dieser Entwicklung nun entgegenwirken? Zunächst einmal gilt es, den Anpassungsbedarf ernst zu nehmen und das komplexe Steuerungs- und Regelungssystem der Grundschulen im ländlichen Raum zu verstehen. Darauf aufbauend Lösungsvorschläge zu unterbreiten, war Ziel einer von der Akademie für die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins in Auftrag gegebenen Studie zur Zukunftsfähigkeit der Grundschulen im Land. Die Ergebnisse zeigen, dass die Lösungen nicht unmittelbar auf der Hand liegen. In der Studie wurden unter anderem das komplexe Gefüge der verschiedenen Kostenarten (Gebäude, Schülertransport, Lehrpersonal) und der Kostenträger sowie die zu erwartenden Kostenverlagerungen, etwa im Fall von Schulschließungen, aufgezeigt. Dabei konnte nicht nachgewiesen werden, dass kleine Schulen – wie sie im ländlichen Raum üblich sind – zwangsläufig immer teurer sind als große Einheiten. Zudem hat sich gezeigt, dass kleine Schulen auch unter pädagogischen Aspekten nicht in jedem Fall Auslaufmodelle sind.

Im Gegenteil – sie können sich als flexibel gesteuerte und pädagogisch innovative Systeme erweisen.

In diesen Fällen kommt allerdings die Abhängigkeit von der Qualität einzelner Lehrpersonen besonders zum Tragen, im positiven wie im negativen Sinne.

In der Entscheidung über den Erhalt von Schulstandorten sind mit Kommune, Landkreis und Land mehrere Ebenen involviert. Dabei divergieren Blickrichtungen und Interessen der Beteiligten stark: Das Land hat das in seiner Zuständigkeit befindliche Lehrpersonal im Blick und ist an Kosteneinsparungen interessiert, Kommunen wiederum kämpfen um jeden Schüler, jeden (neuen) Einwohner und den Erhalt ihrer Dorfschule. Sinkende Schülerzahlen stellen auch die Landkreisverwaltungen vor neue Herausforderungen: Sie müssen die Schulentwicklungsplanung und die Organisation der Schülerverkehre an die veränderten Gegebenheiten anpassen – keine leichte Aufgabe, wenn Personalressourcen begrenzt sind.

Ob und wie es gelingen kann, diese unterschiedlichen Interessen unter einen Hut zu bringen, welche kreativen Konzepte sich Eltern und Lehrer, Länder und Gemeinden einfallen lassen, um die Schule (tatsächlich oder virtuell) im Dorf zu behalten und somit ihre vielfältigen Funktionen für das dörfliche Leben zu bewahren, zeigen die folgenden Beiträge auf.

### SERVICE:

#### Zum Weiterlesen:

Jahnke H., Hoffmann, K., 2014: *Die Zukunftsfähigkeit der Grundschulen in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins*. Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V., Flintbek; im Download verfügbar unter [kurzlink.de/grundschulstudie](http://kurzlink.de/grundschulstudie)

Weishaupt, H., 2006: *Veränderungen im elementaren und sekundären Bildungsbereich durch demographischen Wandel*.

In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Demographischer Wandel – Auswirkungen auf das Bildungssystem*. Statistik und Wissenschaft, Band 6, Wiesbaden.



#### KONTAKT:

Torsten Sommer  
Akademie für die Ländlichen Räume  
Schleswig-Holsteins e.V.  
Telefon: 04347 704-803  
[torsten.sommer@alr-sh.de](mailto:torsten.sommer@alr-sh.de)  
[www.alr-sh.de](http://www.alr-sh.de)

# Schließt die Schule, stirbt das Dorf – oder doch nicht?

Sobald in einem Ort die Grundschule geschlossen wird, sehen sich junge Familien nach einem neuen Wohnort um. Die Dörfer schrumpfen und überaltern, so die landläufige Annahme. Eine Studie hat dieses Phänomen am Beispiel Sachsens untersucht – und kam zu überraschenden Ergebnissen. [VON BILAL BARAKAT]

Die Schließung der letzten oder einzigen Grundschule am Ort wird von Gemeinden oft als existenzielle Bedrohung empfunden. Dieses Unbehagen drückt sich nicht zuletzt in der Sprachwahl aus: Da wird von der Schulschließung als „Sargnagel“ für die Überlebensfähigkeit des Dorfes gesprochen; „Der Letzte macht bitte das Licht aus!“ ist eine gängige Redewendung. Diesen Befürchtungen liegt ein scheinbar offensichtlicher Zusammenhang zu Grunde: Sobald in einem Ort die letzte Schule geschlossen wird, ist er für Familien als Wohnort nicht mehr attraktiv. Abwanderung und Überalterung sind die Folge.

## Von Mythen und Fakten

Schulen sind ein Symbol für die Autonomie, die Tradition und die Identität eines Dorfes. Doch stirbt ein Dorf ohne eigene Schule tatsächlich aus? Bedenkt man, wie oft diese Befürchtung geäußert wird und wie überzeugt die Betroffenen von diesem Zusammenhang sind, überrascht es, dass es kaum empirische Studien gibt, die solch einen Zusammenhang untersuchen. Die wenigen vorhandenen Studienbeispiele, etwa aus dem angelsächsischen Raum oder Skandinavien, haben keine Belege dafür gefunden, dass Schulschließungen einen Einfluss auf die demografische Entwicklung haben. Das in Wien ansässige Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital hat kürzlich untersucht, ob es Hinweise auf einen solchen Zusammenhang im Bundesland Sachsen gibt.

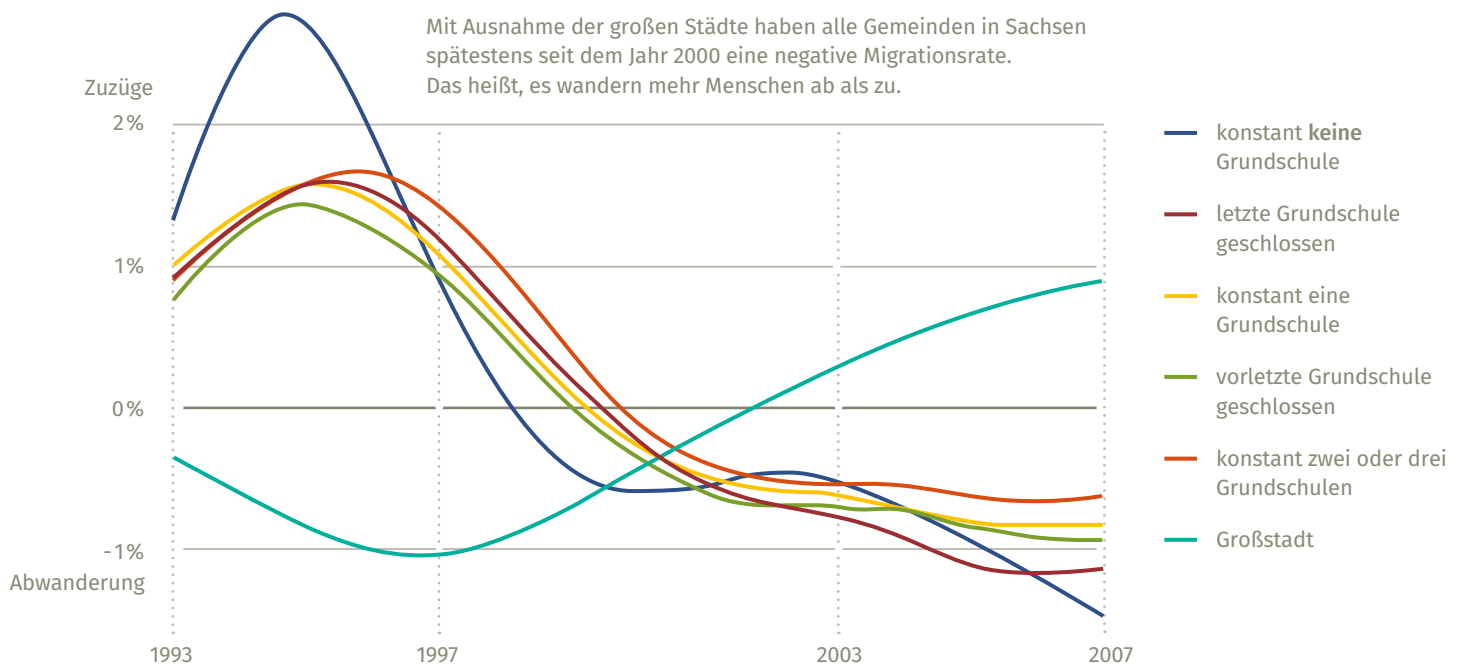
Ein grundlegendes Problem bei dieser Fragestellung ist, dass Schulen unter anderem geschlossen werden, weil ein Rückgang der Bevölkerungszahl erwartet wird. Sinkt die Bevölkerungszahl nach der Schließung also tatsächlich, kann das sowohl Ursache als auch Wirkung sein – das Dorf schrumpft, weil die Schule geschlossen wurde, oder aber die Schule wurde geschlossen, weil das Dorf geschrumpft ist. In der Untersuchung für Sachsen wurde dieses Problem umgangen, indem nicht die Bevölkerungsentwicklung insgesamt, sondern gezielt örtliche Wanderungsbewegungen untersucht wurden. Für diese Wanderungsbewegungen lagen auf Gemeindeebene keine Vorhersagen vor, die die Standortplanung hätten beeinflussen können. Somit können die Wanderungen nur Wirkung, nicht aber Ursache der Schließungen sein.

## Kein eindeutiger Zusammenhang erkennbar

Die Bevölkerung Sachsens ist durch die allgemeine Ost-West-Migration in den vergangenen Jahrzehnten stark zurückgegangen. Die Schülerzahlen in den Grundschulen fielen von 1993 bis 2007 um die Hälfte. Das Bundesland verfügt über sehr genaue Daten zu Schulen und Einwohnerzahlen seiner Gemeinden. Aus diesen geht hervor, dass Schulen bis zum Jahr 2001 tendenziell dann geschlossen wurden, wenn zwei Jahre in Folge weniger als 15 Neuanmeldungen eingegangen waren. Später wurden in Schulnetzplänen neben den aktuellen und prognostizierten Schülerzahlen auch andere Faktoren wie die Ausstattung einer Schule, die Zentralität der Gemeinde und die Schulwegzeiten berücksichtigt.

Der Vergleich von Gemeinden mit einer unterschiedlichen Anzahl an Schulen und Schulschließungen zeigt ein relativ eindeutiges Bild: Gemeinden, in denen die letzte Grundschule geschlossen wurde, haben spätestens seit dem Jahr 2000 eine negative Migrationsrate. Das heißt, es ziehen mehr Menschen weg als zu. Tatsächlich aber ist diese Entwicklung eine landesweite, die von den Schulschließungen weitgehend losgelöst ist. Ganz gleich, ob eine Gemeinde eine, zwei oder drei Schulen hat, und ganz gleich, ob die letzte oder vorletzte Schule der Gemeinde geschlossen wurde: Bis zum Jahrtausendwechsel gab es überall noch eine durchschnittlich positive Migrationsrate. Danach ziehen überall mehr Menschen weg als zu.

An diesem Ergebnis ändert sich auch kaum etwas, wenn verschiedene Zeiträume vor und nach einer Schulschließung untersucht werden: Ziehen einige Bewohner vorzeitig weg, wenn sie von der drohenden Schließung erfahren? Oder zeigt sich der Effekt erst einige Jahre nach der Schließung? Vorweggenommene oder verzögerte Reaktionen auf Schulschließungen bestätigten sich in der Untersuchung nicht. Auch eine getrennte Betrachtung von Zu- und Abwanderung ändert praktisch nichts am Ergebnis: Ein nennenswerter Effekt auf die Abwanderung ließ sich nicht feststellen; auch die Zuzüge in die Gemeinden gingen, wenn überhaupt, nur minimal zurück.



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen, veränderte Darstellung nach J. W. Vaupel, Max-Planck-Institut für demografische Forschung (Hrsg.), 2015: Demografische Forschung, Jhg. 12, Nr. 1.

### Bevölkerungsverluste haben komplexe Ursachen

Genau betrachtet, ist dieses Ergebnis wenig überraschend. Zwar mag es dem „gesunden Menschenverstand“ entsprechen, dass die Schließung der einzigen Grundschule zu Wanderungsverlusten führt. Doch wissen wir aus der sozialgeografischen Forschung auch, dass Familien mit kleinen Kindern für die Wanderungsbilanz zwischen der Peripherie und den urbanen Zentren generell nur eine untergeordnete Rolle spielen. Vom Land in die Stadt ziehen meist junge Menschen vor der Familiengründung, beispielsweise während ihrer Ausbildung oder kurz danach. Die Familien wiederum ziehen eher aus der Stadt in die Vororte, seltener aber in die Peripherie hinein, wo sie mit schlechteren Arbeitsmöglichkeiten oder weniger Einrichtungen zur Kinderbetreuung konfrontiert sind. Auch im spezifischen regionalen Kontext finden sich mögliche Erklärungen für einen fehlenden Zusammenhang von Grundschulschließungen und Migrationsbewegungen. So ist die Siedlungsdichte in Sachsen relativ hoch: Fast alle Schulen – auch in ländlicheren Gegenden – sind innerhalb von 20 Minuten zu erreichen. Die Grundschulzeit umfasst zudem nur vier Jahre, nach denen die Kinder vermutlich ohnehin zu einer weiterführenden Schule pendeln müssten. Auch besitzen viele Bewohner in ländlichen Gegenden ein Eigenheim, das sie nicht ohne Weiteres verkaufen können. Sie bleiben im Dorf – trotz Schulschließung.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass nicht die konkreten Schulstandorte für die Schrumpfung im ländlichen Raum entscheidend zu sein scheinen, sondern die „Großwetterlage“: Zieht es in einem bestimmten Zeitraum die Menschen insgesamt raus aufs Land oder doch eher in die Städte?

### Können Gemeinden aufatmen?

Für betroffene Gemeinden ist dieser Befund zweischneidig. Einerseits mag es beruhigen, dass eine Schulschließung keineswegs zwingend zum demografischen Niedergang einer Gemeinde beiträgt. Andererseits verlieren Schließungsgegner womöglich ein entscheidendes Argument, um Widerstand gegen eine Schulschließung zu mobilisieren. Ohnehin bedeutet ein fehlender Einfluss auf die Zu- und Abwanderung keineswegs, dass die Furcht vor anderen

möglichen negativen Folgen einer Schulschließung nicht durchaus berechtigt sein kann. Über den Zeitverlust der Schüler und ihrer Familien und deren Sorgen macht diese Studie ebenso wenig Aussagen wie über das örtliche Gemeinschaftsempfinden oder die Qualität der Schulbildung. Sie stellt somit auch keinen „Blankoscheck“ für Schließungen dar.

Nichtsdestotrotz kann man dem Studienergebnis in jedem Fall eine positive Nachricht abgewinnen: Was auch immer die Konsequenzen von Schulschließungen sein mögen, sie folgen offensichtlich keinem Automatismus, sondern sind stark vom Kontext abhängig. Und wenn die Menschen ihre Wohnortentscheidung nicht ausschließlich vom Vorhandensein einer örtlichen Grundschule abhängig machen, muss bei einer Schulschließung auch nicht von vornherein davon ausgegangen werden, dass das Engagement der Menschen für ihre Gemeinde zwangsläufig nachlässt. Das macht Hoffnung auf ein „Leben nach der Schule“.

### SERVICE:

#### Zum Weiterlesen:

Barakat, B., 2015. A 'Recipe for Depopulation'? School Closures and Local Population Decline in Saxony. *Population, Space and Place* 21 (8): 735-753.



#### KONTAKT:

Dr. Bilal Barakat  
Wittgenstein Centre for Demography  
and Global Human Capital Vienna  
Telefon: +43 1 31336-5535  
bilal.barakat@oeaw.ac.at  
www.wittgensteincentre.org



# Ländlich = abgehängt?

Die häufig unzureichende soziale und technische Infrastruktur in ländlichen Räumen legt nahe, dass die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche hier generell schlechter sind als in der Stadt. Doch stimmt das wirklich?

[VON CHRISTINE WIEZOREK]

Die Frage nach der Gleichwertigkeit von Bildungschancen in Stadt und Land lenkt den Blick auf das Phänomen der sogenannten Peripherisierungsdynamiken. Diese äußern sich, wie der Raumsoziologe Karl-Dieter Keim schreibt, in einer „gradueller Schwächung und/oder Abkopplung sozialräumlicher Entwicklungen gegenüber den dominanten Zentralisierungsvorgängen“.

Ein Beispiel für solche Zentralisierungsvorgänge ist die Bündelung wirtschaftlicher Funktionen in großstädtischen Zentren. Prozesse gradueller Schwächung zeigen sich in ländlichen Regionen beispielsweise darin, dass die soziale und technische Infrastruktur als Folge demografischer Wandlungsprozesse und einer fehlenden „kritischen Masse“ zurückgebaut wird. Davon betroffen sind auch Bildungsinstitutionen und damit Kinder und ihre Familien.

## Pauschalurteil nicht möglich

Inwiefern das Aufwachsen in ländlichen Regionen aber generell von Benachteiligung geprägt ist, lässt sich nicht pauschal sagen. Vielmehr zeigt sich, dass die Ausgestaltung von Bildungsmöglichkeiten vor Ort von vielen Faktoren abhängt und sehr variabel ist. So hat eine Untersuchung zu Ganztagschulen in ländlichen Räumen ergeben, dass pädagogische und andere kommunalpolitische Interessen vor Ort verhandelt werden: Während beispielsweise eine Gemeinde die Ganztagschulentwicklung mit dem Argument befördert, dass auf diese Weise auch

Familien am Ort gehalten werden können, streitet in einem anderen Fall die Schule mit kommunalen Akteuren darüber, wer als pädagogisches Personal eingesetzt werden darf. Dem kommunalpolitischen Argument, kostengünstig engagierte Personen aus der Gemeinde einzubinden, steht das pädagogische Argument, an einer bestimmten beruflichen Qualifizierung festzuhalten, gegenüber. Wenn ein Schulleiter darauf hinweist, dass er kein Personal habe, „das um die Ecke wohnt“, wird zudem deutlich, dass die Gestaltung von Bildungsmöglichkeiten entscheidend von spezifischen Vorgaben des jeweiligen Bundeslands abhängig ist: Hier werden in Finanzierungsmodellen, die auf Pro-Kopf-Pauschalen beruhen, die durch Ländlichkeit bedingten Besonderheiten wie ein erhöhter Akquis- und Finanzierungsaufwand für den Ganztagschulbetrieb beispielsweise nicht berücksichtigt.

Auch die Frage, wie lang Schulwege sein dürfen, damit Kinder und Jugendliche noch etwas von ihrer Freizeit haben, kann nicht isoliert betrachtet werden. So muss gleichzeitig abgewogen werden, wie klein eine Schule sein darf.

## Sozialraumorientierung als Basis

Die knappen Beispiele zeigen, dass die Diskussion um gleiche Bildungschancen in ländlichen Räumen viele Faktoren, und vor allem die sozialräumlichen Gegebenheiten stärker beachten muss. Eine rechtliche Verankerung der Sozialraumorientierung als Grundlage für die Schulplanung würde den Besonderheiten ländlicher Räume eher Rechnung tragen. Ziel dabei muss es sein, in jedem Fall ein Mindestmaß an günstigen Aufwachsens- und Bildungsbedingungen zu garantieren – so wie es der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule vorgibt.

## SERVICE:

### Zum Weiterlesen:

Keim, K.D., 2006: *Peripherisierung ländlicher Räume*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37: 3-7.

Wiezorek, C., Stark, S., Dieminger, B., 2011: „Wissen Sie, die Infrastruktur ist einfach nicht so, dass ich aus dem Vollen schöpfen kann“ – *Ganztagschulentwicklung in ländlichen Räumen*.

In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 3 (14): 109-124.

Dieminger, B., Wiezorek, C. (Hrsg.), 2013: *Ländliche Schulen, dörfliche Sozialräume und ganztägige Bildung*. Berlin, BMBF.



## KONTAKT:

Prof. Dr. Christine Wiezorek

Telefon: 0641 99-24080

christine.wiezorek@erziehung.uni-giessen.de

www.uni-giessen.de

# Mehr Individualität wagen

Länder, Kommunen und freie Schulträger experimentieren seit Jahren mit verschiedenen Maßnahmen, um junge Lehrer aufs Land zu locken. Ein Plädoyer für mehr Flexibilität im Personalmanagement.

[VON ALEXANDER BIEDERMANN]

Schulträger im ländlichen Raum sind in der verwickelten Lage, um das personelle Überleben ihrer Bildungseinrichtungen kämpfen zu müssen, ohne unmittelbar handlungsfähig zu sein. Denn das Lehrpersonalmanagement wird zentral von den Kultus- und Schulaufsichtsbehörden der Länder verantwortet. Und die haben in Zeiten des allgemeinen Lehrermangels genug damit zu tun, überhaupt ausreichend Bewerber zu akquirieren. Der steigende Bedarf durch den Wunsch nach Inklusion und die Integration Asylsuchender lassen die zunehmende Stadt-Land-Disparität zu einem Problem unter vielen werden.

## Attraktive Pakete schnüren

Dabei zeigen die Bundesländer seit Langem, dass die „Geht-nicht-Mentalität“ im Personalmanagement im Grunde nur auf hausgemachter Inflexibilität beruht. Ob Begrüßungsgeld oder Landprämien, Einstieg in höhere Erfahrungsstufen oder Sabbatjahregelungen – die Klaviatur der Möglichkeiten, die Tarif- und Besoldungsgesetze bieten, ist groß. Studien der Universität Leipzig lassen zudem darauf schließen, dass transparente und bewerberfreundliche Auswahlverfahren ähnlich starke Effekte haben wie monetäre Anreize. Statt zentraler Einstellungsrounds für Lehrer sollte über schulspezifische Ausschreibungen von Lehrerstellen nachgedacht werden, insbesondere wenn eine Kommune mit sehr gut ausgestatteten Schulen und Kinderbetreuung werben kann. Die Zielgruppe ist oft weiblich, kurz vor oder in der Phase der Familiengründung und ein Teil der sogenannten Generation Y. Für sie ist es attraktiver, sich an einer konkreten Schule mit klaren Parametern zu bewerben, als darauf zu warten, wie jeder andere Aspirant in einem 200-Kilometer-Radius verschickt zu werden.

Nirgends ist das Studierendenpublikum so lokal ausgeprägt wie in den Lehramtsstudiengängen. Gute Voraussetzungen eigentlich, um die Absolventen nach dem Studienabschluss „zurück in ihr Dorf“ zu schicken. Doch mit jedem Studienjahr sinkt die Lust der angehenden Lehrer, die Universitätsstadt wieder zu verlassen. Das Bundesland Sachsen hat sich eine pfiffige Art der Förderung einfallen lassen: Die Stipendiaten erhalten monatlich 300 Euro Büchergeld und verpflichten sich im Gegenzug, nach ihrem Abschluss in einer vorher vereinbarten ländlichen Region zu arbeiten. Genau in den zwei bis vier Jahren also, in denen sie mit großer Wahrscheinlichkeit eine Familie gründen und sesshaft werden. Begleitet durch eine gute ideelle Förderung und eine professionelle Marketingkampagne, war das Förderangebot so attraktiv, dass man sich vor Bewerbern kaum retten konnte.

## Kreative Lösungen zulassen

Der entscheidende Schlag gegen die Landflucht von jungen Lehrern wird aber auch damit nicht gelingen. Die Schulen werden sich auch unpopulären Maßnahmen öffnen müssen: Die Einstellung von Seiteneinsteigern, jahrgangsübergreifender Unterricht, Outplacement von Fächern an freie Träger – all diese Möglichkeiten müssen in Erwägung gezogen werden. Welche Grenze sich die staatlichen Bildungsträger auch immer setzen, sie müssen sich von Denkverboten emanzipieren. Denn wenn nicht sein kann, was nicht sein darf, müssen Schulleitungen immer wieder aus der Not heraus agieren. Ein vorgreifendes und strategisches Personalentwicklungskonzept für Lehrer hingegen macht alle Akteure fit für den demografischen Wandel.

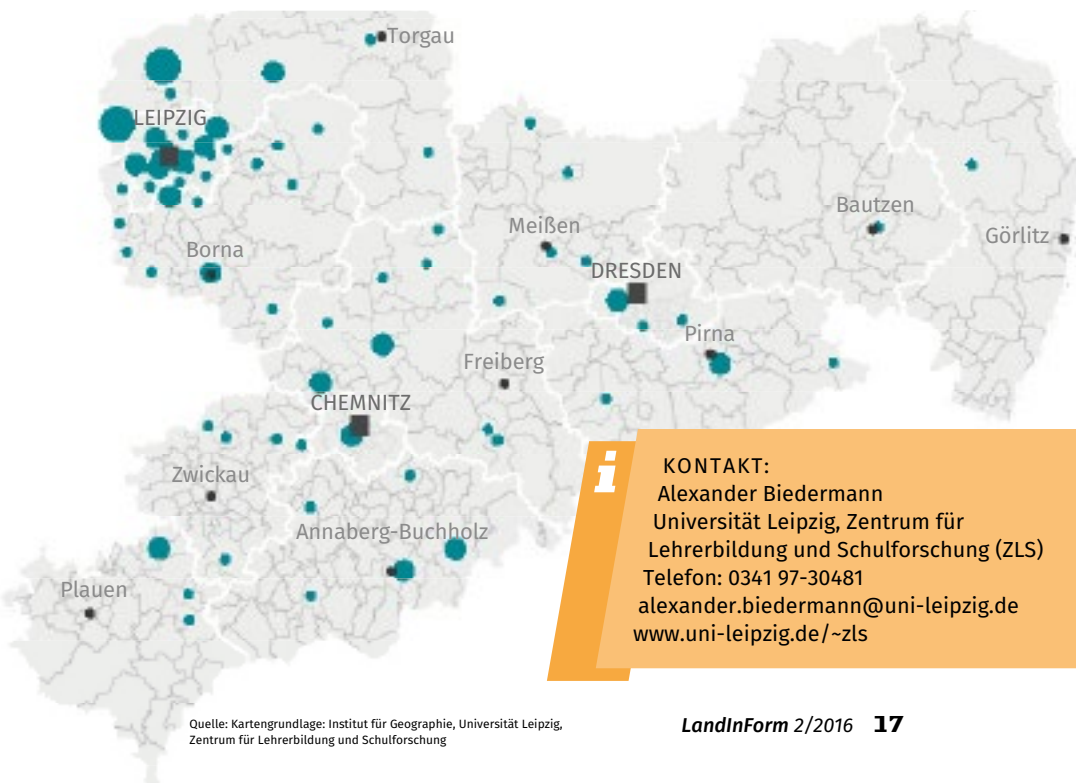
Anzahl der Lehramtsanwärter nach Postleitzahlengebiet



- kreisfreie Stadt
- Kreisstadt
- Kreisgrenze
- Postleitzahlengebiet

## Absolute Verteilung der Lehramtsanwärter

mit qualifizierendem Abschluss der Universität Leipzig im zwölfmonatigem Vorbereitungsdienst vom 1. Februar 2012 bis 1. Februar 2013



i

**KONTAKT:**  
Alexander Biedermann  
Universität Leipzig, Zentrum für  
Lehrerbildung und Schulforschung (ZLS)  
Telefon: 0341 97-30481  
alexander.biedermann@uni-leipzig.de  
www.uni-leipzig.de/~zls

# Schule weiter denken

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, Schulstandorte auch in entlegenen Gebieten zu erhalten – wenn man bereit ist, Handlungsspielräume zu nutzen. [VON HOLGER JAHNKE]



- 1 Die Kleine Grundschule Großwudicke in Brandenburg bindet auch Eltern und Angehörige in den Unterricht ein, hier sanieren Groß und Klein gemeinsam das Insektenhotel der Schule.
- 2 Eine Schulaufführung zur Einschulung der Erstklässler

Seit dem Mittelalter hat es in Deutschland unterschiedliche Phasen von Schulgründungen, aber auch von Schulschließungen oder -zusammenlegungen gegeben. Oftmals wurden sie durch bildungspolitische Leitbilder beeinflusst. So galten die Kleinschulen auf dem Land in den modernistischen 1960er- bis 1980er-Jahren als „rückständige Dorfschulen“ und wurden häufig durch moderne Schul- oder Bildungszentren ersetzt. In den vergangenen Jahren haben Kleinschulen hingegen eine gestiegene öffentliche Anerkennung erfahren. Diese manifestiert sich unter anderem in den vielen lokalen Eltern- und Anwohnerprotesten gegen drohende Schulschließungen auf dem Land.

Hinter Schulschließungen stehen vor allem aber auch demografisch bedingte Veränderungen der Schülerzahlen. Gerade in den ländlichen Räumen gibt es hier enorme Schwankungen. So haben die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Ankunft von Flüchtlingen aus

den ehemaligen Ostgebieten in vielen Landkreisen Norddeutschlands zu einem massiven Anstieg der Schülerzahlen geführt, wohingegen sich nach der Wiedervereinigung die Anzahl der Kinder im Grundschulalter in den ostdeutschen Bundesländern im Durchschnitt etwa halbiert hat. Aktuell gehen die Schülerzahlen in vielen ländlichen Regionen weiterhin kontinuierlich zurück, so dass nun auch in den westdeutschen Bundesländern in zahlreichen Gemeinden die Schließung der Dorfschule droht. Wenn wie in Nordrhein-Westfalen oder in Schleswig-Holstein zudem die Schulbezirke aufgehoben werden und damit die Eltern die Schule für ihre Kinder frei wählen können, kann dies den demografisch bedingten Rückgang der Schülerzahlen gerade an schrumpfenden Standorten zusätzlich beschleunigen.

**Mindestschülerzahl gibt den Ausschlag**  
Schließungen öffentlicher Schulen erfolgen in aller Regel auf Grundlage

von gesetzlich festgelegten Mindestschülerzahlen, die entweder im Schulgesetz oder durch entsprechende Verordnungen festgelegt sind – und sich aufgrund einer faktischen Unterversorgung mit Lehrerstunden ergeben. Diese Mindestschülerzahlen können sich auf Gesamtschülerzahlen pro Schule oder auf Klassengrößen beziehen und zwischen den Bundesländern stark variieren. Auf dieser Grundlage wurden in den vergangenen Jahren deutschlandweit zahlreiche kleine Schulstandorte insbesondere in den ländlichen Räumen geschlossen. Gleichzeitig finden sich in vielen Schulgesetzen oder den zugehörigen Verordnungen Ausnahmeregelungen, die mit Verweis auf die Zumutbarkeit der Schulwege, die raumstrukturelle Bedeutung des Schulstandorts oder allgemeine Ausnahme- oder Experimentierklauseln den Fortbestand eines Schulstandorts auch nach Unterschreitung der Mindestschülerzahlen ermöglichen.

### **Vielfältige Kooperationsmöglichkeiten**

Um auch in peripheren Lagen kleinere Schulstandorte aufrechtzuerhalten, wurden unterschiedliche Lösungsmodelle entwickelt. Weit verbreitet sind organisatorische Verbindungen von zwei oder mehr Schulen, die als administrative Einheit mit verschiedenen Standorten weitergeführt werden. In der Regel sind diese Modelle hierarchisch organisiert, also mit Haupt- und Außenstellen. Alternativ sind aber auch Netzschulen als Zusammenschluss gleichrangiger Standorte denkbar, an denen von einem gemeinsamen zentralen Lehrerkollegium unterrichtet wird. Dies erfordert eine erhöhte Mobilitätsbereitschaft der Lehrkräfte; unter bestimmten Bedingungen können aber auch die Schüler das Angebot der dezentralen Standorte für bestimmte Fächer oder Projekte nutzen.

Ähnliche Synergien lassen sich auch durch Kooperationen mit anderen ortsansässigen Bildungsinstitutionen erreichen. Durch die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur oder personellen Ressourcen lässt sich so die ökonomische Rentabilität erhöhen und zugleich das pädagogische Angebot erweitern. Beispiele hierfür sind Zusammenschlüsse von Grundschulen mit vorschulischen Einrichtungen als „Primärhäuser“ (siehe Seiten 20 und 21) oder kooperative Zusammenschlüsse unterschiedlicher Bildungseinrichtungen als „Bildungscampus“, „Lerncampus“ oder „lokale Bildungslandschaft“. Auch mit diesen Modellen können durch gemeinsame Ressourcennutzung flexiblere, vor allem aber vielfältigere und attraktivere Bildungsangebote für die gesamte Bevölkerung geschaffen werden.

### **Freie Träger haben größere Handlungsspielräume**

Als weitere Praxis, eine drohende Schulschließung zu umgehen, hat sich der Wechsel der Schulträger-

schaft etabliert. Da unterfinanzierte öffentliche Schulträger kaum Möglichkeiten haben, zusätzliches Lehrpersonal einzustellen, werden immer mehr Standorte von freien Schulträgern weitergeführt. Im ländlichen Raum handelt es sich meist um kirchliche Träger, private Träger mit spezifischen pädagogischen Profilen wie Waldorfschulen oder vereinzelt gewinnorientierte Bildungsunternehmen, die im Einvernehmen mit der Gemeinde einen geschlossenen Standort übernehmen. Denn Schulen in freier Trägerschaft sind weder an Mindestschülerzahlen noch an Schulbezirke gebunden. In Einzelfällen können schrumpfende Standorte sogar zu neuem Leben erweckt werden. Einige nordeuropäische Länder haben ihre allgemeinbildenden Schulen gänzlich kommunalisiert, sodass nicht nur die sogenannten äußeren Schulangelegenheiten, wie der Gebäudebetrieb, sondern auch die inneren Schulangelegenheiten, also etwa die Personalverantwortung für die Lehrkräfte, ganz auf die Kommunen übertragen wurden. Diese Form der Kommunalisierung birgt jedoch die Gefahr, dass sich das öffentliche Bildungsangebot räumlich stark ausdifferenziert. Zudem lässt sich beispielsweise in Schweden die Ausbreitung privater Schulanbieter beobachten, die diese kommunale Aufgabe nun übernehmen.

### **Schulen als Integrationszentren**

Jenseits dieser eher administrativen Lösungen hat sich im Bereich von Kleinschulen ein breites und unüberschaubares Spektrum pädagogischer Entwicklungen ergeben, die sowohl im ländlichen Raum als auch in städtischen Kontexten vorzufinden sind. Hierzu zählt vor allem der jahrgangsübergreifende Unterricht, aber auch die Erprobung von Lehr- und Lernmodellen in der Arbeit mit heterogenen Lerngruppen. Dies betrifft sowohl die Inklusion von zuvor separat beschulten Kindern und Jugendlichen als auch die Integration

neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher. Viele Gemeinden, die von rückläufigen Schülerzahlen betroffen sind, versuchen inzwischen sogar durch das gezielte Werben um neu zugewanderte Kinder und Jugendliche den Fortbestand ihres Schulstandorts zu sichern. Dabei ist offensichtlich, dass eine solche rein statistisch motivierte Vorgehensweise keine längerfristige Perspektive schafft, wenn die Schule und die Einwohner der entsprechenden Gemeinde sich nicht auf den Weg zu einer tatsächlich welt-offenen Dorfgemeinschaft machen. In dem hierfür notwendigen Integrationsprozess kann die Schule selbst eine zentrale Rolle einnehmen. Damit könnte sich das von Schulschließungsgegnern so häufig zitierte Credo „Mit der Schule stirbt das Dorf!“ dann in seiner Umkehrung beweisen: „Mit der Schule lebt das Dorf!“

### **SERVICE:**

#### **Zum Weiterlesen:**

Jahnke H., Hoffmann, K., 2014:  
*Die Zukunftsfähigkeit der Grundschulen in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins.* Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V., Flintbek;  
im Download verfügbar:  
[kurzlink.de/grundschulstudie](http://kurzlink.de/grundschulstudie)



#### **KONTAKT:**

Prof. Dr. Holger Jahnke  
Europa-Universität Flensburg  
Telefon: 0461 8052336  
[holger.jahnke@uni-flensburg.de](mailto:holger.jahnke@uni-flensburg.de)  
[www.uni-flensburg.de/geographie](http://www.uni-flensburg.de/geographie)

# Keine Angst vor unkonventionellen Konzepten

Sollen Dorfschulen erhalten bleiben, müssen neue Konzepte wie jahrgangsübergreifendes Lernen oder mobiler Unterricht her. In Schleswig-Holstein gibt es dafür Fördergelder. [VON ANKE ERDMANN]

Sobald sich die Pforte zum Freigelände öffnet, zeigt sich ein Getümmel von Kindern unterschiedlicher Altersklassen: Der Dreijährige wird von einer Achtjährigen auf die Rutsche begleitet, ein Viertklässler hat im Sandkastenrand einen ganz Kleinen auf dem Schoß. Sonntag? Ferien? Nein! Große Pause auf dem Schulhof in Morsum. In dem Sylter Dorf waren die Schülerzahlen über Jahre gesunken. Aufgeben wollte man den Standort jedoch nicht. Gemeinsam mit der engagierten Schulleiterin wurde das Primarhaus-Modell entwickelt und im Sommer 2011 umgesetzt: Aus Kita und Grundschulteil wurde ein einziger Lernort. Mit Unterstützung einer Tagesmutter konnten dort auch ganz Kleine aufgenommen werden.

Leider gibt es diesen Schulhof und auch das Primarhaus nicht mehr. Die Stammschule in Westerland, zu der die Morsumer Schule als Außenstelle zählte, hat die Schließung beschlossen, weil sie die Kosten nicht mehr tragen konnte. Dennoch ist das Primarhaus-Modell richtungsweisend, denn in Morsum ging das jahrgangsübergreifende Konzept vieler anderer Grundschulen noch über die Schulkinder hinaus. Wollte ein Kita-Kind schon mal Schulluft schnuppern – kein Problem. Lernte ein Schulkind besonders langsam oder besonders schnell – auch das war keine Hürde. Schließlich war ein gleitender und flexibler Übergang von einer Stufe in die nächste selbstverständliche Praxis. Individuelles Lernen statt Stichtag-Regel, das ist auch für viele Eltern ein Traum.

## Keine Unterschiede in der Leistung

Das jahrgangsübergreifende Konzept kann ein Schlüssel für individuelleren Unterricht sein, vor allem auch für die Schulen im ländlichen Raum. So verliert in Schleswig-Holstein eine Schule in der Regel die Eigenständigkeit, wenn sie von weniger als 80 Kindern besucht wird, das sind umgerechnet vier Klassen. Lehrerstunden werden pro Schüler zugewiesen und nicht pro Klasse. Wer jahrgangsübergreifend unterrichtet, braucht weniger Lerngruppen und kann darum den Unterricht an einem Standort länger aufrechterhalten.

Viele Menschen wollen ihre Schule im Dorf behalten und haben festgestellt, dass auch ein Unterricht mit nur zwei Lerngruppen gut funktioniert. Es gibt sogar noch kleinere Schulen, etwa die Freie Montessori-Schule in Streley bei Ratzeburg, die mit einer einzigen Lehrerin für 32 Kinder auskommt. Das geht aber nur bei jahrgangsübergreifendem Unterricht. Welche Jahrgangsstufen gemeinsam unterrichtet werden, spielt dabei keine Rolle. Alle Modelle funktionieren – egal, ob in einer Lerngruppe zwei, drei oder alle vier Klassenstufen zu finden sind.

Bei Eltern stößt das Konzept des jahrgangsübergreifenden Unterrichts oft noch auf Vorbehalte. Sie fühlen sich an die alte Dorfschule erinnert und müssen erst einmal überzeugt werden, dass ihre Kinder auch ausreichend Förderung erhalten. Dabei haben die Vergleichsarbeiten, die in der dritten Klasse durchgeführt werden, gezeigt: Es gibt keine negativen Auswirkungen auf die Leistungen, oft schneiden Schulen mit jahrgangsübergreifenden Konzepten sogar besser ab.

## Nicht die Größe zählt, sondern die Qualität des Unterrichts

In Schleswig-Holstein gab es – angestoßen von Eltern und Bürgermeistern – Diskussionen bis in den Bildungsausschuss des Landtags hinein, inwieweit kleine Grundschulen guten Unterricht anbieten können: ob es beispielsweise ausreichend Fachlehrkräfte gäbe oder der Unterricht auch bei Ausfällen durch Krankheit gesichert wäre. Die Landesregierung hat deshalb eine Studie in Auftrag gegeben und zu mehreren Diskussionsrunden eingeladen. Deutlich wurde dabei, dass es keinen Automatismus zwischen Größe und Qualität gibt – in keine Richtung.

Der Ländervergleich 2011 des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) hat gezeigt, dass Fachlehrkräfte auch in der Grundschule wichtig für den Lernerfolg sind. Kleine Kollegien müssen also entsprechende

In gemischten Altersgruppen und offenen Unterrichtsphasen erleben Kinder neue soziale Lernbedingungen: In der Kleinen Grundschule Großwudicke in Brandenburg gehören pädagogische Konzepte wie diese zum Schulalltag.



Lücken identifizieren und bei Bedarf gegensteuern, etwa in Kooperation mit der größeren Stammschule. Dabei sind E-Learning-Konzepte eine Möglichkeit, wie sie die Hallig-Schulen etwa beim Englischunterricht vom Festland aus schon einsetzen (siehe Seiten 22 und 23). Denkbar wären aber auch Gastlehrkräfte, die an verschiedene Schulen gehen, oder Fachbusse, etwa für Naturwissenschaften, über die die Kinder vielleicht alle zwei, drei Wochen an einem intensiven Blocktag Unterricht erhalten.

Mitunter werden an kleinen Dorfschulen aber auch „kompetente Dritte“ in den Musik-, Religions- oder Englischunterricht eingebunden. Oder man stellt eine pädagogische Assistenz für die regulären Lehrkräfte ein, wie es die Schule in Schafstedt im Landkreis Dithmarschen gemacht hat. Eine solche Assistenz hilft auch in Notfällen, wenn beispielsweise eine Klasse im Krankheitsfall der Lehrkraft betreut werden muss. Viele Kommunen wollen die Schule im Dorf lassen und sind bereit, dafür auch Geld in die Hand zu nehmen.

In Schleswig-Holstein haben wir mittlerweile den Europäischen Fonds für den ländlichen Raum (ELER) auch für die Finanzierung von Kitas und Schulen geöffnet. Schulstandorte, die ihr pädagogisches Konzept ändern wollen, um die Unterrichtsqualität auch bei sinkenden Schülerzahlen und kleinem Kollegium zu sichern, können Unterstützung für Fortbildungen, Konzeptentwicklungen oder Prozessbegleitung bekommen. Dies ist aus den Aktiv-Region-Mitteln möglich. Die 22 Aktiv-Regionen in Schleswig-Holstein, die nach dem LEADER-Ansatz arbeiten, haben im aktuellen Förderzeitraum je gut 2,8 Millionen Euro zur Verfügung. Aber auch Umbauten, etwa durch eine Verbindung von Kita und Schule oder die Einbeziehung von Volkshochschulen und anderen Bildungsanbietern können aus dem neuen Landesprogramm Ländlicher Raum (RPLR) unter der Maßnahme „Basisdienstleistungen Bildung“ gefördert werden.

#### Keine „One-size-fits-all“-Lösung

Die Konkurrenz um einzelne Schüler ist in Schleswig-Holstein oftmals groß, wenn man den Schulstandort sichern will – es besteht eine freie Grundschulwahl. Der Wettbewerb bietet aber gleichzeitig auch Chancen. So können die Schulen Eltern durch bestimmte Profile für sich überzeugen, etwa durch das Angebot von Ganztagsbetreuung oder Inklusionsklassen. Es geht aber auch ganz anders: So wird in

Süderbrarup bei Schleswig ein Schulneubau geplant, der viele kleine Standorte ersetzt. Vor Ort hat man sich entschieden, die Kräfte zu bündeln und dadurch Planungssicherheit zu schaffen. Dies ist nicht nur eine strukturelle Entscheidung, sondern ermöglicht beispielsweise auch übergreifende pädagogische Konzepte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Modelle zum Erhalt der Dorfschulstandorte vielfältig sind. Das Engagement vor Ort, die eigenen Wege, die viele Dörfer und Schulen gehen, haben gezeigt: Es gibt keine „One-size-fits-all“-Lösung. Darum hat Schleswig-Holstein beispielsweise die Mindestgrößenverordnung flexibilisiert – eine bestimmte Schülerzahl, bei deren Unterschreitung die Schulschließung automatisch erfolgt, gibt es nicht mehr. Zudem haben wir eine Experimentierklausel für kleine Grundschulstandorte im Schulgesetz verankert. Die betreffenden Schulen können auf Antrag neue Modelle ausprobieren und, sofern diese vom Bildungsministerium genehmigt werden, bestimmte Vorschriften ignorieren. Zusammen mit den EU-Strukturfondsmitteln können sich hier Perspektiven ergeben.

Eine letzte Änderung sei noch erwähnt: Bislang konnten und mussten Schulleitungen einer Stammschule entscheiden, ob eine Außenstelle geschlossen wird. Ohne Einbeziehung der Schulträger vor Ort geht das inzwischen nicht mehr. Mit dieser neuen Regelung würde das Primarhaus in Morsum vielleicht noch existieren.



#### KONTAKT:

Anke Erdmann MdL  
Bildungsausschuss im  
Landtag Schleswig-Holstein  
Telefon: 0431 988-1145  
anke.erdmann@gruene.ltsh.de  
www.anke-erdmann.de

# In weiter Ferne, ganz nah

Dank modernster Videotechnik können die Schüler der ostfriesischen Inselschulen in Echtzeit am Gymnasialunterricht auf dem Festland teilnehmen. Das ermöglicht ihnen, bis zur zehnten Klasse bei ihren Familien zu bleiben und sich später schneller in der Oberstufe zurechtzufinden. [VON BARBARA GLITTENBERG]

Lehrerin Eva Rinne steht an der Tafel und erklärt eine physikalische Formel. Allerdings ist der Klassenraum des Niedersächsischen Internatsgymnasium Esens vollkommen leer. Ihre Schüler beteiligen sich von der rund 70 Kilometer entfernten Inselschule Borkum aus am Unterricht – per Videokonferenzanlage. Auf diese ungewöhnliche Weise werden seit Januar 2013 Schüler im gymnasialen Zweig der Inselschule Borkum in den Fächern Physik, Chemie und vorübergehend auch in Französisch unterrichtet. Vor Ort werden sie von einem Lehrer ihrer Inselschule betreut, der nicht über die notwendige Lehrbefähigung verfügt. Er sorgt für den nötigen Ordnungsrahmen, verteilt Arbeitsblätter, die er vorab von seiner Kollegin aus Esens per E-Mail zugesickt bekommen hat, oder gibt den Schülern Hilfestellung bei der Bearbeitung der Aufgaben. Zudem beaufsichtigt er die Klassenarbeiten und schickt sie per Post an die Kollegin nach Esens, die sie benotet und dann wieder zurück an die Inselschule sendet.

## Die Inselschulen nicht weiter ausdünnen

Die ostfriesischen Inseln Baltrum, Borkum, Juist, Norderney, Langeoog, Spiekeroog und Wangerooge vereinen häufig mehrere Schulformen unter einem Dach. Aufgrund ihrer vergleichsweise geringen Schülerzahlen – zwischen knapp 50 Schülern auf Baltrum und 450 auf Norderney – können sie aber keine eigene gymnasiale Oberstufe anbieten; unterrichtet werden die Schüler damit maximal bis zum Abschluss der zehnten Klasse (Sekundarstufe I). Das Niedersächsische Internatsgymnasium Esens (NIGE) bietet ihnen seit seiner Gründung im Jahr 1966 die Möglichkeit, das Abitur abzulegen. In der Regel wohnen die Jugendlichen dann im Internat auf dem Festland und besuchen gemeinsam mit den Essenser Jugendlichen den Unterricht der Oberstufe. Einige Schüler wollen bereits während der Sekundarstufe I auf das Festland wechseln, beispielsweise weil bestimmte Fächer, wie etwa Latein, an ihrer Schule nicht angeboten werden. Dies dünnt die Schülerzahlen an den Inselschulen weiter aus. Durch die Einführung

des Videokonferenzsystems ist es nun möglich, dass die Schüler bis zur zehnten Klasse auch in diesen Fächern unterrichtet werden und damit erst später – nach erfolgreichem Abschluss der Sekundarstufe I – in die gymnasiale Oberstufe aufs Festland wechseln. Ein weiterer Vorteil ist, dass sie durch den Fernunterricht bereits mit der Arbeitsweise am Gymnasium vertraut gemacht werden.

## Der technische Fortschritt macht's möglich

Möglich wird der moderne Fernunterricht durch den Einsatz hochwertiger Videokonferenzanlagen, die sowohl Bild als auch Ton in hervorragender Qualität synchron übertragen. Die Anlagen bestehen aus einem Monitor, einer schwenkbaren Kamera, die Bilder in hochauflösender Qualität liefert, einem qualitativ ebenso hochwertigen Lautsprecher sowie einem Mikrofon, das je nach Bedarf an verschiedenen Stellen im Raum aufgestellt werden kann. Das Mikrofon überträgt selbst Flüstergeräusche und Papierrascheln. Bereits nach kurzer Zeit entsteht so das Gefühl, mit allen beteiligten Gesprächspartnern in einem Raum oder – bei geschickter Kameraeinstellung – sogar an einem Tisch zu sitzen. Das komplette System ist mobil und kann in verschiedenen Räumen genutzt werden, sofern die nötige digitale Infrastruktur vorhanden ist. Einmal installiert, ist es einfach zu handhaben und arbeitet zuverlässig.

## Videobasiertes System macht das Rennen

In der Vergangenheit wurden am NIGE bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen, um interessierte – und geeignete – Schüler auf die Arbeitsweise und Themen am Gymnasium vorzubereiten. So wurden bei Bedarf Gymnasiallehrkräfte für bestimmte Unterrichtseinheiten und einen begrenzten Zeitraum an eine Inselschule abgeordnet. Stoffpläne wurden ausgetauscht, Hospitationen ermöglicht, gemeinsame Fachkonferenzen durchgeführt und Vergleichsarbeiten in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik geschrieben. Auch wurde erwogen, computergestützte Unterrichtselemente



1 Ein Videokonferenzsystem überträgt den Physikunterricht von Lehrerin Eva Rinne in Esens in den Klassenraum der achten Jahrgangsstufe auf der Insel Borkum.

2 Unterrichtsexkursionen ans andere Ende der Welt: Den Esenser Schülern ist eine Museumspädagogin in der australischen National Portrait Gallery Canberra zugeschaltet.

3 Vernetzung: Eltern auf den Inseln können per Videozuschtaltung an der Elternratsversammlung auf dem Festland in Esens teilnehmen.

auf einer E-Learning-Plattform zu entwickeln, die den Inselschulen beziehungsweise einzelnen Schülern einen zeitlich flexiblen Zugriff auf Arbeitsblätter und Unterrichtsmaterialien ermöglichen. Der überwiegende Teil dieser Maßnahmen erwies sich in der Praxis aufgrund des hohen zeitlichen oder finanziellen Aufwands aber als ungeeignet. Nach sorgfältiger Prüfung fiel die Wahl auf das videobasierte System, das eine Teilnahme am Unterricht in Echtzeit ermöglicht. In Abstimmung mit den Kollegen der Inselschulen entwickelte das NIGE im Sommer 2012 hierfür ein maßgeschneidertes Konzept.

### Zahlreiche Vorteile für alle Beteiligten

Mit Hilfe des neuen Videokonferenzsystems können die Schüler gezielt auf die gymnasiale Oberstufe vorbereitet werden, was ihnen den späteren Übergang erleichtert. Doch nicht nur das: Auch die Eltern der Internatsschüler nehmen das Angebot, per Videoschaltung an Konferenzen, Elternsprechtagen oder als gewählte Vertreter an Schulelternratsversammlungen teilzunehmen, gerne wahr. Sie ersparen sich dadurch eine zeit- und kosten- aufwendige Anreise von der Insel nach Esens, die aufgrund tideabhängiger Fahrzeiten oft mit einer Übernachtung verbunden wäre.

Lehrkräfte und Schulleitungen kommen ergänzend zu den persönlichen Treffen inzwischen regelmäßig per Videoschaltung zu gemeinsamen Fortbildungen, Vorträgen, Dienstbesprechungen und Konferenzen zusammen und sparen damit sowohl Zeit als auch Reisekosten. Auch zwischen den Inselschulen werden die technischen Möglichkeiten für verschiedene Projekte in unterschiedlichen Klassenstufen und Fächern genutzt; am Ende steht mitunter auch eine reale Begegnung auf einer der Inseln.

### Von Niedersachsen in die weite Welt

Das ursprünglich bis Juni 2015 ausgelegte Modellprojekt konnte zum Schuljahr 2015/2016 nach erfolgreich verlaufer Projektphase in den Regelbetrieb überführt werden. Die Kosten für die Anschubfinanzierung in Höhe von 200 000 Euro übernahm das niedersächsische Kultusministerium; umgesetzt wurde das Projekt mit Hilfe des Vereins n-21. Diese Initiative des Landes Niedersachsen hat zum Ziel, durch Einwerben von Sponsorengeldern den Einsatz neuer Medien in den Schulen zu fördern.

Für die Schüler bedeutet die Technik mittlerweile weit- aus mehr als eine Verbindung zwischen Festland und Insel. In den vergangenen drei Jahren wurden in mehreren Lerngruppen unterschiedlicher Jahrgänge unzählige Projekte durchgeführt, die den NIGE-Schülern den virtuellen Kontakt mit Jugendlichen fremder Länder und Kontinente ermöglicht haben. Unschätzbar sind die dabei gewonnenen interkulturellen Eindrücke und die Erkenntnis, dass sich die Interessen der Jugendlichen in den verschiedenen Teilen der Welt durchaus sehr ähnlich sind, auch wenn sich die äußeren Bedingungen und Gegebenheiten sehr unterscheiden.



**KONTAKT:**  
Barbara Glittenberg  
Niedersächsisches Internatsgymnasium Esens  
Telefon: 04971 913-0  
barbara.glittenberg@nige.de  
www.nige.de  
www.sdln.de

# „Mit dem Schließen von Grundschulen wird Dörfern jegliche Zukunft genommen“

## Ein Statement von Katja Sang



Katja Sang (mit Kind) beim Besuch der hessischen Landtagsabgeordneten Lisa Gnadl in der Grundschule Ulfa mit Schulleiterin Gesine Haus, den Mitgliedern des Schulfördervereins Monika Schneider und Petra Graf sowie dem ehemaligen Ortsvorsteher Ottmar Weber (von links nach rechts).

Katja Sang ist Vorsitzende des Fördervereins Grundschule Ulfa und Sprecherin des 2009 gegründeten „Netzwerks kleiner Grundschulen“ – ein Bündnis von Elterninitiativen im hessischen Wetteraukreis, das sich für den Erhalt der örtlichen Dorf-Grundschulen einsetzt. [www.grundschule-ulfa.de](http://www.grundschule-ulfa.de)

Im Jahr 2009 mussten wir erstmalig erleben, dass unsere Grundschule Ulfa akut von der Schließung bedroht war. Seither haben wir – Eltern, Schulförderverein, Vereine und Dorfbewohner – uns mehrfach in einem Schulrettungskampf befunden; bisher waren die Rettungsaktionen erfolgreich. Schule und Dorf sind in Ulfa eng miteinander verknüpft, es besteht eine große Identifikation. Dadurch ist das Elternengagement und das der Dorfbewohner wie auch der Lehrer überdurchschnittlich hoch: Die Schulleiterin ist bei Vereinsjubiläen und Festen dabei, teilweise beteiligen sich Schulkinder, wie die Flötengruppe, an Festprogrammen. Die Dorfbewohner und Vereine gestalten außerdem praktische Unterrichtseinheiten: Die Landfrauen backen beispielsweise den ortstypischen „Zwiwwelplatz“

mit den Kindern und der Ortsvorsteher erklärt ihnen die Hausnamen und die Geschichte Ulfas.

### Kleine Schule und gutes Lernen

In unserer Schule mit derzeit 37 Schülern gibt es gute Lernbedingungen. Wir arbeiten jahrgangsübergreifend, das bedeutet die Klassen 1 und 2 sowie die Klassen 3 und 4 werden jeweils gemeinsam unterrichtet. Das fördert die Sozialkompetenz der Kinder und sie können gemäß ihrem Lernniveau individuell unterstützt werden. In der Schule kennt jeder jeden, es herrscht eine persönliche Atmosphäre. Jede Vertretungsstunde wird fachlich durch das drei Lehrer umfassende Stammkollegium oder Vertretungskräfte vertreten. Die Ergebnisse der Schulinspektionen spiegeln die sehr gute pädagogische Arbeit wider. Durch Elternengagement haben wir außerdem eine Schülerbetreuung, die die Kinder nach Bedarf auch ganztags betreut.

### Schul-Außenstellen:

#### schwere Qualitätsverluste

Der hessische Schulentwicklungsplan sieht vor, kleine, bisher eigenständige Grundschulen wie die unsere, mittelfristig als Außenstelle in eine Verbundschule zu integrieren. Verbundschulen haben bei zwei oder mehr Beschulungsstandorten nur eine Schulleitung und einen Verwaltungsstandort. Das pädagogische Konzept der jahrgangsübergreifenden Klassen könnte nicht beibehalten werden, individuelle Stärken und Schwerpunkte der Grundschulen im Verbund würden vereinheitlicht. Der Handlungsspielraum vor Ort

würde für unsere Schule eingeschränkt, wenn die Leitung aus der Ferne agiert. Durch ein vergrößertes Kollegium und eine ferne Schulleitung wüssten Lehrer nicht mehr, was die anderen Klassen inhaltlich machen und könnten so bei Vertretungsunterricht thematisch nicht anknüpfen. Auch die persönliche Atmosphäre ginge verloren, denn Lehrer der Verbundschule kennen nicht alle Kinder. Die Identifikation der Schüler, Eltern, Lehrer und Dorfbewohner mit der Schulleitung wäre nicht mehr gegeben. Nicht zuletzt wird die Organisation erschwert: Absprachen des Kollegiums, der Eltern und des Fördervereins müssten über die standortferne Schulleitung und den Verwaltungssitz des Schulverbundes laufen. Eine qualitativ gute, dauerhafte Leitung von zwei oder mehreren Schulen wäre aus unserer Sicht für die Verbundschulleitung zeitlich nicht leistbar, da der Schulleiter selbst zusätzlich seiner Unterrichtsverpflichtung nachkommen muss. Alle Schulen der Region, die bislang zu Außenstellen wurden, wurden im Übrigen früher oder später geschlossen.

Wir erwarten deshalb von unseren Landes- und Bundespolitikern, dass sie die ländlichen Gebiete stärken und durch das Schließen von Grundschulen nicht weiter schwächen. Sonst wird Dörfern jegliche Zukunft genommen und attraktive Lebensräume im Dorf verkommen zu reinen Schlaf- und Seniorenstätten. ■■■

# „Die Unterrichtsqualität darf nicht leiden“

## Ein Statement von Ralf Hörnig

Ralf Hörnig ist Ministerialrat und leitet das Referat für Regionale Schulentwicklung, Schulträger und Demographiestrategie im Hessischen Kultusministerium, [www.kultusministerium.hessen.de](http://www.kultusministerium.hessen.de)

Kinder auf dem Land müssen den gleichen Zugang zu guter Bildung haben wie Kinder in städtischen Ballungsräumen. Trotz Kinderlosigkeit und zunehmender Landflucht steht für Hessen fest: Bei der Unterrichtsqualität darf es kein Stadt-Land-Gefälle geben. Wichtig ist der Erhalt wohnortnaher Schulen. Der Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ verlangt jedoch auch einen klaren Blick auf den Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum. So zählte Hessen im Schuljahr 2014/15 bereits 154 Grundschulen mit nur einer Klasse pro Jahrgang. An weiteren 32 Grundschulen wird die erste und zweite sowie die dritte und vierte Klasse jeweils jahrgangsübergreifend, also zusammen, unterrichtet. Die Mindestschülerzahl für eine Grundschulklasse liegt in Hessen derzeit bei 13 Schülern.

Unser Ziel lautet, vernünftige Klassengrößen und Jahrgangsbreiten zu sichern und damit einen Beitrag für gleiche Bildungschancen zu leisten. Die Unterrichtsqualität darf aber nicht leiden. An Kleinst-

schulen gibt es eben nur wenige Lehrer. Hier wird es schwer, Vertretungsunterricht zu organisieren oder sich mit Kollegen auszutauschen, etwa über die Leistungen und den Lernfortschritt der Kinder.

Bevor eine Schule mangels Schüler den Betrieb einstellen muss, setzt das Hessische Kultusministerium seit 2011 auf die Verbundschule, also die Zusammenfassung von kleinen Schulen zu einer großen Schule. Verbundschulen haben nur einen Schulbezirk, eine Schulleitung, aber zwei oder mehr Standorte, an denen Unterricht stattfindet. Das Modell bietet ein Netz von gut erreichbaren und personell gut ausgestatteten Schulen. Beispielgebend sind insbesondere die Landkreise Limburg-Weilburg, Waldeck-Frankenberg oder der Main-Kinzig-Kreis, die seither zusammen 21 Verbundschulen neu aufgebaut haben. Das Konzept lautet: Kommt die Aufhebung einer Schule aus regionalen Gründen – beispielsweise einer besonders langen Busfahrtzeit zur nächsten Schule – nicht in Betracht, empfiehlt sich zuallererst die organisatorische Zusammenlegung mit einer Nachbarschule zu einer Verbundschule.

Schließlich kann eine Verbundlösung auch ein großer Schritt auf dem Weg zu verstärkter Zusammenarbeit von Nachbar-

gemeinden sein und deren Austausch in sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereichen fördern. Eine intakte kommunale Bildungslandschaft ist schließlich ein wesentlicher Faktor für die Ansiedlungsbereitschaft von Familien und Unternehmen. Die Verbundschule kann helfen, dies zu gewährleisten. Dagegen kann ein System aus eigenständigen Kleinstschulen schon die pädagogischen Rahmenbedingungen nicht erfüllen, die für eine umfassende Grundschulbildung notwendig sind. So hoch das Engagement von Schulgemeinden und Elterninitiativen auch einzuschätzen ist, bleibt am Ende festzustellen, dass eine Schule ohne Schüler keinen Sinn macht und nicht zu halten sein wird.

Im Zentrum unserer Bemühungen steht das Kind, der gute Unterricht und die bestmögliche Förderung unserer Kinder und Jugendlichen. An diesen Leitsatz wird sich Hessen auch in Zukunft halten. Selbst wenn, wie erwartet, die Schülerzahlen auf dem Land weiter sinken werden, wird die Landesregierung alles tun, um Schulstandorte in erreichbarer Nähe zu gewährleisten.



# Ein Haus für Kinder

Die Schülerzahlen in der Grundschule Stiebritz sanken, der Kindergarten im benachbarten Nerkewitz platzte hingegen aus allen Nähten. Die Gemeinden haben daher nach Wegen gesucht, die wichtigen Säulen der Daseinsvorsorge in ihrer Region zu erhalten. Herausgekommen ist dabei ein Mehrfunktionshaus, das von Schul- und Kindergartenkindern gemeinsam genutzt wird. [VON JULIANA MODEL]



Manchmal findet sich die Lösung für ein Problem gleich nebenan. So war es auch in der Verwaltungsgemeinschaft Dornburg-Camburg im thüringischen Saale-Holzland-Kreis. In der Gemeinde Hainichen wurde die Schließung der Grundschule „Talblick“ im Ortsteil Stiebritz in Erwägung gezogen – immer weniger Schüler und leer stehende Räume zwangen den Bürgermeister und das Landratsamt als Träger und Eigentümer der Schule, die ökonomische Tragfähigkeit und die Bedeutung des Schulstandorts auf den Prüfstand zu stellen. Auch für den Kindergarten „Kleine Strolche“ im benachbarten Nerkewitz, das zur Gemeinde Lehesten gehört, standen Veränderungen an: Als einziger Kindergartenstandort für drei Ortschaften bot er nicht genügend Kapazitäten, um die Nachfrage nach Betreuung zu decken. Zudem war das Gartengelände für die bisher betreuten Kinder viel zu klein geworden. Investitionen waren unumgänglich.

## Die Lösung: ein Mehrnutzungskonzept

Leerstand auf der einen Seite, Raumnot auf der anderen – da lag es nahe, die Nutzung der beiden Standorte miteinander zu kombinieren. Mit Hilfe des LEADER-Managements haben die Bürgermeister der beiden Gemeinden gemeinsam mit dem Landratsamt das Projekt „Ein Haus für Kinder“ ins Leben gerufen. Konkret bedeutete das, die Raumaufteilung an der Stiebritzer Grundschule mit ihren derzeit 100 Schülern in vier Klassenstufen so umzugestalten, dass Räume frei werden. Diese können nun als Gruppenräume für die Kindertagesstätte genutzt werden; statt 27 Kinder können jetzt 44 Kinder betreut werden. Dadurch wurde die überfüllte Kindertagesstätte in Nerkewitz entlastet, und Kinder, die bereits auf Wartelisten standen, konnten aufgenommen werden. Finanziert wurde das Projekt durch Mittel der Dorferneuerung, über die Regionale Aktionsgruppe Saale-Holzland e.V., die ortsansässige Agrargenossenschaft sowie über Eigenmittel der Gemeinden und des Landkreises.

Umgesetzt wurde das Projekt zwischen 2011 und 2013. Dabei ist es gelungen, den Kommunikationsprozess zwischen den Schülern und den Kindergartenkindern erheblich zu fördern. Zwischen Schule und Kindergarten findet jetzt ein regelmäßiger Austausch statt: Die Grundschüler lesen, singen oder spielen den Kindergartenkindern auf ihren Instrumenten vor; die angehenden Schulkinder werden von der Grundschule zu Schnuppertagen eingeladen, um das neue Umfeld kennenzulernen.

## Anfangsschwierigkeiten erfolgreich bewältigt

Natürlich galt es auch bei diesem Projekt, einige Herausforderungen zu bewältigen. So haben Kinder unterschiedlichen Alters voneinander abweichende Vorlieben und Bedürfnisse, die bei der Organisation des Tagesablaufs und der Pausengestaltung berücksichtigt werden müssen. Auch hat sich die anfängliche gemeinsame Nutzung des Außengeländes und des Spielplatzes als unvorteilhaft erwiesen – die Altersspanne von einem Jahr bis zu zehn Jahren ist einfach zu groß. Deshalb wurde das Außengelände geteilt, und die Grundschule hat nun einen separaten Spielplatz. Auf ein rücksichtsvolles Verhalten und die Akzeptanz der unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder wird großer Wert gelegt. Anfängliche Schwierigkeiten konnten durch den guten Kommunikationsprozess zwischen den Leiterinnen der Einrichtungen behoben werden.

Die Zentralisierung der Einrichtungen in einem Ort bedeutete aber auch, dass der Ortsteil Nerkewitz eine wichtige Einrichtung der Daseinsvorsorge aufgeben musste. Erwartungsgemäß befürworteten die Anwohner das geplante Vorgehen nicht. Die bislang organisierten Feste werden nun nicht mehr im Ort durchgeführt, auch verändert sich das Ortsbild durch das Fehlen spielender Kinder. Aufgrund des sichtbaren Erfolges hat sich die Stimmungslage der Anwohner nach der Abschlussphase des Projektes allerdings verbessert.



- 1 In der Praxis zeigt sich, wenn das Mehrnutzungskonzept angepasst werden muss: Anfangs spielten Kindergartenkinder und Schulkinder gemeinsam auf einem Außengelände, aber der Altersunterschied war zu groß. Heute haben beide Gruppen ihren eigenen Spielplatz.
- 2 Immer weniger Schüler, leer stehende Räume und ein renovierungsbedürftiges Gebäude: Die Existenz der Grundschule in Stiebritz stand auf dem Prüfstand.
- 3 Nach dem Umbau strahlt das alte Gebäude in neuem Glanz – und beherbergt Grundschule und Kindergarten unter einem Dach.



### Zahlreiche Vorteile für beide Seiten

Die Synergien aus der Umsetzung des Mehrnutzungskonzepts sind hoch. So erfolgt nun ein nahtloser Übergang vom Kindergarten zur Grundschule. Mit dem Vorhaben wird eine jahrgangsübergreifende Kinderbetreuung als Ganztagskonzept ermöglicht. Die Bindungsverluste werden von den Kindergartenkindern im Vergleich zum traditionellen Vorgehen der Einschulung als nicht erheblich wahrgenommen. Auch kann der Förderbedarf der Kinder im Vorfeld besser mit den zuständigen Lehrern abgestimmt werden. Zudem werden durch die Nutzung gleicher Dienstleistungen – unter anderem von Hausmeister- und Reinigungsservice – Kosten eingespart.

Besonders Eltern mit mehreren Kindern unterschiedlichen Alters begrüßen das Mehrnutzungskonzept, sparen sie doch Zeit und Wege ein. Für die Nerkewitzer Eltern ist gegenüber der Fahrzeit zum vorherigen Standort ein Mehraufwand von fünf Minuten entstanden, den sie als annehmbar ansehen. Ein großer Vorteil des Konzeptes ist, dass Kindergartenkinder und Schüler über einen längeren Zeitraum im vertrauten Umfeld bleiben. Einziger Knackpunkt sind die unterschiedlichen Betreuungszeiten der beiden Einrichtungen; hier wünschen sich alle Beteiligten eine noch intensivere Zusammenarbeit zwischen den Leiterinnen. Weitere Aufwertungs- und Sanierungsmaßnahmen sind geplant.

### Schulstandort erfolgreich gesichert

Auch wenn das Vorhaben vom Standardverfahren zur Sicherung der regionalen Schulangebote abweicht: Das Mehrnutzungskonzept der Verwaltungsgemeinschaft Dornburg-Camburg ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein Schulstandort erhalten und seine ökonomische Tragfähigkeit gesichert werden kann. Dabei wurden gleich mehrere Ziele in die Tat umgesetzt: Soziale Einrichtungen wurden nicht nur erhalten und an die demografische Entwicklung angepasst. Auch wurde ein

Konzept umgesetzt, das Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder von einem bis zehn Jahren unter einem Dach ermöglicht. Zudem werden die Gemeinden durch die interkommunale Zusammenarbeit gestärkt.

Statt für die Schließung des Standortes oder die Überführung in einen Schulverbund haben sich die Gemeinden Hainichen und Lehesten und der Landkreis Saale-Holzland entschlossen, den Schulstandort durch die Integration des Kindergartens aufzuwerten und somit das Betreuungsangebot für Kinder aus der Nachbargemeinde zu erhöhen. Ermöglicht wurde diese Lösung durch die enge Partnerschaft zwischen Gemeinden und Landkreis, aber auch durch die interkommunale Kooperation der Ortschaften. Eine solche Standortbündelung führt zu mehr Leben im Ort und erhöht die Wohnattraktivität für junge Familien. Das Modell „Haus für Kinder“ lässt sich auch gut auf andere Gemeinden übertragen.



#### KONTAKT:

Ina John  
Regionale Aktionsgruppe Saale-Holzland e.V.  
Telefon: 036693 230936  
info@rag-sh.de  
www.rag-sh.de

Michael Döring  
VG Dornburg-Camburg  
Telefon: 0162 4100539  
gemeindelehesten@aol.com

Der Werkstattunterricht der Kleinen Grundschule Großwudicke findet internationales Interesse: Ein Lehrerehepaar aus Tansania hospitierte in der Klasse 1/2.



# Lernen mit allen Sinnen

Die „Kleine Grundschule Großwudicke“ im Brandenburger Havellandkreis kann sich über mangelnden Zulauf nicht beklagen. Grund dafür ist ein pädagogisches Konzept, das Lernen und Lehren neu definiert. [VON ANKE ENGELEITER]

„Wo kämen wir hin, wenn jeder sagte, wo kämen wir hin – und keiner ginge, um zu sehen, wohin wir kämen, wenn wir gingen.“ Dieses Zitat des Schweizer Theologen und Schriftstellers Kurt Marti prägt die Arbeit an der Grundschule Großwudicke. Die idyllisch am Waldrand gelegene Schule wurde 1998 nach einer Modellphase vom Land Brandenburg als „Kleine Grundschule“ anerkannt. Seitdem hat sie sich von einer ganz normalen Dorfschule in ein Lernhaus mit liebevoll gestalteten Klassen- und Werkstatträumen und einem naturnah gestalteten Pausenhof entwickelt, das ein besonderes pädagogisches Konzept verfolgt. Rund 100 Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 6 werden in offenen Unterrichtsphasen und gemischten Altersgruppen von sieben Lehrkräften unterrichtet.

## Individuell zum Erfolg

Das Wissen erarbeiten sich die Kinder zu einem großen Teil in Lernwerkstätten. Hier können sie mit allen Sinnen, an unterschiedlichen Orten und auf individuellem Weg zum Erfolg gelangen. Vor diesem Hintergrund ist das fächerverbindende Konzept „Lehrmeister Pferd“ entstanden. Die Kinder üben in einem einjährigen Kurs auf einem Reiterhof die Umgangsweise mit Pferden.

Durch das pädagogische Konzept und einen entsprechenden Fortbildungsschwerpunkt im Kollegium können auch Kinder mit Entwicklungsdefiziten und Teilleistungsstörungen sowie sozial-emotional auffällige Kinder und Kinder mit unterschiedlichen Behinderungsarten erfolgreich integriert werden. Gemeinsam mit den Kollegen im vorschulischen Bereich werden hierfür die Arbeitsschwerpunkte frühzeitig festgelegt, um einen guten Übergang in die Schule zu gewährleisten.

Da sich Krippe, Kindergarten und Hort im Schulhaus befinden, lassen sich nicht nur die Bildungs-, sondern auch die Freizeitangebote miteinander abstimmen.

Auch der Freizeittreff der Gemeinde ist in die Schule integriert, die Mitarbeiterin entwickelt die Angebote in enger Kooperation mit den örtlichen Vereinen.

So unterstützt der Freizeittreff nicht nur die schulischen Aktivitäten, sondern baut gleichzeitig eine Brücke zwischen Schule und dörflichem Alltag. Diese selbstverständliche Einbindung der Kinder in das Dorfleben trägt dazu bei, dass sie schon früh ein Gefühl von Heimatverbundenheit entwickeln. Zudem gewinnen die Vereine über die Schule laufend neue Mitglieder. Die Arbeit für und mit Familien wird durch thematisch abgestimmte Elternseminare im Rahmen der schulischen Bildungssozialarbeit ergänzt.

## Kooperation zahlt sich aus – in vielerlei Hinsicht

In den vergangenen Jahren sind erhebliche Mittel in die bauliche Unterhaltung des Gebäudes, aber auch in die technische Ausstattung geflossen. Beispielsweise können nun in allen Klassenstufen die neuen Medien umfassend genutzt werden. Hierfür wurde ein integriertes Konzept zur Medienerziehung erarbeitet. Die gezielte Absprache zwischen Schule, Kita und der Gemeinde, die Schulträger ist, ermöglicht sinnvolle Investitionen, die allen Beteiligten zugute kommen. Durch die bewusste Integration des Freizeittreffs ist in vielen Fällen eine Mehrfachnutzung möglich, wodurch Kosten gespart werden.

In unserem Schulalltag erleben wir täglich, dass durch Öffnung und Kooperation, durch neue Lernplätze und Differenzierung im Unterricht und durch ein neues Rollenverständnis der Lehrkräfte eine Kultur des Lernens geschaffen werden kann, die es den Kindern ermöglicht, mit Freude fachliche und soziale Kompetenzen zu erwerben. Die stetig wachsenden Schülerzahlen zeigen uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind.



## KONTAKT:

Anke Engeleiter

Kleine Grundschule Großwudicke

Telefon: 033873 60028

[grundschule.grosswudicke@schulen.brandenburg.de](mailto:grundschule.grosswudicke@schulen.brandenburg.de)

[www.grundschule-grosswudicke.de](http://www.grundschule-grosswudicke.de)

# Privatschulen – Rettung oder Last?

Die Privatschullandschaft in Deutschland dehnt sich aus: Laut des Verbands Deutscher Privatschulen stiegen die Schülerzahlen an freien Schulen in den vergangenen zehn Jahren bundesweit um 17 Prozent. Können private Schulen im ländlichen Raum dazu beitragen, die Schulinfrastruktur und -qualität zu verbessern?



Caroline Kann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. In ihrer Dissertation untersuchte sie unter anderem die Entwicklung des Privatschulsektors.

## Frau Kann, welche Rolle spielen private Schulen heute im ländlichen Raum?

Teilweise nehmen Privatschulen für geschlossene öffentliche Schulstandorte eine Ersatzfunktion ein. Es gibt aber auch Beispiele, wo private Schulen öffentliche Standorte verdrängt haben. Besonders hoch ist der Anteil privater Grundschulen in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands, wo seit der Wende viele öffentliche Grundschulen geschlossen wurden. Zudem sind private Gesamt- und Gemeinschaftsschulen stark auf dem Vormarsch, da sie Schüler aller Bildungsgänge aufnehmen können und eine Alternative zum zwei- beziehungsweise dreigliedrigen Schulsystem darstellen, das unter dem Schülermangel leidet.

## Was sind die Ursachen für Neugründungen von Privatschulen auf dem Land?

In Mecklenburg-Vorpommern sind Privatschulen häufig dort gegründet worden, wo eine öffentliche Schule wegen Schülermangels nicht mehr

betrieben werden durfte. Private Schulen müssen im Gegensatz zu öffentlichen Schulen keine Mindestschülerzahlen erreichen, um Schulstandorte zu erhalten. Hier besteht also ein Wettbewerbsvorteil für Schulen in freier Trägerschaft. Für Neugründungen könnten außerdem spezielle Angebote wie Ganztagschule, eine besondere pädagogische Ausrichtung und qualitative Argumente eine Rolle spielen. Aber auch Abgrenzung ist wahrscheinlich ein Motiv.

## Wie finanzieren sich Privatschulen?

Die Kosten für Schulen in freier Trägerschaft übernimmt je nach Bundesland zu 60 bis 90 Prozent der Staat. Außerdem dürfen die Schulen Schulgeld erheben. Die Höhe ist allerdings durch das Grundgesetz beschränkt, das fordert, dass Privatschulen die Schüler nicht nach den Besitzverhältnissen der Eltern trennen. Den Großteil der Privatschulen in Deutschland betreiben kirchliche Träger. Sie erheben ein verhältnismäßig geringes Schulgeld im unteren zwei- bis dreistelligen Bereich. Anders ist es beispielsweise bei internationalen Schulen, die streng genommen nicht zu den allgemeinbildenden Ersatzschulen gehören und dadurch die Vorgabe nach geringem Schulgeld unterlaufen können.

Ist es für die Landesregierungen kein Zielkonflikt, wenn sie öffent-

liche Schulen schließen und später an gleicher Stelle kleine Privatschulen bezuschussen müssen, die nicht den geltenden Anforderungen an die Mindestschülerzahl unterliegen?

Ein Konflikt besteht, allerdings sparen die Länder an jedem Privatschüler Geld. Der Konflikt besteht vor allem in der Frage, ob sich der Staat wirklich so weit aus dem Bereich Bildung zurückziehen sollte. Denn dieser Wandel von Staatlichkeit ist nicht unbedingt nachhaltig und kann sich negativ auf die Chancengleichheit der Schüler auswirken.

## Können die neuen Privatschulen die Schließungen öffentlicher Schulen kompensieren?

Punktuell ist das möglich. Allerdings ist der ländliche Raum teilweise so massiv vom Schülerzahlenrückgang betroffen, dass es auch für private Schulen eine große Herausforderung darstellt, ein betriebswirtschaftlich und pädagogisch sinnvolles Schulangebot zu machen. Daher sind die freien Träger teilweise zurückhaltend und konzentrieren sich eher auf die Städte. Kritisch wird es dann, wenn in manchen Regionen gar kein öffentliches Schulangebot mehr besteht und Eltern gezwungen sind, ihr Kind an einer privaten Schule anzumelden.

Vielen Dank für das Interview.

Das Interview führte Isabella Mahler.

”

Kritisch wird es, wenn in Regionen kein öffentliches Schulangebot mehr besteht.“

# Eine andere Schule

Seit elf Jahren gibt es in der Gemeinde Dreschvitz im Westen Rügens die Freie Schule Rügen. Ins Leben gerufen haben sie Mütter mit reformpädagogischen Ambitionen. Eine Gründungsgeschichte.

[VON ANJA RATH UND HEIKE BALZER]

Es war die Vision einer besseren Schule, die im Frühjahr 2002 einige junge Mütter auf der Insel Rügen auf den Gedanken brachte, eine eigene Schule zu gründen: „Leistungsdruck, Angst vor Schulversagen und schlechten Noten, Bauchschmerzen schon bei Erstklässlern und schwindende Freude am Lernen wollten wir unseren eigenen Kindern unbedingt ersparen“, sagt die Psychologin Heike Balzer. Sie tauschte sich nach der Geburt ihres Sohns Finn regelmäßig mit befreundeten Müttern darüber aus. Die Unterrichtspraxis an den öffentlichen Schulen der Umgebung kannten die Frauen aus den Erzählungen befreundeter Eltern und weil einige von ihnen bereits schulpflichtige Kinder hatten oder als Lehrerinnen arbeiteten. Gemeinsam entwickelten die Mütter die Vision einer Schulalternative auf Rügen. Bereits nach wenigen Monaten trafen sich bis zu zwölf Schulplanerinnen einmal wöchentlich: Aus der Idee entwickelte sich ein Gründungsprojekt.

## Belächelte Mütter öffnen Türen

„Es war gut, dass einige von uns noch in der Erziehungszeit waren. Die zeitlichen Freiräume konnten wir nutzen, um über den eigenen Tellerrand zu schauen“, sagt Heike Balzer. Die Frauen hospitierten an verschiedenen Schulen und wälzten Fachliteratur. Auf den Treffen diskutierten sie das Für und Wider pädagogischer Ansätze und entwickelten ein Leitbild – sowie ein erstes Schulprogramm, das von den Pädagoginnen der Gründungsgruppe kontinuierlich weiterbearbeitet wurde. Das Ergebnis war ein Konzept für ganzheitliches, exemplarisches Lernen in jahrgangsübergreifenden Lerngruppen, das die pädagogischen Ansätze von Maria Montessori und Jürgen Reichen kombiniert. Es sollte eine Grundschule mit integriertem Hort und angeschlossener Orientierungsstufe entstehen.

Bis das Schulkonzept vom Bildungsministerium Mecklenburg-Vorpommerns als innovativ und damit positiv bewertet wurde, musste die Gründungsinitiative Ausdauer beweisen. „Wir wurden anfangs oft nicht ernst genommen“, sagt Anja Heitmüller, Lehrerin und Schulgründerin.

Sie erarbeiteten sich daher Sachkenntnisse im Schul- und Verwaltungsrecht: „Wir mussten Gesetzestexte, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften durchdringen und prüfen, ob sie für unser Projekt relevant waren. Es folgten unzählige Telefonate und Briefwechsel mit den Behörden.“

Letztendlich überzeugten freundliche Beharrlichkeit und wachsender Sachverstand die Entscheidungsträger: „Ein Durchbruch gelang, als die damalige Landrätin Kerstin Kassner unser Projekt unterstützte“, sagt Heike Balzer. Auch ein persönliches, Mut machendes Gespräch mit dem damaligen Bildungsminister Hans-Robert Metelmann war entscheidend und wegweisend. Gleichzeitig war es wichtig, das Vertrauen der Eltern zu gewinnen. Denn wer meldet sein Kind in einer Schule an, die es noch nicht gibt?

## Leer stehende Schule gefunden

Im Landkreis Rügen wurde schließlich die Aufnahme der neuen Schule in den Schulentwicklungsplan befürwortet. Allerdings hatten Gemeinden mit eigenen Grundschulen kein Interesse an einer Konkurrenz vor Ort. „Nach langer Suche fanden wir in Dreschvitz ein Schulgebäude, das die Gemeinde verkaufen wollte“, sagt Heike Balzer. Aufgrund sinkender Schülerzahlen hatte die Gemeinde den Standort wenige Jahre zuvor aufgegeben und die Dreschvitzer Kinder besuchten Schulen in den Nachbarorten. Das Schulgebäude und die dazugehörige kleine Turnhalle standen leer und befanden sich in einem desolaten Zustand. Die Frauen der Schulinitiative sahen darin eine Chance, ihre Vorstellungen zu verwirklichen, verfügten jedoch anfangs nicht über die notwendigen Mittel zum Erwerb oder zur Sanierung der Gebäude. Die Gemeinde wartete mit dem Verkauf, bis die Initiative die Gebäude mit Fördergeldern der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE) erwerben konnte. Nun stand eine grundlegende Instandsetzung und Renovierung an: Ein Architekt erarbeitete das Konzept für die energetische Sanierung des Schulgebäudes unter ökologischen Gesichtspunkten.



„Genauso wie das gesamte Schulprojekt wuchs langsam die Höhe des Finanzvolumens“, sagt Heike Balzer. Rund 400 000 Euro der Kosten für die Sanierung wurden über Mittel der NUE, LEADER+ sowie des Ganztagschulprogramms des Bundes sichergestellt. Der Rest wurde durch einen Kredit bei der GLS-Bank finanziert.

#### Selbst entscheiden

Verantwortlich für alle Aufgaben rund um den Kauf, die Sanierung und den Neubau der Schulgebäude ist der im Oktober 2002 gegründete „Förderverein UmWeltSchule Rügen“. Schulträger und verantwortlich für die Pädagogik und das Schulteam der Freien Schule Rügen ist der „Verein UmWeltSchule Rügen“, der kurz zuvor gegründet wurde. Die Gründerinnen hatten frühzeitig beschlossen, sich nicht an einen der großen Bildungsträger zu wenden, denn sie wollten selbstständig über Struktur und Inhalte ihrer Schule entscheiden – auch wenn dies bedeutete, den Gründungsprozess alleine bewältigen zu müssen.

„Das Schulgenehmigungsverfahren war ein Ringen mit dem Bildungsministerium Mecklenburg-Vorpommern“, erinnert sich Anja Heitmüller. Bei einem ersten Beratungstermin zur konzeptionellen Gestaltung der neuen Schule taten sich viele Hürden auf. „Wir mussten Angaben zum Schulprofil und der Klassenbildung machen, Aussagen zum Umgang mit Lehrplänen, Musteranstellungsverträge einreichen, aber auch die Lage des Schulgebäudes und Zahl, Art und Größe der Unterrichtsräume benennen sowie Unbedenklichkeitsbescheinigungen der zuständigen Bau- und Gesundheitsbehörde vorweisen und noch vieles mehr.“ Im April 2003 beantragte die Elterninitiative beim Bildungsministerium die Anerkennung ihrer Schule als staatliche Ersatzschule. Mit Erfolg: Im November wurde die Schulgenehmigung erteilt.

Allerdings übernimmt Mecklenburg-Vorpommern die Kosten für den Schulbetrieb an Ersatzschulen erst nach einer Wartezeit, die ersten beiden Jahre mussten daher selbst finanziert werden. Dies gelang dem Verein

UmWeltSchule Rügen über Zuschüsse sowie einer Matching-Förderung der Software AG-Stiftung. Um eine finanzielle Zuwendung zu erhalten, musste sich der Schulträger aktiv um Spenden bemühen. Jede eingegangene Spende bezuschusste die Stiftung dann zu 100 Prozent.

#### Guter Rat

Im August 2004 startete die erste Lerngruppe mit 22 Kindern. Heute hat die Freie Schule Rügen rund 130 Schüler und 32 Mitarbeiter: davon 16 Lehrer, die gemeinsam mit ihren sechs Hortkollegen die Schule und den Hort betreuen. Die Schule ist Mitglied im reformpädagogischen Schulverbund „Blick über den Zaun“ und im Bundesverband der Freien Alternativschulen (BFAS). Sie kooperiert mit der Gemeinde Dreschvitz sowie mit einem Kindergarten, der vor einigen Jahren in Dreschvitz gegründet wurde. Die Turnhalle nutzen neben dem Kindergarten auch andere Dreschvitzer, etwa für Yoga- und Tanzkurse. Einige Gebäude sind in den Jahren hinzugekommen und das Schulgelände wurde zu einem Naturerlebnisbereich umgestaltet, dessen öffentliche Nutzung vom Schulträger erwünscht ist.

Im Rückblick haben die Gründerinnen den Eindruck, dass es ihr hartnäckiger Enthusiasmus war, der ihnen den Weg ebnete und aus Sackgassen heraushalf. „Wir haben Hilfe bei anderen Freien Schulen gesucht und gefunden. Aber wir haben auch Misserfolge einstecken müssen. Insgesamt war es ein mühseliger, aber sehr spannender Prozess“, sagt Heike Balzer. Der sich hätte abkürzen lassen: Erst nach der Eröffnung sind die Schulgründerinnen auf den BFAS gestoßen, der Elterninitiativen fachlich unterstützt. „Ich möchte unsere Erfahrungen nicht missen, empfehle anderen Eltern aber, sich beispielsweise beim BFAS beraten zu lassen.“

- 1 Die Freie Schule Rügen ist reformpädagogisch ausgerichtet. Im sogenannten Hunderterfeld nach Maria Montessori lernen die Kinder mathematische Strukturen kennen.
- 2 Das einst leer stehende Schulgebäude in Dreschvitz wurde von der Freien Schule Rügen wiederbelebt.
- 3 Im Hort können die Kinder zwischen mehreren Freizeitaktivitäten wählen. Mit einer Erzieherin lernen sie das Tondrehen auf der Scheibe.



**KONTAKT:**  
Heike Balzer  
UmWeltSchule Rügen e.V.  
Telefon: 038306 239920  
info@freie-schule-ruegen.de  
www.umweltschule-ruegen.de



Bei der Arbeit: Thomas Wisniewski (mitte), Lotse der Ortsgemeinde Hauptstuhl, gemeinsam mit Ortsbürgermeister Gerald Bosch (rechts) und Thomas Becker (links) vom Bauamt der Verbandsgemeinde Landstuhl.

# Lotsen gegen Leerstand

In Rheinland-Pfalz machen ehrenamtlich Engagierte den Umgang mit ungenutzten Häusern und Geschäften im Ort zum Thema.

[VON SUSANNE TSCHIRSCHKY]

In ländlichen Regionen mit sinkenden Bevölkerungszahlen stehen immer mehr Gebäude leer. Das ist auch in Rheinland-Pfalz nicht anders. Hier befinden sich rund 80 Prozent der Wohngebäude in Privateigentum. Dass diese oft nicht mehr genutzt werden, hat vielerlei Gründe. Oftmals erschweren eine emotionale Bindung an das Gebäude oder unklare Eigentumsverhältnisse im Erbfall eine Wieder- beziehungsweise Umnutzung. Auch überzogene Wertvorstellungen oder ein gewisser Investitionsstau im Objekt wirken als Hinderungsgrund. Für die Reaktivierung dieser leer stehenden Immobilien spielt die Ansprache der Eigentümer eine zentrale Rolle. Sie müssen motiviert werden, sich mit dem Thema zu beschäftigen und etwas gegen den Leerstand zu unternehmen. Hierfür hat die Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. das Modellprojekt „Leerstands-lotsen“ konzipiert.

## Der Modellprozess

Ziel des Projektes war es zu erproben, wie über ehrenamtliches Engagement der Leerstand in kleineren rheinland-pfälzischen Ortsgemeinden vermieden und bewältigt werden kann. Kreis- und Verbandsgemeindeverwaltungen, Ortsbürgermeister und Ehrenamtliche in den Landkreisen Neuwied, Germersheim und Südliche Weinstraße beteiligten sich an der von 2012 bis 2015 andauernden Modellphase. Über die Amtsblätter und in Gesprächen mit den Ortsbürgermeistern wurden die Bürger aufgerufen, sich zu Leerstands-lotsen ausbilden zu lassen. Ein speziell entwickelter Lehrgang vermittelte Methoden, etwa zur Eigentümeransprache. Im Anschluss wurden die Leerstands-lotsen der Gemeinde über Flyer, Zeitungsartikel oder die Mitteilung im Amtsblatt vorgestellt. 17 Ehrenamtliche in 14 Gemeinden standen als Leerstands-lotsen zur Verfügung.

Bei der Arbeit der Lotsen kommt es vor allem darauf an, auf die Immobilieneigentümer zuzugehen, Vertrauen aufzubauen und offene Gespräche über die Weiternutzung von Gebäuden zu ermöglichen. Kommunikatives Geschick ist also gefragt. Sobald der Immobilieneigentümer bereit ist, sich seiner persönlichen Immobilienproblematik aktiv anzunehmen, vermittelt der Leerstands-lotse ihn an die entsprechenden Fachleute weiter

– beispielsweise in Bauverwaltung, Architekten- und Handwerkskammer oder Banken. Insgesamt konnten die Leerstands-lotsen in der Modellphase Gespräche mit mehreren Dutzend Immobilieneigentümern führen.

## Lotsen – der Königsweg?

Das Modellprojekt wurde von den befragten Lotsen, den Ortsbürgermeistern sowie betroffenen Bürgern durchweg als positiv bewertet. Dabei hat sich gezeigt, dass der Erfolg ganz entscheidend davon abhängt, wie eng der Austausch der Lotsen untereinander sowie mit den jeweiligen Ortsbürgermeistern und Verwaltungen ist. Allerdings steht auch fest, dass der Lotsen-Ansatz klassische Instrumente der Ortsentwicklung – beispielsweise den Ortsentwicklungsplan oder ein gesamtstrategisches Leerstandsmanagement – nicht ersetzen kann. Vielmehr ist er eine von vielen Möglichkeiten, Eigentümer zu sensibilisieren und im besten Fall zu aktivieren. Dies gilt vor allem für kleinere Gemeinden, wo die Lotsen einen guten Einblick in die Eigentümer-Objekt-Konstellationen ihres Ortes haben. Durch die Aktivierung von Ehrenamtlichen wird zudem die gesamte Dorfgemeinschaft für die Problematik sensibilisiert. Zwei Drittel der am Modellprojekt beteiligten Ortsgemeinden haben daher beschlossen, die Arbeit der aktiven Leerstands-lotsen über die Pilotphase hinaus fortzuführen. ■

## SERVICE:

Die während der Pilotphase erstellten Unterlagen werden interessierten Gemeinden kostenlos zur Verfügung gestellt. Sie können per Mail oder telefonisch angefordert werden.



**KONTAKT:**  
Susanne Tschirschky  
Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V.  
Telefon: 0631 414592-36  
info@ea.rlp.de  
www.ea.rlp.de

# Nachrichten vom Bürgermeister

Die Einheitsgemeinde Tangerhütte in Sachsen-Anhalt hat einen medial erfahrenen Bürgermeister: Andreas Brohm hat eine eigene Website, twittert, postet bei Instagram und schreibt Pressemeldungen. Gehören „Public Relations“ zum Bürgermeisteramt?



Andreas Brohm ist Diplom-Kaufmann. Als Mitgründer eines Kabarett-Ensembles, Produktions-Assistent sowie Konzert- und Musical-Manager war er viel unterwegs. Seit 2014 ist er Bürgermeister in seinem Heimatort. [www.andreas-brohm.de](http://www.andreas-brohm.de)

## Worin sehen Sie sie?

Ohne Twitter wäre ich nicht als Praxispartner für das Zukunftsforum in Berlin angefragt worden; und Reiner Haseloff, der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, wäre im vergangenen Jahr nicht zweimal spontan vorbeigekommen. Vor Kurzem hat mich ein Bundesministerium angerufen, weil es kommunale Projektpartner sucht. Diese Kontakte sind über unsere medialen Aussendungen entstanden: Ohne mich persönlich zu kennen, hatte man eine Vorstellung davon, was wir in Tangerhütte tun und welche Akzente wir setzen.

## Gilt das auch für kommunale Akteure und Gremien?

Viele, die mir auf Twitter folgen, wollen erst einmal nur gucken, was ich so mache: vom Mitarbeiter, über Mütter aus einer Kita, bis zu meiner Frau. Auch die Stadträte lesen meine Tweets und stellen mir dazu Fragen. Wir werden nie alle erreichen und die Zielgruppe ist begrenzt. Aber ich erlebe, dass wir intern andere Bereiche beleuchten und nach außen hin strahlen. Die regionale Presse druckt Aussagen ab, die sie auf meinem Twitter-Kanal findet.

## Sie geben Ihren Meldungen ein sehr persönliches Profil.

Der Bürgermeister ist Bestandteil der Verwaltung, hat aber auch eine eigene Position. Und die vertrete ich in meinen Nachrichten. Ich möchte, dass die Menschen sich für Meldungen interessieren, allein weil sie aus Tangerhütte kommen.

Ein getwittertes Foto von der Morgenstimmung in der Altmark spricht möglicherweise mehr Leser an als tolle Inhalte, die man in einem Gremium bespricht. Die Mischung macht's, um die Menschen für bestimmte Themen zu begeistern.

## Zu sozialen Medien gehören mitunter verbale Entgleisungen. Sie sind virtuell sehr greifbar – werden Sie auch angegriffen?

Es gibt online hin und wieder Reaktionen unter der Gürtellinie. Die gibt es aber auch im direkten Gespräch. Als Bürgermeister muss man aber die Diskussionen führen, die die Gemeinschaft von unten nach oben trägt – und schließlich kommunale Entscheidungen treffen.

## Was eignet sich dafür besser: die Medien oder die Einwohnerversammlung?

Beides. Wenn ich in einem Saal danach frage, woran wir arbeiten sollen, herrscht häufig Stille. Für mich heißt das, ich gehe jeden Tag irgendwohin und frage nach: in Vereinen, bei Sportfesten. Über Online-Plattformen lässt sich indirekt eine Offenheit herstellen. Wenn es ein Anliegen gibt, kann man sich jederzeit an uns wenden. Wenn die Menschen dann wahrnehmen, dass wir uns für sie interessieren, sagen sie uns ihre Meinung. Und dann können wir diskutieren.

**Vielen Dank für das Gespräch.**  
Das Interview führte Anja Rath.

”

Als Bürgermeister bin ich die Werbefigur meiner Gemeinde.“

## Herr Brohm, aktuell rühren Sie die Werbetrommel für das Wirtschaftsfestival AltmarkMacher. Worum geht es dabei?

Es wurde im Rahmen der Marketingkampagne „Grüne Wiese mit Zukunft“ von den Landkreisen in der Altmark ausgeschrieben. Wir haben uns beworben und gewonnen. Ziel des Festivals ist ein Signal: Die Altmark ist lebens- und liebenswert. Und zwar sowohl für Menschen, die bereits hier wohnen, als auch für alle, die uns besuchen, zurückkehren oder zuwandern möchten.

## Dabei nutzen Ihnen sicherlich die Erfahrungen als Company-Manager. Haben Kommunalpolitik und Showgeschäft etwas gemein?

90 Prozent dessen, was Kommunen leisten müssen, ist Verwaltung und völlig unsexy. Wir nutzen die Chance, zu zeigen, wozu wir und unsere Bürger fähig sind. Als Bürgermeister bin ich die Werbefigur meiner Gemeinde. Es ist wichtig zu zeigen, was Positives geschieht und woran man arbeitet. Ansonsten würde Verwaltung in der Öffentlichkeit nur mit dem sichtbar, was nicht funktioniert. Ich verstehe mich als professionellen Wertschätzer für alle Menschen in meiner Gemeinde. Und ich sehe Erfolge.



Landwirt Stefan Hagen  
mit DVS-Mitarbeiterin  
Bettina Rocha

# Zartes Pflänzchen solidarische Landwirtschaft

Stefan Hagen, Milchbauer im Bergischen Land in Nordrhein-Westfalen, hat vor gut einem Jahr eine ungewöhnliche Entscheidung getroffen, um seinen Hof zukunftsfähig zu machen:  
Er betreibt mit rund 50 Mitgliedern solidarische Landwirtschaft.

[VON BETTINA ROCHA]

„Ganz früher war das mal ein Gemischtbetrieb, mit allem Drum und Dran. Kühe, Schweine, Kleintiere, Ackerbau und Grünland“, erzählt Stefan Hagen, „dann wurde uns in den 60er- und 70er-Jahren geraten, uns zu spezialisieren. Im Bergischen Land, einer typischen Grünlandregion, war klar, der Betrieb muss ein reiner Milchviehbetrieb werden.“ 1989 hat er den Betrieb übernommen und seither stetig vergrößert, denn alle waren sich einig, die Zukunft liege im Wachstum. Alle, das waren er selbst, Berater der Landwirtschaftskammer, der Bauerverband und Agrarpolitiker. Also hat er auf Spezialisierung, Wachstum und Leistungssteigerung gesetzt und hält heute 100 Milchkühe. Die Krisen in den vergangenen Jahren treffen jedoch Betriebe jeder Größenordnung, sie alle kämpfen mit dem dauerhaft niedrigen Milchpreis. „Ich glaube nicht mehr an die Möglichkeit eines permanenten Wachstums“, sagt Stefan Hagen. „Woher soll das kommen? Wir sind jetzt bei 9500 Kilogramm Milch pro Kuh und Jahr, das ist viel.

Wie soll eine höhere Leistung erzielt werden – mit Hilfe von Gentechnik? Davon halte ich nichts.“ Auch dreimal täglich zu melken, kommt für ihn nicht in Frage, denn die Technik- und Personalkosten würden bei rund 20 Cent pro Kilogramm Milch den Mehrerlös aus der größeren Milchmenge aufzehren.

## Feste Abnehmer – konstantes Einkommen

Die Krisen 2009 und 2012 mit fallenden Erzeugerpreisen sitzen Stefan Hagen noch in den Knochen als der Milchpreis 2014 von rund 40 auf 30 Cent pro Kilogramm sinkt. „Und nun das Ganze noch mal? Jetzt hör’ ich auf, hab’ ich gedacht“, bekennt er. Soweit kam es nicht, denn Stefan Hagen entdeckte die solidarische Landwirtschaft (Solawi) für sich. Ein befreundeter Berufskollege, ebenfalls Milchbauer, erklärte ihm das Solawi-Prinzip. Natürlich war er erst einmal skeptisch: Wie würde das werden, wenn er eine Wirtschaftsgemeinschaft gründete und die Mitglieder auf seinem Hof herumliefen

und mitreden wollten? Dabei war der Gedanke an die regelmäßigen Beträge, die die Mitglieder zu zahlen hätten, um frische Lebensmittel zu erhalten, aus unternehmerischer Sicht verlockend – brächten sie doch ein konstantes Einkommen, mit dem sich mittelfristig kalkulieren ließe. Das Ende des niedrigen Milchpreises war und ist nicht in Sicht und so tastete sich Stefan Hagen an das ungewöhnliche Einkommensmodell heran. Dass der landwirtschaftliche Betrieb erhalten bleiben sollte, war oberstes Ziel und dafür musste er neue Wege gehen.

## Produktion für Mitglieder

Und das bedeutet, Lebensmittel zu produzieren, die den Bedürfnissen der künftigen Mitglieder entsprechen. Milch und nur Milch reichte da nicht. 4 000 Quadratmeter Ackerland wurden umgebrochen und in einen Gemüsegarten umgewandelt. Ein Gewächshaus musste her. Außerdem stellte Stefan Hagen einen Gärtner und eine Aushilfe, beide in

Teilzeit, ein. Auch Rohmilch können die Mitglieder ab Hof erhalten, doch weit wichtiger ist die Gemüsevielfalt – möglichst das ganze Jahr über. Wer weiter weg wohnt, kann es aus Depots in mehreren Städten im Bergischen Land abholen.

Ein Anteil an der Solawi kostet auf dem Betrieb Hagen aktuell im Durchschnitt 112 Euro je Monat. Es ist möglich, einen halben Anteil zu halten. Die Höhe des Preises für einen Anteil wird jedes Jahr in einem offenen Bieterverfahren aus den Geboten ermittelt. Dazu hat Stefan Hagen die Betriebsführungskosten und die Kalkulation des Betriebs für die Bieter offengelegt. „Diskussionen über den Preis der Anteile gab es bisher nicht“, sagt er. „Je transparenter man arbeitet, desto größer ist die Akzeptanz.“

Schwieriger war es jedoch mit der Beständigkeit der Mitglieder, die sich verpflichten, ihren Anteil wenigstens ein Jahr zu halten. „Im Winter, bei geringer Gemüseauswahl, ging es mit der Motivation der Leute bergab. Einige sind ausgestiegen, neue kamen hinzu. Zur Zeit haben wir 50 Mitglieder, die gemeinsam 30 Anteile halten.“ Die Menschen bei der Stange zu halten, bedeutet für Stefan Hagen, ihnen bei gemeinsamen Aktionen Rede und Antwort zu stehen und Vertrauen in seine Wirtschaftsweise als konventioneller Betrieb zu wecken – deshalb zeigt er beispielsweise, womit er seine Kühe füttert.

#### Engagierte Anteilseigner

Mittlerweile findet der Landwirt den Austausch mit den Mitgliedern, die sich selbst „Solawisten“ nennen, spannend. „Ich lerne ständig etwas dazu, aber es fällt mir auch schwer, in jeder Situation die Ruhe zu bewahren.“ Dann zum Beispiel, wenn sich die Solawisten Sorgen über den Schwermetallgehalt im Boden der Wiesen und Weiden machen und Bodenproben fordern. Oder wenn ihn einzelne Mitglieder dazu bringen möchten, möglichst schnell auf Ökolandbau umzustellen. „Ich bin durchaus aufgeschlossen. Soja aus Übersee kommt bei mir nicht in die Futterration, die zugekauften Futtermittel bekomme ich überwiegend aus einem Umkreis von rund 150 Kilometern. Aber ich denke auch an meinen Vertrag mit der konventionellen Molkerei, der noch zwei

Jahre läuft“, sagt Stefan Hagen. „Ich müsste meinen Viehbestand um etwa ein Drittel reduzieren, um den Ansprüchen des Ökolandbaus gerecht zu werden, denn der Zukauf von konventionellen Futtermitteln, wie Pressschnitzel aus der Zuckerrübenverarbeitung, wäre dann nicht zulässig.“

Die Motivation von Privatpersonen, sich in einer Solawi zu engagieren, ist sehr unterschiedlich. Von dem Wunsch nach gesunden Lebensmitteln, deren Produktionsstätte man kennt, über das Ziel, bäuerliche Betriebe zu erhalten und dem Strukturwandel in der Landwirtschaft entgegenzuwirken, bis hin zu der Angst, beim nächsten großen Finanzcrash keine Nahrungsmittel mehr kaufen zu können, ist alles dabei, berichtet Stefan Hagen. Ebenso haben einige den Wunsch, andere Menschen kennen zu lernen und gemeinschaftlich etwas zu bewegen: Etwa 20 Prozent der Mitglieder arbeiten mehr oder weniger regelmäßig im Garten mit. Eine Kerngruppe kümmert sich um Medienarbeit und Organisation. Andere helfen beispielsweise, die Belege für die Buchführung zu ordnen oder bringen sich bei gemeinsamen Festivitäten ein.

#### Ideen und Zuversicht

Bei einem Milchpreis von rund 20 Cent erwirtschaftet Stefan Hagen über die Solawi etwa 30 Prozent seines Betriebseinkommens. Weil er nicht auf das Ansteigen des Preises warten möchte, hat er neue Pläne. Gemeinsam mit anderen landwirtschaftlichen Betrieben denkt er darüber nach, eine mobile Käserei zu gründen, um die eigene Milch zu verarbeiten und die Produktvielfalt für seine Mitglieder zu erhöhen. Mit weiterverarbeiteten Produkten könnte er einen größeren Gewinn von der Wertschöpfungskette abschöpfen – unter solchen Bedingungen kann er sich auch vorstellen, künftig Bio-Milch zu produzieren.

Mittlerweile schauen andere Bauern bei ihm vorbei und fragen ihn, wie das so geht mit diesen Mitgliedern und ob sie sich ins Gehege kämen, wenn sie auch mit so etwas anfangen. Der Landwirt aus Linde-Schümmerich lächelt, wenn er sagt: „Solawi ist schlichtweg ein neuer Unternehmenszweig, wenn auch anders als die herkömmlichen – dieser Gedanke muss beim Bauer ankommen.“ ■

- 1 Die Felder des Betriebs sind mit Schildern beschriftet, damit sich die Mitglieder der Solawi zurechtfinden.
- 2 Die Solawi versorgt ihre Mitglieder auch mit Kräutern.



#### SERVICE:

Im März 2017 wird ein LandInForm Spezial zur gemeinschaftlich getragenen Landwirtschaft erscheinen. Das Heft befasst sich mit dem Engagement von Privatpersonen, die dazu beitragen, die Existenz von landwirtschaftlichen Betrieben zu sichern und gleichzeitig Einfluss auf die Art der Bewirtschaftung nehmen (siehe dazu auch Seite 5).



**KONTAKT:**  
Stefan Hagen  
[www.bergische-solawi.jimdo.com](http://www.bergische-solawi.jimdo.com)



# Auszeichnung für Futterwert und Artenvielfalt

Extensiv genutztes Grünland hat sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der landwirtschaftlichen Beratung keinen besonders hohen Stellenwert. Dabei ist nicht nur sein landwirtschaftlicher, sondern auch sein ökologischer und kultureller Wert enorm. Wiesenmeisterschaften sollen Aufmerksamkeit für das unterschätzte Ökosystem schaffen.

[VON RAINER OPPERMAN, NATASCHA LEPP UND SARAH PFISTER]

Dietmar Rapp blickt mit Stolz auf seine Blumenwiese. Die vielen Menschen, die anhalten, um einen Strauß zu pflücken, bestätigen dem Landwirt aus Ehingen-Granheim, dass er alles richtig macht. Den Spaziergängern geht das Herz auf, wenn sie mit ihrem Blumenstrauß die ganze bunte Vielfalt der Albwiesen mit nach Hause nehmen: Margeriten und Glockenblumen, Rotklee und Salbei, Hahnenfuß und Ackerwitwenblume, Esparsette, Flockenblume und Wiesenbocksbart, um nur einige zu nennen. Für sein Engagement zum Erhalt der Vielfalt hat Rapp, der seinen 78 Hektar großen Naturland-Hof im Nebenerwerb betreibt, im vergangenen Jahr bei der „Wiesenmeisterschaft Schwäbische Alb“ einen ersten Platz belegt.

## Solider Wettbewerb

Mit der Wiesenmeisterschaft werden die Leistungen von Landwirten gewürdigt, die ihre Wiesen und Weiden so bewirtschaften, dass sie bei einer akzeptablen Futterleistung auch eine hohe Artenvielfalt aufweisen. Neben Deutschland gibt es solche Meisterschaften auch in Frankreich, in der Schweiz, in Österreich und in der italienischen Region Südtirol. In Baden-Württemberg werden sie seit 2005 durchgeführt, jeweils in verschiedenen Regionen und Trägerschaften. Die 2015er Meisterschaft im Biosphärenreservat Schwäbische Alb wurde von Blumenwiesen-Alb e.V. in Zusammenarbeit mit Kreisbauernverbänden, Landschaftserhaltungsverbänden, dem Landkreis

Esslingen sowie dem Landwirtschaftlichen Zentrum Baden-Württemberg ausgerichtet. Koordiniert wurde das Projekt vom Institut für Agrarökologie und Biodiversität (IFAB).

22 Landwirte haben für die Wiesenmeisterschaft 2015 insgesamt 40 Flächen angemeldet. Jeder Landwirt konnte bis zu drei Flächen einreichen. Diese wurden in der zweiten Maihälfte von Fachleuten bonitiert. Im Juni besuchte eine achtköpfige Jury aus Vertretern von Landwirtschaft und Ökologie die besten der vorbonitierten Flächen und begutachtete sie. Dabei wurden Blumenvielfalt, Imkerwert und ökologischer Wert gleichrangig mit Kriterien der Futterwertigkeit, also Futterzusammensetzung und -qualität, Narbenschluss und Abwesenheit von Giftpflanzen bewertet. Preise wurden für die Kategorien „Fettwiesen“, „Magerwiesen“ sowie „Artenreicher Gesamtbetrieb“ vergeben.

## Begeisterung bei Mensch und Tier

Dietmar Rapp hat seinen Preis für die Kategorie „Magerwiesen“ erhalten. „Der wohlthuende Duft unseres Blumenwiesen-Heus von der Alb begeistert Mensch und Tier“, freut sich der Biobauer. Auf seinen Wiesen wachsen viele Kräuter mit pharmazeutisch wirksamen Inhaltsstoffen – wie Wiesensalbei, Wiesenkümmel und Thymian –, die bei den Abnehmern des Bioheus sehr begehrt sind. Mehr als eine Stallmist- oder Güllegabe alle zwei Jahre ist für die artenreichen Magerwiesen nicht nötig.



- 1 Gudrun Reger erhält für ihre Wiesen viel Anerkennung: Die Blumen schmücken an Fronleichnam die Prozessionswege.
- 2 Seit 2008 repräsentiert eine Blumenwiesen-königin die Wiesenkulturn Landschaft auf der Schwäbischen Alb. Désirée Neff (rechts) bei der feierlichen Amtsübergabe durch ihre Vorgängerin Anja Bechtold.
- 3 Dietmar Rapps Wiese mit Margeriten und Wiesensalbei, Esparsette, Knautie und Wiesenbocksbart hat in der Kategorie „Artenreiche Magerwiese“ gewonnen.
- 4 Das Ehepaar Holzschuh, das Flächen mit einem ausgewogenen Gräser-Kräuter-Bestand bewirtschaftet, hat 2015 in der Kategorie „Artenreicher Gesamtbetrieb“ den ersten Platz gemacht.

Auch Tanja und Jörg Holzschuh konnten im Wettbewerb einen ersten Platz einheimsen – in der Kategorie „Artenreicher Gesamtbetrieb“. Das Ehepaar aus Schelklingen-Hausen hat seinen gesamten Betrieb auf extensive Bewirtschaftung ausgerichtet. Schon vor mehreren Jahren haben die Landwirte beispielsweise ihre Milchkuhherde von Schwarzbunten auf Fleckvieh umgestellt, da dieses besser mit dem Aufwuchs der Blumenwiesen zurechtkommt. 77 der insgesamt 130 Hektar des Biolandbetriebes sind Grünland. Dabei werden die hofnahen Flächen etwas intensiver genutzt als die weiter entfernt liegenden Flächen. So kann einerseits der Energiebedarf der 50 behornten Milchkühe gedeckt werden, andererseits kommt auch die Natur nicht zu kurz. Auf den flachgründigen Stellen der Wiesen sind einige seltenere Arten wie die Teufelskrallen oder der Knöllchen-Steinbrech zu finden. Doch auch die intensiver genutzten Flächen bestechen durch ihre Artenvielfalt.

Hobbypferdehalterin Gudrun Reger aus Erbstetten (Ehingen) nutzt ihre Wiesen für die Gewinnung von Pferdeheu. Viele ihrer Flächen sind sehr steil, mit Bäumen bewachsen, liegen am Waldrand oder bestehen nur aus einem kleinen Streifen zwischen Hecken – entsprechend aufwändig ist die Bewirtschaftung, die Familie Reger schon 35 Jahre lang extensiv durchführt. Die Wiesen werden gelegentlich mit Stallmist gedüngt. Da sie nur einmal im Jahr gemäht werden, bezaubern sie bis in den Juli hinein mit ihrer Farbenpracht. Die Dorfgemeinschaft weiß das sehr zu schätzen: Jedes Jahr werden von den Flächen der Pferdewirtin die Blüten für den Fronleichnamsteppich gepflückt, der vor der Kirche und entlang des Prozessionswegs ausgelegt wird.

**Wertvolles Instrument für die Öffentlichkeitsarbeit**  
Wiesenmeisterschaften haben sich als effektives Instrument erwiesen, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Bewirtschaftung artenreicher Grünlandbestände zu fördern. Wie die Beispiele von der Schwäbischen Alb zeigen, hat der Beitrag der Betriebe zur Erhaltung der Blumen-Vielfalt einen hohen Sympathiefaktor. Und dieser wiederum fördert die Wertschätzung für die Nutzung des Extensivgrünlands, das in seiner Bedeutung für verschiedene Umweltleistungen oftmals unterschätzt wird. Schließlich hat artenreiches Grünland neben seiner landwirtschaftlichen Bedeutung als Lieferant von Tierfutter eine Vielzahl weiterer Funktionen inne:

Es ist Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, spielt eine wichtige Rolle im Klima- und Bodenschutz sowie bei der Reinhaltung der Gewässer und bietet zahlreiche kulturelle Umweltleistungen wie Ästhetik und Heimat-Identität, aber auch Potenzial für den Tourismus.

Auch in der Betriebsberatung wird das Extensivgrünland oftmals vernachlässigt – beziehungsweise steht dabei stets die Frage im Vordergrund, wie die Futterleistung der Flächen gesteigert werden kann. Dies gilt auch für den Biobereich. Insofern sind die Wiesenmeisterschaften oftmals „Balsam für die Seele“ derjenigen Landwirte, die ihre Wiesen aus verschiedenen Gründen in ihrer Artenvielfalt erhalten und dies auch gerne weiter tun möchten. Durch den Wettbewerb erhalten sie eine gewisse gesellschaftliche Anerkennung und die Bestätigung, dass die von ihnen gewählte Art der Bewirtschaftung (auch) richtig ist.

#### Synergieeffekte schaffen

Während in den landwirtschaftlichen Fachkreisen aus verständlichen Gründen das ökonomische Denken und das Rechnen in Futterleistung dominiert, sind vielen Ökologen die landwirtschaftlichen Erfordernisse nicht bewusst. Die Durchführung von Wiesenmeisterschaften befördert den gemeinschaftlichen Dialog, denn bei der Begutachtung der Wiesen werden explizit ökologische und futterbauliche Kriterien gleichgewichtig einbezogen. Trotz der positiven Effekte für Landwirtschaft, Naturschutz und die jeweilige Region sind Wiesenmeisterschaften allerdings kein Selbstläufer. Sie sind zeitintensiv und erfordern einen fachkundigen Projektbegleiter und somit entsprechende Personal- und Finanzressourcen. Wesentlich für das Gelingen der Wiesenmeisterschaften ist die Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Naturschutz. Wünschenswert wäre zudem eine kontinuierliche, bundesweit übergreifende Öffentlichkeitsarbeit, um für die vielen regionalen Meisterschaften Synergieeffekte zu erreichen, ohne die regionalspezifischen Besonderheiten zu nivellieren. ■

#### SERVICE:

##### Zum Weiterlesen:

Oppermann, R. und Liesen, J., 2015: *Wiesenmeisterschaften – Win-Win-Effekte für alle Beteiligten*. Naturschutz und Landschaftsplanung 47 (11): 361–363. [www.blumenwiesen-alb.de/wp/wettbewerbe/](http://www.blumenwiesen-alb.de/wp/wettbewerbe/)



**KONTAKT:**  
Dr. Rainer Oppermann  
Institut für Agrarökologie  
und Biodiversität (IFAB)  
Telefon: 0621 3288790  
[oppermann@ifab-mannheim.de](mailto:oppermann@ifab-mannheim.de)  
[www.ifab-mannheim.de](http://www.ifab-mannheim.de)

# Mobil im Tal

Die begrenzte öffentliche Verkehrsanbindung wollten die Jugendlichen im baden-württembergischen Zweitälerland nicht länger hinnehmen. Mit ihrer Mobilitätsplattform haben sie nun ein Angebot geschaffen, das Jung und Alt gleichermaßen nützt.

[ VON MARTINA BECHTLE, BENEDIKT BIEHRER, ANDREAS HEIBRECHT, SIMON KUSS, PABLO REBHOLZ, PAVLOS WACKER, MARIE WINTERHALTER UND UDO WENZL ]



Jugendliche, aber auch ältere Menschen haben im ländlichen Raum vor allem abends und am Wochenende ein Problem: Wie kommen sie von A nach B? Züge und Busse fahren abgelegene Dörfer nur selten oder gar nicht an, ohne Auto ist man häufig aufgeschmissen. Auch der Schülerverkehr, ein zentrales Standbein des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im ländlichen Raum, ist mit Blick auf die prognostizierten sinkenden Schülerzahlen gefährdet. Sinnvolle Lösungen müssen gefunden werden, die für den Erhalt einer guten Mobilität sorgen, damit der ländliche Raum nicht noch mehr abgehängt wird. Das ist keine neue Erkenntnis. Eher ungewöhnlich ist es aber, dass Jugendliche aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen selbst nach diesen Lösungen suchen und deren Umsetzung aktiv vorantreiben.

## Engagierte Jugend

Bereits 2014 hatte sich im Rahmen eines von LEADER finanzierten Jugendbeteiligungsprojekts im baden-württembergischen Zweitälerland – dem Elz- und Simonswäldertal im Landkreis Emmendingen am Rande des Südschwarzwalds – und einer begleitenden Jugendumfrage herauskristallisiert, dass das Thema Mobilität bei den Jugendlichen oberste Priorität hat. Der „Rat der Jugend im Zweitälerland“ wurde ins

Leben gerufen, um die Wünsche der jungen Menschen weiterzuverfolgen. Nach zwei Jahren intensiver Arbeit startete er im März 2016 das Projekt „Mobil im Tal“. Ziel des vom Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg geförderten Projekts war es, eine ergänzende Mobilitätslösung zum ÖPNV zu entwickeln, die möglichst keine hohen Zusatzkosten erzeugt und zudem ökologisch nachhaltig ist. So entstand die Idee einer regionalen Mitfahrplattform, die sicher, modern und für alle Bürger einfach zu nutzen ist. Jeder Autofahrer sollte seine geplante Fahrt hier eintragen und damit die ÖPNV-Versorgungslücken sinnvoll schließen, so die Idee. Und auf diese Weise einen kleinen Beitrag zum Erhalt der Lebensqualität im ländlichen Raum leisten.

## Breite Zustimmung

Bei einer interkommunalen Mobilitätskonferenz mit mehr als 80 Teilnehmern konnte der Rat der Jugend die Bürgermeister der fünf ansässigen Gemeinden und der Großen Kreisstadt Waldkirch davon überzeugen, neue Wege in der Mobilität zu gehen. Auch gelang es ihnen, die Vertreter von Kommunal-, Kreis- und Landespolitik sowie von regionalen Unternehmen und sozialen Organisationen für ihr Anliegen zu interessieren. So stellten die Jugendlichen ihr Projekt parallel auf

einer Informationsveranstaltung für ältere Bürger und Menschen mit Behinderung vor, die in Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Seniorenvertretungen organisiert wurde. Da sich gerade beim Thema Mobilität die Interessen von Jugendlichen und Senioren überschneiden, stieß ihre Idee auf große Zustimmung. Den ortsansässigen Unternehmen wiederum bietet die Mitfahrplattform die Möglichkeit, ihren Mitarbeitern eine alternative Mobilitätslösung anzubieten und so das Verkehrsaufkommen zu verringern und Parkplatzprobleme zu entschärfen.

## Mobil mit „TwoGo“

Nachdem das „Was“ und das „Wer“ geklärt waren, stand noch das „Wie“ im Raum. Auf der Suche nach einer geeigneten Anwendung kamen die Jugendlichen zu dem Schluss, dass eine Online-gestützte Mitfahr-anwendung wie „flinc“ oder „TwoGo“, die auch als App auf dem Smartphone funktioniert, die beste Lösung ist. Voraussetzungen dafür sind allerdings gut funktionierende Handynetze und Internetverbindungen. Für die Umsetzung initiierte der Rat der Jugend einen runden Tisch mit Kommunal- und Unternehmensvertretern.

Seit dem 1. März 2016 ist es nun so weit: Die Online-Mitfahrplattform „Mobil im Tal“ ist aktiv. Sie funktio-



- 1 Im Zweisälerland vermittelt eine Internetplattform Fahrgemeinschaften. Jugendliche haben das Projekt angestoßen und umgesetzt.
- 2 Die Mitfahrzentrale schließt Versorgungslücken des ÖPNV. Eine mobile App kann künftig die Abfahrtszeiten von PKW-Mitfahrgelegenheiten, Bussen und Bahnen gleichzeitig anzeigen.

niert auf der Basis des Dienstes „TwoGo“ des Unternehmens SAP. Jeder Anwender kann hier die gewünschte beziehungsweise angebotene Fahrt mit Start- und Zielort sowie Zeitpunkt einstellen; TwoGo vermittelt dann Fahrer und Mitfahrer automatisch und ohne komplizierte Absprache und informiert per E-Mail, App-Benachrichtigung oder SMS über alle wichtigen Daten der Fahrt. „Gerade durch die interkommunale Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Städten und auch großen Betrieben im Elz- und Simonswäldertal ist die Mobilitäts-App eine großartige Möglichkeit, Fahrgemeinschaften zu bilden und somit auch einen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Entlastung zu leisten“, lobt Klaus Hämmerle, Bürgermeister von Winden im Elztal und Projektverantwortlicher der Elz-talgemeinden, die Mitfahrplattform.

#### Die App ist erst der Anfang

Die Jugendlichen sind stolz darauf, ihr Projekt nach zweijähriger Arbeit in die Tat umgesetzt zu haben. Doch das heißt nicht, dass für sie die Arbeit nun vorbei ist. Weitere kommunale Workshops und Informationsveranstaltungen sind geplant, bei denen alle Bürger für das Thema nachhaltige Mobilität sensibilisiert werden sollen. Hier wird die Mitfahrplattform noch einmal allen Interessierten vorgestellt. Zudem wird Hilfestellung bei der Anmeldung

gegeben. Auch können sämtliche Fragen geklärt werden, die mit Blick auf die Plattform auftreten; gerade wenn es um Aspekte der Sicherheit und des Datenschutzes geht, ist es wichtig, mit den Bürgern in den Dialog zu treten und deren Bedenken auszuräumen.

Eine wichtige Voraussetzung für den nachhaltigen Projekterfolg ist, dass die Bürger bezüglich ihres Mobilitätsverhaltens zum Umdenken animiert werden. Die Plattform funktioniert nur, wenn jeder seine Fahrt dort auch wirklich einträgt und nicht alleine mit dem Auto fährt.

Künftig ist zudem eine ÖPNV-Integration vorgesehen: Die Bus- und Bahnfahrzeiten sollen ebenfalls in der Mitfahranwendung angezeigt werden, so dass die Angebote miteinander vernetzt sind. Dabei ist wichtig festzuhalten, dass die private Mitfahrplattform keinesfalls eine Konkurrenz zum ÖPNV darstellt – sie soll lediglich bestehende Versorgungs- und Mobilitätslücken füllen und den ÖPNV damit sinnvoll ergänzen.

#### Ein Paradebeispiel für Jugendbeteiligung

Das gesamte Projekt ist ein hervorragendes Beispiel für Jugendpartizipation. Anfangs wurden durch die LEADER-Umfrage die Probleme analysiert. Die Jugendlichen gaben

sich jedoch nicht damit zufrieden, diese den Verwaltungen nur zu präsentieren, vielmehr arbeiteten sie größtenteils selbstständig an potenziellen Lösungen. „Gerade auch weil es um unsere Zukunft und die Zukunft des ländlichen Raums geht, ist es wichtig, Jugendliche zu beteiligen, um auch ihre Anliegen und Wünsche zu berücksichtigen und zu respektieren“, erklärt Simon Kuss vom Rat der Jugend. „Wir sind die Generation von morgen, und wir bringen uns und unsere Ideen gerne in die Gesellschaft ein.“ Dieses große Engagement hat schließlich alle überzeugt – vom Bürgermeister über die Senioren- und Behindertenverbände bis hin zu den regionalen Unternehmen. Damit haben die Jugendlichen ihr Ziel einer von vielen getragenen Mobilitätsplattform für das Zweisälerland erreicht.



**KONTAKT:**  
Udo Wenzl  
Kommunalberatung Kinder-,  
Jugend- und Bürgerbeteiligung  
Telefon: 07681 2099645  
info@udowenzl.de  
www.udowenzl.de  
www.mobil-im-tal.de

# Demografischer Wandel – eine Chance für die Landwirtschaft?

Entstehen durch den demografischen Wandel neue Einkommensquellen für Agrarbetriebe? Können diese durch Diversifizierung ihres Angebots zur Daseinsvorsorge im ländlichen Raum beitragen? Gemeinsam mit Praxispartnern suchte das Institut für Ländliche Strukturfor- schung Antworten auf diese Fragen. [VON CORDULA RUTZ, CHRISTIANE STEIL UND NICOLA VON KUTZLEBEN]

In Regionen, die vom demografischen Wandel geprägt sind, reicht das Angebot der öffentlichen Nahversorgung oft nicht mehr aus, um den Bedarf zu decken – Dorfläden und Gaststätte schließen und der öffentliche Nahverkehr dünnt immer weiter aus, so dass die Mobilität zunehmend erschwert wird. Gleichzeitig ändern sich die Bedürfnisse der Bewohner; beispielsweise suchen die Menschen nach Wohnformen, die es ihnen ermöglichen, auch im Alter und bei körperlichen Beeinträchtigungen in der Dorfgemeinschaft zu bleiben. Könnten genau diese veränderten Bedürfnisse der Menschen für landwirtschaftliche Betriebe eine neue Marktchance sein? Bisher diversifizieren sich die meisten Betriebe in klassischen und eng mit der landwirtschaftlichen Produktion verbundenen Bereichen, wie der Direktvermarktung oder dem Urlaub auf dem Bauernhof. Betriebe mit Einkommenskombinationen dieser Art sind bisher räumlich konzentriert, beispielsweise in touristisch attraktiven Regionen. Aus diesen Beobachtungen heraus entstand die Idee, in einem Forschungsvorhaben die Chancen des demografischen Wandels für die landwirtschaftliche Diversifizierung im Bereich der Nahversorgung und in der sogenannten sozialen Landwirtschaft – einer Form der Landwirtschaft, bei der die Betriebe soziale Dienstleistungen mit der landwirtschaftlichen Produktion verbinden – zu untersuchen.

## Strukturschwache Regionen im Fokus

Schwerpunkt des von der Landwirtschaftlichen Rentenbank geförderten Forschungsvorhabens waren Erhebungen im Landkreis Trier-Saarburg in Rheinland-Pfalz und in der Region SPESARTregional im ländlichen Osten des Main-Kinzig-Kreises in Hessen. Beide Modellregionen haben von 2011 bis 2013 im Modellvorhaben „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“ des Ministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit

Unterstützung des Instituts für Ländliche Strukturfor- schung (IfLS) eine Regionalstrategie zur Daseinsvorsorge entwickelt. In beiden Regionen zeichnen sich für die nächsten Jahre Bevölkerungsrückgänge und ein Anstieg des Durchschnittsalters ab. Im Rahmen des Projekts wurde untersucht, was landwirtschaftliche Betriebe in strukturschwachen Regionen davon abhält, neue Angebote zur Versorgung der Bevölkerung zu entwickeln, und welche Faktoren andererseits fördernd wirken. Dabei wurden die Praxispartner – in erster Linie der Verband SPESARTregional, die Kreisverwaltung Trier-Saarburg, der Bauern- und Winzerverband Rheinland-Nassau (Kreisverband Trier-Saarburg), das Amt für Umwelt, Naturschutz und ländlichen Raum des Main-Kinzig-Kreises sowie der Kreisbauernverband Main-Kinzig – in alle Projektphasen eingebunden.

Neben der Literaturrecherche führte das IfLS Interviews mit Experten aus den Bereichen demografischer Wandel und Nahversorgung, Diversifizierung der Landwirtschaft, soziale Landwirtschaft sowie Förderprogramme für die Landwirtschaft. Auf dieser Basis wurde ein Fragebogen für die Landwirte in den Untersuchungsregionen erarbeitet. In diesem sollten die Landwirte unter anderem angeben, welche Gründe für oder gegen eine Diversifizierung ihres Betriebes sprechen. Auch sollten sie mögliche Diversifizierungsformen mit Blick auf den demografischen Wandel beurteilen. Bei einer Rücklaufquote von 37 Prozent in der Region SPESARTregional und 21 Prozent im Landkreis Trier-Saarburg konnten insgesamt 560 Fragebögen ausgewertet werden. Die Ergebnisse wurden im Anschluss mit regionalen Schlüsselpersonen aus Landwirtschaft, Regionalmanagement, Beratung und Verwaltung im Rahmen von Fokusgruppendifkussionen erörtert und eingeordnet.

### Landwirte sehen Potenzial

22 Prozent (Spessart) beziehungsweise 31 Prozent (Trier-Saarburg) der befragten Landwirte sehen im demografischen Wandel und seinen Folgen Potenzial für die Erschließung neuer Einkommensquellen. Insgesamt können sich die Befragten für ihren eigenen Betrieb klassische landwirtschaftsnahe Diversifizierungsformen, die bereits erfolgreich praktiziert werden, besser vorstellen als innovative Angebote im sozialen Bereich. Einige Landwirte stehen aber auch neuen Einkommensquellen offen gegenüber: Beispielsweise können sich im Landkreis Trier-Saarburg 14 Prozent derjenigen Betriebe, die bisher keine Einkommenskombination betreiben, gut oder sehr gut vorstellen, Kranken- oder Altenbetreuung anzubieten.

In beiden Modellregionen wünschten sich die Landwirte und Schlüsselpersonen die Möglichkeit, Beispiele für bereits erfolgreich praktizierte Diversifizierungsformen kennenzulernen. Daraufhin wurden im Rahmen des Projekts zwei Informationsveranstaltungen durchgeführt. Hier stellten landwirtschaftliche Betriebsleiter Beispiele aus der eigenen Praxis vor: die Direktvermarktung über Automaten und Wohnangebote für Senioren auf dem Bauernhof. Ergänzt wurden die Präsentationen um Vorträge zu den bisher im Projekt gewonnenen Erkenntnissen und Informationen zu Beratungs- und Förderangeboten im Bereich Diversifizierung. Bei der Veranstaltung in Trier hatten die Anwesenden zudem die Gelegenheit, ihre eigenen Ideen gemeinsam mit den Vortragenden zu diskutieren und eine „Roadmap“ für eine erfolgreiche Diversifizierung zu entwickeln.

### Die Praxis von Anfang an einbinden

Rückblickend kann festgehalten werden, dass es sich lohnt, die Praxispartner von Beginn an in Forschungsvorhaben einzubinden und auch während der Laufzeit flexibel auf deren Bedürfnisse und neue Erkenntnisse zu reagieren. Dies bedeutet zwar einen höheren Abstimmungsaufwand, führt aber zu einer besseren Qualität und höheren Relevanz der Ergebnisse. Die Kooperation mit regional gut vernetzten, anerkannten Organisationen – beispielsweise den Bauernverbänden oder Landwirtschaftsämtern – erleichtert den Forschenden einerseits den Zugang zu den landwirtschaftlichen Betrieben; andererseits schützt er die Betriebe vor allzu praxisfremden oder umfangreichen Anliegen aus der Wissenschaft.

Landwirtschaftliche Diversifizierungsaktivitäten, die die veränderten Bedürfnisse in vom demografischen Wandel betroffenen Regionen aufgreifen, werden zukünftig an Bedeutung gewinnen. Auch werden solche Aktivitäten in Wissenschaft und Medien, in der Beratung und bei den Verbänden sicherlich eine größere Beachtung finden. Die in diesem Jahr geplante Veröffentlichung der Projektergebnisse soll zu dieser Entwicklung einen Beitrag leisten und den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis fördern. ■

Fotos: Schramek, Müller / senioren-wg-24.de



- 1 Im automatischen Hofladen der Familie Jung in Mittelhessen können Kunden gegen Münzeinwurf regionale Erzeugnisse kaufen – bei Tag und Nacht.
- 2 Familie Müller hat ihren Betrieb diversifiziert und auf ihrem Hof im Sauerland eine Seniorenwohngemeinschaft eingerichtet.

### SERVICE:

#### Zum Weiterlesen:

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Naturschutz und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, 2010: *Chancen für Beschäftigung und Einkommen im ländlichen Raum. Leitfaden zur Förderung von Diversifizierung und Umnutzung in Nordrhein-Westfalen*  
[www.kurzlink.de/diversifizierung](http://www.kurzlink.de/diversifizierung)



**KONTAKT:**  
 Cordula Rutz  
 Institut für Ländliche Strukturforschung (IfLS)  
 Telefon: 069 9726683-23  
[rutz@ifls.de](mailto:rutz@ifls.de)  
[www.ifls.de/projekte](http://www.ifls.de/projekte)

# Was macht ländliche Räume zukunftsfähig?

Ein internationales Forschungsvorhaben hat untersucht, wie Marktmechanismen, gesellschaftliche Anforderungen und Ressourcenverknappung die Entwicklung ländlicher Räume und die Landwirtschaft beeinflussen. Das Fazit: Kooperationen werden wichtiger. [VON KARLHEINZ KNICKEL UND SARAH PETER]

Den Einfluss der Märkte, die Anforderungen der Gesellschaft und die Verknappung der Ressourcen nahm das transdisziplinär ausgerichtete und von der Europäischen Kommission finanzierte internationale RETHINK-Forschungsvorhaben unter die Lupe. Koordiniert vom Institut für Ländliche Strukturforschung (IfLS) Frankfurt ging es darüber hinaus um die Frage, wie die Transformations- und Innovationsfähigkeit der Landwirtschaft und der ländlichen Räume gezielt gestärkt werden kann. Das Vorhaben konzentrierte sich auf die Schnittstelle zwischen landwirtschaftlichem Wandel und ländlicher Entwicklung und untersuchte die Möglichkeiten, vorhandene Ressourcen neu zu kombinieren und den Entwicklungsprozess aktiv zu gestalten.

Ein Hauptanliegen in der Projektplanung war es, wissenschaftliche Analysen handlungsorientiert zu bewerten und von der Praxis zu lernen. Die Projektpartner kamen neben Deutschland aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Österreich, Spanien, Schweden, der Schweiz, Israel und der Türkei. 14 großangelegte Fallstudien wurden in allen beteiligten Ländern als Best-Practice-Ansätze identifiziert und vertiefend untersucht.

## **Blick auf die Landkreise Schwäbisch Hall und Hohenlohe**

Die deutsche Fallstudie ging der Frage nach, welche Rolle ländliche Räume und die Landwirtschaft in der Entwicklung hin zu einer kohlenstoffarmen und ressourceneffizienten Ökonomie spielen können. Im Mittelpunkt der Fallstudie stand die energetische Nutzung von Roh- und Reststoffen in den baden-württembergischen Landkreisen Schwäbisch Hall und Hohenlohe. Untersucht wurden die seit Jahren etablierte dezentrale Energieerzeugung in den Landwirtschaftsbetrieben sowie gemeinschaftlich betriebene Biogasanlagen. In jüngerer Vergangenheit kamen in den untersuchten Landkreisen zudem Bioenergiedörfer hinzu, die lokale Ressourcen in örtlichen und regionalen Systemen zur Energie- und Wärmeerzeugung nutzen.

Die Bioenergiedörfer im Hohenlohekreis sind Teil der Bioenergieregion Hohenlohe-Odenwald-Tauber (H-O-T), die im Rahmen eines Bundesprogramms von 2009 bis 2015 durch das Bundeslandwirtschaftsministerium gefördert wurde. Im Mittelpunkt dieses Programms stand die Etablierung regionaler Akteurs-Netzwerke im Bereich der Bioenergie. Diese Netzwerke konnten im Landkreis Hohenlohe teilweise auf bereits vorhandenen Strukturen aufbauen, die im Zuge der Umsetzung von „Regionen Aktiv“ zwischen 2002 und 2007 geschaffen worden waren. Dort hatten sogenannte „regionale Partnerschaften“ die organisatorische Grundlage der Programmumsetzung gebildet. In der Region werden die Bürger seitdem in die Entscheidungsprozesse eingebunden; die Bioenergieanlagen befinden sich zu mehr als der Hälfte im Eigentum der Wärmekunden und der Biomasse liefernden Landwirte. Mindestens die Hälfte der Wärme wird durch Eigenerzeugung bereitgestellt, vor allem durch Kraft-Wärme-Kopplung (KW). Die Biomasse stammt dabei nicht aus Maismonokulturen oder von gentechnisch veränderten Pflanzen. Bioenergiedörfer tragen zum Ziel bei, eine Null-Emissions-Region zu entwickeln.

Im emissionsfreien Bioenergiedorf Untermaßholderbach im Hohenlohekreis hat man eine besonders positive Erfahrung mit dem Regionalmanagement gemacht: Ein Landwirt, der am Ortsrand eine Biogasanlage betrieb, wurde von den Einwohnern zunächst als Außenseiter betrachtet. Die Dorfbevölkerung vermutete, seine Idee, ein Nahwärmenetz einzurichten, entspringe rein ökonomischem Eigeninteresse – der potenzielle Nutzen für das Gesamtdorf wurde nicht gesehen. Erst als Vertreter des Regionalmanagements moderierend in den Prozess einstiegen, veränderte sich das Klima und das gemeinsame Bioenergiedorf-Projekt wurde angestoßen, an dessen Anfang eine offene Bürgerversammlung stand. Mittlerweile deckt fast das gesamte Dorf seinen Wärmebedarf über das lokale Netz, basierend auf Abwärme aus der Biogaserzeugung. Um Bedarfsspitzen im Winter abzudecken, wurde ein genossenschaftliches Holzhackschnitzelwerk errichtet.



Landwirte sind oftmals Pioniere der Energiewende und bauen Pflanzen wie die Silphie an.



### Die wichtige Rolle der Landwirte

Insbesondere Landwirte spielen für die energetischen Weiterentwicklungen eine wichtige Rolle als Protagonisten neuer Aktivitäten, etwa als „Energiewirte“ und Pioniere, die alternative Energiepflanzen kultivieren oder die Weiterverarbeitung und -nutzung von Reststoffen vorantreiben. Fast immer müssen dafür sektorübergreifende Verbindungen geschaffen werden, in Ansätzen sind sie in der von RETHINK untersuchten deutschen Bioenergieregion H-O-T bereits vorhanden. Um in Zukunft verstärkt neue Technologien nutzen zu können, gewinnen diese Verbindungen immer mehr an Bedeutung. Beim Aufbau neuer Wertschöpfungsketten kommt es darauf an, die lokalen Gegebenheiten und Ressourcen zu berücksichtigen, sodass Strom und Wärme aus erneuerbaren Quellen flächendeckend und kosteneffizient genutzt werden können. Für das Gelingen der dafür notwendigen sektorübergreifenden Netzwerke und Multi-Akteurs-Partnerschaften zwischen Landwirten, Handwerksbetrieben, Kommunen, Bürgern und Dienstleistern verschiedener Bereiche spielen die Bereitschaft zum Wandel, Unternehmerteil und Offenheit für Kooperation eine wichtige Rolle. Pilotprogramme wie die „Bioenergieregionen“ und „Regionen Aktiv“ haben sich als wichtige Katalysatoren solcher Prozesse erwiesen, da für sie die gute Zusammenarbeit eine Grundvoraussetzung ist.

### Innovationsförderung wird wichtiger

Aus den 14 RETHINK-Fallstudien wurden Empfehlungen abgeleitet und an die Verantwortlichen im Bereich der ländlichen Entwicklungspolitik auf EU-, Länder-, Regional- und Kommunalebene übermittelt. Die Fallstudien zeigten, dass zum Gelingen, etwa von Bioenergie-Projekten, die Integration verschiedener Politikbereiche und Multi-Akteurs-Netzwerke sowie eine Moderation der Prozesse nötig sind. Förderungen, die teils über eine Anschubfinanzierung hinausgingen, haben sich bei den untersuchten Projekten bezahlt gemacht.

Festgestellt wurde zudem, dass sich LEADER bezüglich Erneuerung und Aufbruch über viele Jahre bewährt hat. Die neuen Programmelemente in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), etwa die Europäische Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhal-

tigkeit“ (EIP-Agri) und die gleichzeitige Neuausrichtung der EU-Forschungsförderung in Horizont 2020 mit einem besonderen Schwerpunkt auf Multi-Akteurs-Projekten und thematischen Netzwerken, bieten weitere vielversprechende Möglichkeiten.

In der bisherigen Umsetzung werden allerdings die Querverbindungen zwischen diesen verschiedenen Handlungsansätzen vernachlässigt. So ist die Trennung von Produktion, Markt, sozialen Zielen, Umweltzielen und -maßnahmen nicht mehr zeitgemäß, aber immer noch weit verbreitet. Das gleiche gilt, wenn Wissen und Innovation noch immer primär im Zusammenhang mit Forschung und Universitäten gesehen werden: Praktikerwissen und partnerschaftliche Prozesse sind gerade mit Blick auf die neuen Anforderungen und Möglichkeiten höchst relevant. Bei der Umsetzung der ländlichen Entwicklungsprogramme und der nächsten Programmierungsphase gilt es daher, die Chancen neuer sektorübergreifender Kooperationen, innovativer Beteiligungsformen und Steuerungsmechanismen noch viel mehr als bisher für die dringend erforderliche Erneuerung und einen systemischen Wandel zu nutzen. ■

### SERVICE:

#### Zum Weiterlesen:

Peter, S., Pons, S., Knickel, K., 2015: *Opportunities for creating an eco-economy: Lessons learned from the Regional Action and Bio-energy Regions schemes (Germany)*. RETHINK Case Study Report (D3.3). Institut für Ländliche Strukturforchung. Frankfurt/M, [www.rethink-net.eu/case-studies](http://www.rethink-net.eu/case-studies)



#### KONTAKT:

Dr. Karlheinz Knickel  
Universität Évora, Instituto de Ciências Agrárias e Ambientais Mediterrânicas (ICAAM)  
Institut für ländliche Strukturforchung (IfLS)  
Telefon: 069 68601766  
[knickel@em.uni-frankfurt.de](mailto:knickel@em.uni-frankfurt.de)  
[www.ifls.de](http://www.ifls.de)

# Dorfgaststätten in Not

In immer mehr Dörfern werden die Gaststätten geschlossen. Mit ihnen geht auch eine zentrale Einrichtung des dörflichen Lebens verloren.

Wie können diese wichtigen sozialen Treffpunkte wiederbelebt werden?

[VON ILONA HADASCH, HARALD KEGLER UND JÜRGEN PETERS]

Jahrhundertlang bildeten Kirche und Gasthof das baulich-kulturelle Zentrum des Dorfes. Architektonisch prägen beide vielerorts auch heute noch das Dorfbild. Ihre Funktion als sozialer und kultureller Ortsmittelpunkt geht allerdings zunehmend verloren. So wird bundesweit ein rapider Rückgang der Dorfgaststätten beklagt; in Ostdeutschland wurde laut „Zeit Online“ inzwischen jede vierte Dorfgaststätte geschlossen.

Ob nun „Gasthof“ (Norddeutschland), „Kneipe“ (Mitteldeutschland) oder „Wirtshaus“ (Süddeutschland) genannt: Mit dem Niedergang der Gaststätten stirbt eine Tradition, die ihren Anfang im 16. Jahrhundert nahm. Da nämlich begann man, an strategisch bedeutsamen Punkten überregionaler Heer- und Handelsstraßen sogenannte Straßenkrüge einzurichten. Sie boten den Reisenden Verpflegung und Unterkunft sowie die Gelegenheit, ihre Pferde zu wechseln. Das Krug- beziehungsweise Schankrecht war ein Privileg, das häufig vom Landesherrn zugebilligt wurde.

## Gasthäuser als kommunikative Dorfzentren

Die Hochphase der Gasthäuser fällt in die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. In dieser Zeit wurden zahlreiche Vereine gegründet. Für sie war die Dorfgaststätte der kommunikative Mittelpunkt des ländlichen Raums. Auch trafen dort Menschen aus bäuerlichen Gegenden mit Reisenden aus den Städten zusammen. Für die kaum mobile ländliche

Bevölkerung war die Dorfgaststätte damit der einzige Ort, an dem sie an einem Diskurs über Gott und die Welt teilhaben konnten. Zudem hatten Dorfgaststätten eine wichtige Funktion für das gesellschaftliche Gefüge des Dorfes, da sämtliche Feiern wie Hochzeiten, Taufen oder auch Begräbnisse hier stattfanden.

Baulich unterschieden sich die Gaststätten in der Regel deutlich von den Bauernhäusern. Massiv gebaute Landgasthöfe entstanden bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts – der Übergang von der Fachwerk- zur Massivbauweise fand bei den Gaststätten also sehr früh statt. Da sie vorwiegend am Anger oder Dorfteich lagen und damit einen prominenten Platz im baulichen Dorfgefüge einnahmen, hat ihr Abriss in vielen Orten markante bauliche Lücken hinterlassen.

## Konkurrierende Entwicklung

Während im Westen Deutschlands der Niedergang der Dorfgasthäuser schon in den 1960er- und 1970er-Jahren begann, war die Entwicklung in der ehemaligen DDR zunächst eine andere. Hier behielten die Dorfgaststätten auch zu Zeiten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) ihre wichtige Funktion als gesellschaftlicher Treffpunkt. Die Dorfbevölkerung arbeitete noch mehrheitlich in der Landwirtschaft, man traf sich nach der Feldarbeit weiterhin im Dorfkrug. Vielerorts wurden die ehemals privat betriebenen Dorfgaststätten als LPG-Betriebsgaststätten fortgeführt.

Nach der Wende ereilte sie dann dasselbe Schicksal wie ihren Gegenstücken im Westen der Republik. Die Gründe für den Rückgang sind im gesamten Bundesgebiet vergleichbar: Die Individualisierung der Lebensverhältnisse und die Trennung von Arbeitsort (Stadt) und Wohnort (Dorf) haben dazu geführt, dass die meisten Menschen auf dem Nachhauseweg nicht mehr den Dorfgasthof für eine Zwischenstation ansteuern. Auch zeigte sich das Angebot der Unterhaltungsindustrie zunehmend attraktiver als das Bedürfnis nach geselligem Beisammensein im Wirtshaus.

Vereinsheime, in den 1960er- und 1970er-Jahren in Westdeutschland und in den frühen 1990er-Jahren auch in Ostdeutschland mit Förderung aus Programmen der ländlichen Entwicklung gebaut, wurden für die Dorfgasthäuser eine zusätzliche, schwer zu verkraftende Konkurrenz. Dabei konnten die Vereinsheime weder sozial noch städtebaulich die Funktion der Gasthäuser erfüllen. Sie waren exklusiv den Vereinsmitgliedern vorbehalten und wurden meist am Ortsrand errichtet.

## Wissenschaftliche Grundlagen

Im Rahmen einer Masterarbeit an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde wurde die Situation der Dorfgaststätten im Bundesland Brandenburg untersucht. Ziel war es, Erfolgsfaktoren für eine zukunftsfähige Neuausrichtung zu identifizieren. 20 Experten aus den Bereichen Kulturanthropologie, Soziologie und



Dorfgaststätten spielten einst eine bedeutende Rolle im sozialen und kulturellen Dorfleben. In den vergangenen Jahrzehnten wurden viele von ihnen geschlossen. Diese drei Gaststätten im brandenburgischen Landkreis Barnim haben überlebt.

Raumforschung wurden hierfür befragt. Außerdem wurde in drei brandenburgischen Dörfern und deren Dorfgaststätten eine Fallstudienanalyse durchgeführt. Neben dem Wirt wurden in jedem Dorf 20 Bewohner zur Situation der Dorfgaststätte befragt. Dabei hat sich gezeigt, dass die ungeklärte Nachfolgefrage häufig ein Grund für die Schließung von Dorfgaststätten ist. Für junge Menschen ist der Beruf Kneipenwirt offensichtlich nicht attraktiv. Kein Wunder: Als Gastwirt ist man unternehmerisch tätig, wird also nicht nach Tarif bezahlt und muss gewillt sein, Überstunden zu leisten, um den Gästen attraktive Öffnungszeiten anbieten zu können. Deutlich wurde auch, dass die Gaststätten nicht mehr von den Ortsansässigen alleine leben können. Obwohl fast allen befragten Dorfbewohnern die Existenz der Dorfgaststätte wichtig ist, gehen sie selbst nur selten dorthin. Als Gründe dafür wurden beispielsweise gestiegene Preise, die unzeitgemäße Einrichtung der Gaststätten oder persönliche Dissonanzen mit dem Gastwirt genannt. Der Tourismus hat sich daher für alle Gaststätten zu einem wesentlichen wirtschaftlichen Standbein entwickelt. Die Attraktivität des Dorfes für Touristen, aber auch für Neubürger entscheidet somit über die Zukunftsfähigkeit der Dorfgaststätte.

#### Einfache Maßnahmen – große Wirkung

Die Ergebnisse der Masterarbeit haben gezeigt, dass Dorfgaststätten – und das lässt sich sicherlich auch auf andere Bundesländer übertragen – durchaus eine Zukunft haben.

Entscheidend ist, dass die Dorfbewohner bereit sind, diese mitzugestalten. Werden sie gezielt für die Bedeutung der Dorfgaststätten sensibilisiert, können neue, langfristige und fruchtbare Kooperationen mit lokalen Akteuren entstehen, beispielsweise mit der Freiwilligen Feuerwehr oder mit Heimatvereinen, die spezielle Veranstaltungsreihen entwickeln könnten. Wichtig ist, eine öffentliche Diskussion um die Zukunft der Dorfgaststätten anzuregen, deren weitere Entwicklungsprozesse zu reflektieren und (wissenschaftlich) zu begleiten. Auf diese Weise könnten Dorfgaststätten zu inspirierenden Orten gestaltet werden, an denen die Bewohner Zukunftsvisionen für ihr Dorf und ihre Dorfgemeinschaft entwickeln.

Werden die Wünsche der Dorfbewohner berücksichtigt, können sie sich mit ihrem kulturellen Dorfzentrum, der Dorfgaststätte, besser identifizieren und werden diese häufiger aufsuchen. Generationengerechte und -übergreifende Angebote bieten die Möglichkeit, das Spektrum der Gäste zu erweitern. Hierfür ist auch ein barrierefreier Zugang wichtig, der allen Altersstufen den Besuch in der Dorfgaststätte erleichtert. Um einen kontinuierlichen Informationsfluss zwischen den Gaststätten-Inhabern und den Dorfbewohnern zu gewährleisten, sollte die Werbung für Veranstaltungen in den Gaststätten intensiviert werden.

Letztlich kommt auch dem Speisenangebot eine zentrale Bedeutung zu. Das Essen kann einfach, muss aber immer gut sein.

Die Qualität des Angebots zeigt sich beispielsweise in der Verwendung regionaler und saisonaler Produkte. Hier sollten vor allem die vor Ort ansässigen Landwirte, Fischer, Obst- und Gemüseproduzenten berücksichtigt werden. Das schafft Verbundenheit und hebt die regionalen Besonderheiten hervor. Und damit wiederum können die Gaststätten bei Touristen trumpfen. ■



#### KONTAKT:

Prof. Dr. Jürgen Peters  
Hochschule für nachhaltige  
Entwicklung Eberswalde  
Telefon: 03334 657334  
Juergen.Peters@hnee.de  
[www.hnee.de/Peters](http://www.hnee.de/Peters)

# Zeit und Geld für die Saat

Neu entwickeltes Saatgut, das bei konventionellen Landwirten als züchterischer Fortschritt gilt, passt oft nur eingeschränkt zu den Anforderungen des Ökolandbaus. Ein Privatfonds unterstützt die Züchtung von ökologischem Saatgut. Welche Ziele verfolgt er?



Oliver Willing ist Geschäftsführer der Zukunftsstiftung Landwirtschaft. Sie verwaltet und betreut den Saatgutfonds, mit dem Projekte zur Züchtungsforschung von biologischem Saatgut gefördert werden. [www.saatgutfonds.de](http://www.saatgutfonds.de)

## Herr Willing, seit 1996 unterstützt der Saatgutfonds Initiativen zur Züchtung von Obst, Gemüse und Getreide. Warum?

Für den Ökolandbau passen die heutigen Hohertragssorten nur bedingt. So will man im ökologischen Landbau nicht mit Beizmitteln oder chemischen Zusätzen arbeiten und daher hat man beim Getreide oft Probleme mit Pilzkrankheiten, beispielsweise dem sogenannten Getreidebrand. Deshalb haben die Züchtungsforscher, die wir unterstützen, in den vergangenen 20 Jahren sehr viel Arbeit darauf verwendet, widerstandsfähige

oder sogar gegen den Getreidebrand resistente Sorten zu entwickeln. Die konventionelle Züchtung legt überhaupt keinen Wert darauf, weil in der konventionellen Landwirtschaft Beizmittel verwendet werden.

Ein weiterer Grund: Mit einer entsprechenden Züchtung lässt sich erreichen, dass der Acker durch die Getreideblätter relativ früh im Jahr stark beschattet ist, um das Unkraut zu bremsen oder zu unterdrücken. Das spielt für die konventionelle Landwirtschaft keine Rolle, da sie Spritzmittel einsetzt.



Weil der Ökolandbau ganzheitlich ist, schaut man nicht nur auf den Körnerertrag. Für einen Biobetrieb mit Tierhaltung kann es auch sehr wichtig sein, genügend Stroh für die Einstreu zu haben. Die modernen Weizensorten, die im konventionellen Landbau verbreitet sind, wachsen höchstens bis zum Knie, damit bei hoher Stickstoffdüngung die Standfestigkeit gegeben ist; dadurch gibt es aber wenig Stroh. Wenn ein Ökolandwirt diese Sorten nutzen will, muss er eventuell zusätzlich Stroh vom konventionellen Nachbarn kaufen.



*Die Biozüchter  
haben  
Geschmack  
wieder zum  
Thema  
gemacht.“*

**Die konventionelle Saatgutzüchtung setzt auf Hybridsorten und Gentechnik. Möchten Sie zu dieser Entwicklung eine Alternative bieten?**

Wenn wir unsere Ernährungssouveränität erhalten wollen, müssen wir die Kontrolle über unseren Nachbau behalten. Die Hybridsorten haben zwar meistens einen höheren Ertrag als die samenfesten Sorten, aber den deutlichen Nachteil, dass das Saatgut vom Landwirt nicht selbst vermehrt werden kann. Die Samen müssen von einem Unternehmen jedes Jahr frisch nachgekauft werden. Drei Großkonzerne beherrschen 50 Prozent des kommerziellen Saatgutmarktes, es gibt bereits eine hohe Abhängigkeit. Wenn diese Konzerne sich dazu entschließen sollten,

dann später der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden sollen – wir setzen uns vehement gegen eine Patentierung von Sorten ein. Derzeit fördern wir acht gemeinnützige Dachorganisationen, die an über 30 Standorten Saatgut entwickeln. Viele Projekte sind in einen bestehenden Betrieb eingegliedert. Das hat den Vorteil, dass die Züchter ganz nah am Markt sind und die Regeln und Anforderungen kennen. Es gibt auch Projekte, in denen Züchter mit wissenschaftlichen Institutionen zusammenarbeiten.

**Welche Erfolge hatten die geförderten Züchter?**

Erfolge kann man an unterschiedlichen Dingen messen. Seit der Gründung des Saatgutfonds wurden über 80 Getreide- und Gemüsesorten durch das Bundessortenamt anerkannt, die aus der von uns geförderten Züchtungsforschung hervorgegangen sind. Sie stehen für die Praxis zur Verfügung und werden inzwischen in Deutschland auf tausenden Hektar angebaut. Auch in der Schweiz werden über 50 Prozent der ökologischen Getreideanbaufläche mit Sorten eines Züchters bestückt, den wir unterstützen.

Die hervorragende Arbeit der Öko-Züchter zeigt sich auch darin, dass in den vergangenen zehn Jahren fast jedes Jahr eines der von uns geförderten Züchtungsprojekte den „Förderpreis Ökologischer Landbau“ der Bundesrepublik Deutschland gewonnen hat.

Ein weiteres Erfolgsbeispiel ist die Gemüseentwicklung. Die konventionelle Gemüsezüchtung hatte den Geschmack bis vor zehn, 15 Jahren aus den Augen verloren: Sie züchtete auf Ertrag und Gleichförmigkeit, damit das Gemüse gut in die Kisten und Container passt und dem Kunden gefällt. Die Biozüchter selektierten bereits vor dem Jahr 2000 nach Geschmack. Ihr großer Verdienst ist es, dass sie Geschmack wieder zum Thema gemacht haben – inzwischen wirbt auch die konventionelle Züchtung damit.

**Die Saatgutentwicklung für die konventionelle Landwirtschaft unterstützen Sie nicht. Ist der Bedarf an Sortenvielfalt und einem eigenen Nachbau in diesem Bereich nicht sogar größer als im Biolandbau?**

Das kann man so nicht sagen. Natürlich – auch sie bräuchten Nachbau, aber die konventionelle Züchtung und Züchtungsforschung ist finanziell sehr gut versorgt. Das Programm zur Weizenhybridforschung wird in Deutschland mit mehreren Millionen Euro gefördert. Was da mit staatlichen Mitteln entwickelt

wird, ist die Vorstufenforschung, die Firmen später nutzen können, um in großem Maßstab Weizenhybride für den Markt zu entwickeln. Da fließt viel staatliches Geld hinein, aber Hybridweizen ist für den Ökolandbau nicht interessant. Die Bundesregierung hat das Ziel, den Ökolandbau auf 20 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche auszudehnen – dann müsste sie auch 20 Prozent der Forschungsgelder, die derzeit noch in Gentechnik und Hybridentwicklung fließen, der ökologischen Züchtungsforschung zur Verfügung stellen. Das macht sie bisher leider nicht.

**Die Entwicklung von Saatgut ist langwierig und teuer.**

**Wie wird der Saatgutfonds finanziert?**

Der Saatgutfonds ist ein Spendensammlungsfonds, das heißt, hinter ihm steht eine große Anzahl von Privatspendern, andere Stiftungen und sehr viele Unternehmen der Biobranche. Wenn wir in ein Projekt einsteigen, möchten wir es auch möglichst lange unterstützen: Die Entwicklung einer Sorte im Ökolandbau kostet 600 000 bis 700 000 Euro und dauert mindestens zehn Jahre. Dieses Jahr stellen wir für alle Projekte ein Gesamtvolumen von 1,15 Millionen Euro zur Verfügung.

Damit sind wir der größte private Förderer von ökologischer Saatgutforschung und -entwicklung in Deutschland; wir können aber den Förderbedarf von jährlich mindestens 2,5 Millionen Euro nicht einmal zur Hälfte decken. Es gibt zum Glück noch andere Stiftungen, die auch wichtige Beiträge leisten. Aber es fehlen jedes Jahr mehrere hunderttausend Euro und das ein oder andere Projekt kann dann eben nicht durchgeführt werden.

**Vielen Dank für das Gespräch.**

Das Interview führte Isabella Mahler.



Der Saatgutfonds unterstützt Saatgutzüchter, die samenfeste Sorten für den Ökolandbau entwickeln und züchten. Auf der Saatgut-Tagung 2015 konnten Interessierte im hessischen Bingenheim einen Getreidezuchtgarten besichtigen.

nur noch mit Gentechnik zu arbeiten, hat der Ökolandbau ohne eigene Züchtungsbasis überhaupt keine Ausweichmöglichkeiten mehr. Der Ökolandbau braucht auch deshalb ein eigenes Sortenspektrum, damit er selbst bestimmen kann, mit welchen Methoden gearbeitet werden soll.

**Unter welchen Bedingungen fördern Sie solche Initiativen?**

Eine wichtige Bedingung ist, dass die Saatgutentwicklung im gemeinnützigen Kontext stattfinden muss; das heißt, dass die Sorten



Viele Naturparke stellen für Besucher ein breites Wander- und Erlebnisangebot bereit. Im Rahmen der „Qualitätsoffensive Naturparke“ können sie sich evaluieren und auszeichnen lassen.

Der Verband Deutscher Naturparke (VDN) will die bundesweit 103 Naturparke bei ihrer Arbeit in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik unterstützen. Die „Qualitätsoffensive Naturparke“ soll ihnen dabei helfen, ihre Arbeit zu evaluieren und die Qualität ihrer Angebote zu steigern. Das Verfahren, mit dem die Auszeichnung „Qualitäts-Naturpark“ verliehen wird, lenkt das Augenmerk gezielt auf die Aufgabenbereiche Naturschutz, Tourismus, Umweltbildung sowie Regionalentwicklung und Management. Der Dachverband will zudem das Verständnis von Gemeinschaft stärken: Die Naturparke sollen sich gegenseitig unterstützen und zusammen weiterentwickeln.

#### Kollegial beraten

Die Naturparke nehmen an der Qualitätsoffensive freiwillig teil. Zu Beginn des Verfahrens müssen sie aus einem Bewertungskatalog rund 100 Fragen zu ihrer Arbeit in den fünf Aufgabenbereichen beantworten. Im Anschluss daran besucht sie einer der sogenannten „Qualitäts-Scouts“, ein in Evaluation und Beratung geschulter Mitarbeiter eines anderen Naturparks. Dieses Engagement ermöglicht einen intensiven Erfahrungsaustausch und eine gegenseitige Beratung.

Die im Bewertungskatalog abgefragten Handlungsfelder leiten sich aus dem Bundesnaturschutzgesetz und dem im Jahr 2009 erarbeiteten Leitbild des VDN ab. In einem sogenannten Naturpark-Steckbrief werden strukturelle Daten erhoben, die aber nicht in die Bewertung einfließen. Entwickelt und gestartet hat der VDN die Qualitätsoffensive im Jahr 2006 – mit Unterstützung

# Naturparke mit Anspruch

Vor zehn Jahren hat der Verband Deutscher Naturparke eine Qualitätsoffensive gestartet. 2015 ging sie in die dritte Phase. [VON JÖRG LIESEN, ANNETTE SCHÄFER UND ULRICH KÖSTER]

des Bundesamtes für Naturschutz und gefördert durch das damalige Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

#### Gute Resonanz

Um die Auszeichnung „Qualitäts-Naturpark“ zu erhalten, muss ein Naturpark 250 von 500 möglichen Punkten erreichen. Wer darunter liegt, wird als „Partner der Qualitätsoffensive Naturparke“ ausgezeichnet. Das Prädikat ist für fünf Jahre gültig. Danach gilt es, sich erneut zu qualifizieren. Viele Naturparke nutzen das Verfahren als Chance, um ihre Arbeit zu reflektieren und eine Stärken-Schwächen-Analyse zu erhalten. Relevant ist aber auch die Anerkennung, die ein Qualitäts-Naturpark in der Öffentlichkeit erfährt. Als besonders hilfreich empfinden viele den Austausch mit dem Qualitäts-Scout: Er trägt zu neuen Impulsen und Ideen bei, die sich häufig in konkreten Projekten niederschlagen.

In der ersten Runde der Qualitätsoffensive von 2006 bis 2010 nahmen 65 Naturparke teil, von denen 59 als Qualitäts-Naturpark ausgezeichnet wurden. In der zweiten Runde von 2011 bis 2015 erhielten 72 von 74 teilnehmenden Naturparken die Auszeichnung.

#### Qualität im Wandel

Im Jahr 2015 hat der VDN seinen Kriterienkatalog erneut überarbeitet und dabei Inhalte und Verfahren angepasst. So kamen Themen wie Wildnisgebiete, die naturschutzfachliche Eingriffsregelung und Maßnahmen zur Reduzierung von Lichtverschmutzung neu hinzu. Mehr ins Gewicht fällt auch, ob ein barrierefreies Naturerleben möglich ist und ob es Naturparkführer, eine Zusammenarbeit mit Kindergärten und Schulen sowie Angebote für Kinder- und Jugendgruppen gibt. Bei der Regionalentwicklung wird neuerdings nach Aktivitäten zu umweltverträglicher Mobilität und Klimaschutz gefragt.

#### Internationales Vorbild

Dass die Qualitätsoffensive sich auch als Evaluierungsinstrument eignet, um die Anforderungen aus dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt zu erfüllen, ist ein Fazit der 2012 durchgeführten Studie „Erfassung der Managementeffektivität in Europas Schutzgebieten“. Außerdem wurde die Kampagne 2010 in die internationale Datenbank zu Managementinstrumenten für Großschutzgebiete der World Commission on Protected Areas aufgenommen. ■



Fotos: Jörg Liesen



**KONTAKT:**  
Annette Schäfer  
Verband Deutscher Naturparke (VDN)  
Telefon: 0228 9212867  
info@naturparke.de  
www.naturparke.de

# Evaluierbar?

Der Einsatz öffentlicher Gelder muss gerechtfertigt sein, deshalb werden ELER-Programme evaluiert. In Bezug auf die europäische Investitionsförderung liegen die Tücken dabei in den Programmen. [VON FRANZ SINABELL]

In der Förderperiode 2007 bis 2013 wurden über den ELER Investitionen mit rund 27 Milliarden Euro gefördert (siehe Tabelle 1). Wie effektiv und wie effizient waren die Maßnahmen und welche Wirkung hatten sie? Um diese Fragen zu beantworten, hat ein internationales Team im Auftrag der Europäischen Kommission über 60 Maßnahmen aus elf europäischen ländlichen Entwicklungsprogrammen der vergangenen Förderperiode ausgewählt und mit unterschiedlichen Methoden evaluiert. Die Ergebnisse sind im Bericht „Investment Support under Rural Development Policy“ zusammengefasst.

## Schwer zu messen

Die Bewertung basiert auf Indikatoren: Die Effizienz ist ein Maß für den Aufwand, den es braucht, um das Ziel zu erreichen; die Effektivität zeigt an, ob das angestrebte Ziel erreicht wird und die Auswirkung, ob über die Fördergeldempfänger hinaus Wertschöpfung und Beschäftigung gesteigert wurden. Um sicherzustellen, dass die Erfolge interpretiert werden können, hat die europäische Kommission die Indikatoren klar definiert. Allerdings schreibt sie nicht vor, welche Evaluierungsmethoden eingesetzt werden sollen.

Während die Wirkung einer höheren Düngergabe auf den Ernteertrag zweifelsfrei überprüft werden kann, ist dies bei investiven Programmen nicht so einfach möglich. Da die Teilnahme an den Maßnahmen freiwillig ist, können keine Kontrollgruppen gebildet werden, die einen Vergleich zwischen Betrieben ermöglichen. Bestimmte ökonomische Verfahren eignen sich dafür, Aussagen über die Effizienz der Investitionsförderung zuzulassen, wenn umfangreiche Daten von Einzelbetrieben vorliegen. Fehlen ausreichend große Vergleichsgruppen, stoßen auch sie an ihre Grenzen. Mit anderen gebräuchlichen Evaluierungsmethoden, wie theoriebasierten Verfahren oder Befragungen, sind quantitative Aussagen nicht möglich.

## Vielleicht effektiv, auf jeden Fall wirksam

So ließen sich nur für eine geringe Anzahl der investiven Fördermaßnahmen der vergangenen Förderperiode zuverlässige Aussagen darüber treffen, ob sie effektiv und effizient waren. Ein Grund dafür war, dass bei der Programmumsetzung nicht bedacht wurde, die genannten Indikatoren quantitativ zu bestimmen. Die ökonomischen Auswertungen zeigten ein gemischtes Bild: Meistens führte die Investitionsförderung zu größerer Wertschöpfung und mehr Beschäftigung innerhalb der Landwirtschaft – sowie in Sektoren, die nicht unmittelbar gefördert wurden. Nach Ergebnissen von Input-Output-Modellen lösten die Förderungen zudem eine zusätzliche Nachfrage nach Investitionsgütern aus.

## Bewertbare Ziele definieren

Allerdings gab es auch Fälle mit negativen Wirkungen auf Beschäftigung und Wertschöpfung. Dies bedeutet aber nicht zwangsläufig ein Scheitern des Programms, denn einzelne Maßnahmen zielten darauf ab, die Arbeitsbedingungen oder die tiergerechte Haltung auf landwirtschaftlichen Betrieben zu verbessern.

Es zeigt sich: Vielfach machen es die komplexen und differenzierten Ziele der ländlichen Entwicklungsprogramme erforderlich, mit verschiedenen methodischen Zugängen zu arbeiten. Zudem sind sie auf einer rein ökonomischen Skala nicht zu messen: Maßnahmen, mit denen die Umwelt- und Arbeitsbedingungen oder die tiergerechte Haltung verbessert werden sollen konkurrieren mit jenen zur Steigerung von Gewinn oder Produktivität. Die Wirkung und Effizienz des Mitteleinsatzes trotzdem zu messen, gelingt umso besser, je operationaler die Ziele definiert sind und je sorgfältiger bei der Implementierung darauf geachtet wird, eine Evaluierung zu ermöglichen. Maßnahmen, die nicht evaluiert werden können, sollten gar nicht erst umgesetzt werden. ■

## Nominelle Ausgaben in den EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Investitionsförderung 2007

| Maßnahmen                                                       | Öffentliche Ausgaben |               | Investitions volume |
|-----------------------------------------------------------------|----------------------|---------------|---------------------|
|                                                                 | Millionen Euro       | ELER          | Gesamt              |
| 121: Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe               |                      | 7 710         | 12 769              |
| 122: Verbesserung des Wertes der Wälder                         |                      | 196           | 298                 |
| 123: Erhöhung der Wertschöpfung                                 |                      | 2 831         | 4 623               |
| 125: Ausbau der Infrastruktur im Forstsektor                    |                      | 2 484         | 4 535               |
| 216: Nichtproduktive Investitionen                              |                      | 362           | 563                 |
| 227: Nichtproduktive Investitionen                              |                      | 394           | 771                 |
| 311: Diversifizierung zu nicht-landwirtschaftlichen Aktivitäten |                      | 747           | 1 198               |
| 312: Unterstützung für Unternehmensgründung und -entwicklung    |                      | 888           | 1 273               |
| 313: Förderung touristischer Aktivitäten                        |                      | 622           | 1 013               |
| <b>Investitionsförderung insgesamt</b>                          |                      | <b>16 234</b> | <b>27 044</b>       |

Quelle: ENRD



**KONTAKT:**  
Franz Sinabell  
Österreichisches Institut  
für Wirtschaftsforschung  
Telefon: +43 1 7982601-481  
franz.sinabell@wifo.ac.at  
www.wifo.ac.at

# Umbruch ist machbar

Ein Großteil der Hausärzte in ländlichen Räumen wird in naher Zukunft in den Ruhestand gehen. Die Weiterführung ihrer Praxen ließe sich durch umfassende strukturelle Veränderungen sicherstellen: Geeignete Konzepte und der gesetzliche Rahmen ermöglichen das. [VON RAINER WINKEL UND JOACHIM SCHADE]

Die medizinische Versorgung in ländlichen Regionen muss umstrukturiert werden, da sie sonst in Zukunft nicht mehr gewährleistet werden kann. Es gilt zum einen, die Effizienz der Versorgungsleistung zu verbessern. Zum anderen müssen Strukturen verändert und Auffanglösungen für Praxisabgeber geschaffen werden.

## Neue Versorgung

Es gibt bereits Lösungsansätze, die Landärzte erfolgreich entlasten, beispielsweise ein verstärkter IT-Einsatz, Netzbildung und das Delegieren bestimmter Leistungen, etwa im niederschweligen Bereich. So können zeitaufwendige Hausbesuche zur Versorgung chronisch Kranker von besonders ausgebildeten Kräften übernommen werden: Im Jahr 2004 entwickelte das Institut für Community Medizin an der Universität Greifswald das Modell „AGnES“, es steht für die arztentlastende, gemeindenähe, E-Healthgestützte, systemische Intervention. AGnES lief 2008 aus, ein ähnliches Konzept mit anderer Bezeichnung setzen inzwischen einige Regionen um. In Bayern sind sogenannte „VERAHs“, Versorgungsassistenten in der Hausarztpraxis, unterwegs, in Baden-Württemberg „NäPas“, Nichtärztliche Praxisassistenten. Diese Kräfte können auch bei der Dokumentation helfen. Durch diese Entlastung sparen Ärzte bis zu 50 Prozent ihrer Arbeitszeit ein, so dass sie wesentlich mehr Patienten behandeln können. In Brandenburg nutzen Landärzte bei der Diagnosevorbereitung und Erstellung von Behandlungsplänen zeitsparende EDV-Programme und Forenschaltungen mit Fachkollegen. Dadurch können auch Akuterkrankungen wie Schlaganfälle besser in der Fläche behandelt werden. Das Ärztenetz Südbrandenburg (ANSB) setzt seit Langem erfolgreich diese Vernetzung zwischen Ärzten und Krankenhäusern um.

## Neuem Rollenverständnis entsprechen

Junge Ärzte wünschen sich Flexibilität und familienfreundliche Arbeitszeiten – die Arbeit des traditionellen Landarztes ist für sie wenig reizvoll. Attraktiv sind hingegen Mehrbehandlerpraxen und Medizinische Versorgungszentren (MVZs). Sie ermöglichen Teamarbeit sowie

Angestelltenverhältnisse in Teil- und Vollzeit und Vertretungen lassen sich leichter organisieren. Ideal ist es, wenn die Versorgungszentren mit den Krankenhäusern in der Region vernetzt sind. Gemeinsam können sie mit der Kassenärztlichen Vereinigung gut erreichbare Fortbildungsangebote für die niedergelassenen Ärzte schaffen und dadurch Standortnachteile ländlicher Räume angesichts der rasanten Weiterentwicklung in der Medizin ausgleichen.

Wenn ein Landarzt seine Praxis abgeben will und eine Nachbesetzung fehlt, muss eine Organisationsform gebildet werden, die sie übernimmt; als Träger haben sich Kooperationen von ansässigen Ärzten bewährt. Es können aber auch Krankenhäuser oder seit 2015 die Kommunen selbst sein, indem sie die medizinische Versorgung durch ein MVZ anbieten. Die personelle Besetzung kann dann durch angestellte Ärzte erfolgen. Dabei ist anzustreben, dass der Praxisabgeber weiterhin mitarbeitet und sukzessiv ausscheidet, um seine Patientenkenntnisse an das neue Personal weiterzugeben. So erfolgt ein gleitender Übergang für die Patienten, und das Praxispersonal wird gehalten. In Thüringen werden derartige Praxen auch von der Kassenärztlichen Vereinigung übernommen und mit angestellten Ärzten weitergeführt – bei der Option einer späteren Praxisübernahme.

## Rechtlicher Rahmen

Im Jahr 2009 wurde das Konzept für den delegativen Einsatz der nichtärztlichen Kräfte der VERAHs und NäPas in die kassenärztliche Regelversorgung aufgenommen. Seitdem können Landärzte diese Leistungen ihrer nicht-ärztlichen Mitarbeiter abrechnen. Im Jahr 2015 hat die Bundesregierung das „Gesetz zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung“ beschlossen. Dadurch ist es Kommunen möglich, Träger einer Praxis zu werden. Darüber hinaus empfiehlt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, der das Bundesministerium für Gesundheit berät, dass die Kassenärztliche Vereinigung und die Länder dafür sorgen sollten, die Hausarztvergütung in unterversorgten Gebieten deutlich zu erhöhen.



Damit gibt es mittlerweile neue Gestaltungsspielräume für die medizinische Versorgung. Allerdings werden die bereits niedergelassenen Landärzte bei ihrer hohen Arbeitsbelastung kaum von sich aus Veränderungen voranbringen, zumal für sie keine wirtschaftliche Notwendigkeit dafür besteht. Und die Kassenärztliche Vereinigung kann die Veränderungen nicht einleiten, weil sie viele unterschiedliche Interessen vertritt.

#### Wer muss handeln?

Es ist die Aufgabe der Kommunen, die Sicherung der Gesundheitsversorgung voranzutreiben. Der Bürgermeister der brandenburgischen Stadt Eltsterwerda mit 9 200 Einwohnern hat sich beispielsweise angesichts des drohenden Notstands mit den örtlichen Ärzten zusammengesetzt, gemeinsam haben sie ausreichend ärztliche Nachbesetzungen erreicht. Allerdings reicht eine Vernetzung auf kommunaler Ebene in ländlichen Räumen oft nicht aus, deshalb sind auch die Kreise gefordert. Im Rahmen eines Modellvorhabens der Raumordnung (MORO) wurden im hessischen Landkreisen Hersfeld-Rotenburg und im Vogelsbergkreis unter Führung des Kreises gemeinsam mit ansässigen Ärzten, Krankenhäusern und weiteren Gesundheitsdienstleistern Versorgungskonzepte entwickelt. In Rheinland-Pfalz hat der Landkreis Vulkaneifel im vorletzten Jahr ein vergleichbares Konzept erstellt und mit der Umsetzung begonnen.

Für den Erfolg solcher Konzepte ist es wesentlich, alle relevanten örtlichen Akteure einzubeziehen und auf die jeweiligen regionsspezifischen Erfordernisse einzugehen. Dafür sollte eine geeignete, unabhängige Organisationsform geschaffen werden, die die nötigen Stellen einbezieht, Abstimmungen vornimmt und koordiniert. Zugleich sollte sie darauf hinwirken, dass sich die relevanten Akteure aktiv in Arbeitsgruppen einbringen können.

Kreise und Kommunen können diese Rolle als Organisationsebene übernehmen: Im neuen Konzept „Gesundheitsregion plus“ des Freistaates Bayern fungiert ein „Gesundheitsforum“ als Umsetzungsgr-

mium, im Landkreis Vulkaneifel leistet das sogenannte „Koordinierungsforum“ diese zentrale Aufgabe. Dabei können externe Experten eine wesentliche Unterstützung leisten, indem sie beraten, informieren und zwischen unterschiedlichen Interessen, etwa ambulanter und stationärer Versorgung, ausgleichen. Für die Umsetzung der erarbeiteten Konzepte empfiehlt es sich, dass das Koordinierungsgremium Zielvereinbarungen mit den beteiligten Akteuren aushandelt. Die Erfahrung zeigt, dass damit auch ohne Weisungsbefugnis eine gewisse Verbindlichkeit für die Umsetzung bei den Akteuren erreicht wird.

#### Bundesweite Konzepte erforderlich

Die Sicherung der Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen steht vor großen, umbruchartigen Herausforderungen. Damit lässt sich jedoch umgehen, wie die erfolgreiche Umsetzung einiger Konzepte zeigt. Um strukturelle Weiterentwicklungen einzuleiten, muss aber bundesweit gehandelt werden. Von den Akteuren des Gesundheitswesens kann das nicht im Alleingang erwartet werden. Deshalb bedarf es mehr Aktivitäten von Kreisen und Kommunen, die Gesundheitsversorgung zu sichern und voranzutreiben. Eine wesentliche Aufgabe ist es zu allererst, die örtlichen und regionalen Akteure zusammenzubringen und für deren Koordination eine geeignete organisatorische Institution zu schaffen. ■



#### KONTAKT:

Prof. Dr. Rainer Winkel  
Deutsches Institut für Stadt und Raum (DISR)  
Telefon: 06127 62388  
info@disr-online.de, rainer.winkel@t-online.de  
www.disr-online.de

Joachim Schade  
Broglie, Schade & Partner GbR  
Telefon: 0611 180950  
www.arztrecht.de

# Über Gleichwertigkeit reden

Im fachlichen Austausch zur ländlichen Entwicklung wird oft das Fehlen der im Grundgesetz (GG) verankerten gleichwertigen Lebensverhältnisse angeprangert. Wer ist dafür zuständig, diesen Anspruch zu erfüllen?



Prof. Dr. Jens Kersten lehrt Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er ist einer von drei Autoren des Positionspapiers „Der Wert gleicher Lebensverhältnisse“ der Friedrich-Ebert-Stiftung.

”

*Es geht um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.“*

## Herr Kersten, muss der Staat gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen?

Im Grundgesetz tauchen die gleichwertigen Lebensverhältnisse insbesondere in Artikel 72 Absatz 2 auf. Zunächst ist diese Regelung aber nicht als staatlicher Gestaltungsauftrag, sondern als Beschränkung zu verstehen: Der Bund darf seine Gesetzgebungskompetenzen, die mit denen der Länder konkurrieren, zum Teil nur in Anspruch nehmen, um gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Das ist nach dem Bundesverfassungsgericht erst dann der Fall, wenn das Sozialgefüge der gesamten Bundesrepublik gefährdet ist.

## Also sind die Länder zuständig?

Die regionale Daseinsvorsorge ist ihr Aufgabenfeld. Aber bei allem geht es um den Zusammenhalt unserer gesamten Gesellschaft. Wenn man das Bundesverfassungs-

gericht ernst nimmt, ist die Gleichwertigkeit ein föderales Rechtsgut, das unsere Republik insgesamt ausmacht. Deshalb wäre es gut, wenn sich der Bund mehr einbrächte. Es würde Sinn machen, die regionale Daseinsvorsorge als Gemeinschaftsaufgabe in Artikel 91a GG zu verankern.

## Eine öffentliche Diskussion über die Gleichwertigkeit findet aber nicht statt.

Unter Fachleuten ist die Debatte voll im Gange. Politisch ist das Thema allerdings gefährlich, denn die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist das Gründungsversprechen unserer Republik. Darauf haben aus der Perspektive des Wohlfahrtsstaats alle einen Anspruch. An die Frage, wer ein- und wer ausgeschlossen wird, wagt sich keiner. Es fehlt zudem eine Diskussion der Frage: Wie viel Gleichheit brauchen wir denn? Man kann auch danach fragen, wie wir Daseinsvorsorge so gestalten, dass sie dem allgemeinen Gleichheitssatz aus Artikel 3 GG genügt. Und wie sieht es eigentlich aus mit dem Sozialstaatsgebot aus Artikel 20 GG? Wir könnten aus einer Vielzahl an rechtlichen Möglichkeiten über den Wert gleicher Lebensverhältnisse diskutieren. Aber wir tun das nicht.

## Ist das Thema zu abstrakt?

Nein: es geht um die Frage nach der Energieversorgung, der medizinischen Versorgung, um Mobilität und Kommunikation. Das sind Gradmesser für die gesellschaftliche Inklusion. Wir müssten eine Debatte darüber führen, was unsere Gesellschaft zusammenhält und Bereiche identifizieren, in denen wir Gleichheit haben wollen. Sonst fühlen sich Menschen ausgeschlossen,

die nicht daran teilhaben. Das ist kein Zustand, den unsere Verfassung favorisiert.

## Geht es um Gleichwertigkeit oder um Gleichheit?

Das muss man differenzieren. So gibt es verschiedene Möglichkeiten mobil zu sein: im ÖPNV, im Individualverkehr und in Mischformen. Da muss man die Frage der Gleichwertigkeit anders diskutieren als bei der Frage nach der Internetversorgung. Beim Thema Breitband gilt es, Standards zu setzen, die für alle gelten. Wie man den Sektor Mobilität gestaltet, kann man hingegen mit den Menschen vor Ort diskutieren.

## Dann muss die Gleichwertigkeit auch kommunal ein Thema sein?

Das ist nicht leicht. Aber es erhalten jene Menschen eine Stimme, deren sozialer Raum sich bei einer kalten Sanierung mit einem schleichenden Abbau von Infrastrukturen immer weiter verengt. Dann kann man neue Formen von gemeinschaftlichen Entscheidungen versuchen. In Amerika gibt es sogenannte Business Improvement Districts. Dieses Konzept ließe sich auf schrumpfende Regionen übertragen. So könnte ein Dorf demokratisch darüber abstimmen, ob es mit dem regionalen Verkehrsbetrieb ein Fahrkarten-Abo abschließt, um den Anschluss zu sichern – also auch jene, die sonst mit dem Auto fahren. Dabei zeigen sich die Möglichkeiten und die Grenzen der Solidarität. Ich habe den Eindruck, der Mut, heikle Themen anzusprechen, wird von den Bürgern belohnt.

**Vielen Dank für das Gespräch!**  
Das Interview führte Anja Rath.



# DIE POSITION

## Wem gehört der Wald?

”

*Der Wald dient als Abziehbild für menschliche Bedürfnisse, die in der Stadt scheinbar nicht erfüllt werden.“*

Von Philipp Freiherr zu Guttenberg,  
Präsident der AGDW – Die Waldeigentümer

Dass es in Deutschland einen metertiefen Graben gibt zwischen Waldbewirtschaftung und Naturschutzverbänden ist außergewöhnlich und wird in vielen europäischen Nachbarländern mit Verwunderung beobachtet. Hinzu kommen die ideologischen Geschütze, die von Naturschutzspitzen und ihren politischen Vertretern aufgefahren werden gegen jene, die mit dem Wald und von seiner nachhaltigen Bewirtschaftung leben. Sie erzeugen damit eine Druckwelle auf den ländlichen Raum, die ein Leben dort deutlich erschwert.

Der Grund ist eine dem Land entrückte urbane Bevölkerung. Meinung – nicht Wissen – wird in Berlin, Frankfurt oder München gemacht und nicht im bayerischen Laberweinting, im hessischen Butzbach oder brandenburgischen Neutrebbin. Urbane Naturschützer, die seit Generationen in den Städten leben und auf die ländliche Bevölkerung mit zunehmendem Unwissen und einer gewissen Arroganz hinunterblicken, beanspruchen die Deutungshoheit über die Natur. Dabei dient der Wald als Abziehbild für menschliche Bedürfnisse, die in der Stadt scheinbar nicht erfüllt werden. Herhalten müssen Wälder und Kulturlandschaften, die – stillgelegt – zur „neuen Wildnis“ modelliert und mit lukrativen Freizeitaktivitäten wie Survivalcamps durchzogen werden. In diesem wilden Disney Park stören Waldeigentümer und Förster.

Im Grunde ist es ganz einfach: Wer Wald erleben will, sollte bei einem Waldbauern vorbeischaun. Wir Waldeigentümer leben mit dem Wald, wir hegen ihn, wir pflegen ihn, wir bewirtschaften ihn. Auf der Basis der nachhaltigen Forstwirtschaft, die auf einer 300 Jahre alten Tradition fußt, sorgen wir für seine Vitalität und Stabilität. Wir stellen den ökologischen Rohstoff Holz für den Bau von Häusern, Möbeln und Alltagsgegenständen zur Verfügung; wir leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz – und wir sorgen für Leben und Arbeit im ländlichen Raum.

Wir fühlen uns dem Wald verbunden, sei es als Eigentümer, der seinen Wald in zehnter Generation bewirtschaftet, sei es als Kleinprivatwaldbesitzer, der in einer Genossenschaft oder Forstbetriebsgemeinschaft organisiert ist. Wir sind so vielfältig und unterschiedlich wie der Wald selbst. 48 Prozent – und damit fast die Hälfte – des Waldes in Deutschland gehören privaten Eigentümern, 19 Prozent sind in der Hand von Kommunen und Körperschaften. Folglich ist es frappierend, mit welcher Hartnäckigkeit und Ignoranz Teile des Naturschutzes diese große Gruppe übergehen.

Während das urbane Eigentum respektiert wird – wer marschiert schon durch die Produktionshalle eines Automobilproduzenten oder geht im Gemüsebeet seines Nachbarn spazieren –, gerät der Waldeigentümer unter immer stärkeren Rechtfertigungsdruck. Über ihn können Auflagen von Seiten des Naturschutzes einprasseln, obwohl er nachhaltig und ökologisch wirtschaftet. Und wenn er Pech hat, wird er beschimpft, weil er einen Baum markieren oder ernten möchte. Die Welt steht auf dem Kopf, wenn es um den Wald geht. Es wird Zeit, den Wald wieder auf die Füße zu stellen und Vernunft walten zu lassen.



**Stimmen Sie dem zu?**

**Oder sehen Sie es anders?**

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur obenstehenden Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an [landinform@ble.de](mailto:landinform@ble.de), per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion

# angelesen



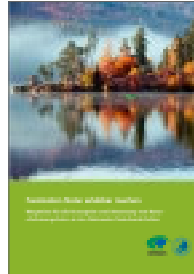
## Demografische Entwicklungen in Ostdeutschland

Nach einem jahrelangen Abwanderungstrend gibt es in Ostdeutschland seit 2012 wieder mehr Zu- als Fortzug. Davon profitieren allerdings nur 15 Prozent der ostdeutschen Gemeinden, alle anderen schrumpfen weiter – so lassen sich die Ergebnisse der neuen Studie des Berlin Instituts für Bevölkerungsforschung und Entwicklung umreißen. Die Analyse ostdeutscher Wanderungsmuster bringt auch interessante Details ans Licht: Beispielsweise wird deutlich, dass Menschen im Rentenalter immer häufiger aus den kleinen und entlegenen Dörfern abwandern. Die Autoren diskutieren zudem die demografischen Folgen des aktuellen Flüchtlingszustroms für die ostdeutschen Flächenländer. Trotz der diesbezüglich schwierigen Datenlage gelingt es ihnen, ein umfassendes Bild zu zeichnen.

Abschließend fragen die Autoren „Was tun?“ und tragen vielfältige Handlungsempfehlungen für die Politik zusammen. Wie in früheren Veröffentlichungen des Berlin-Instituts werden hier provokante Vorschläge ins Spiel gebracht. So raten die Autoren beispielsweise dazu, älteren Dorfbewohnern einen Umzug in die Stadt durch Beratung und Umzugsbeihilfen zu erleichtern.

Die Verwaltung solle zudem „die Gunst der Stunde nutzen und die Rolle der sich wieder stabilisierenden Zentren als Versorgungsanker im Raum stützen“, auch wenn „bei dieser Politik die Zentren profitieren und einige kleinere Orte über kurz oder lang von ihren Bewohnern aufgegeben werden“. Die Studie besticht durch eine differenzierte Analyse und vertritt streitbare Schlussfolgerungen. Dabei liest sie sich sehr gut, denn die Ergebnisse sind klar strukturiert, prägnant formuliert und attraktiv illustriert.

Dem Berlin-Institut ist damit erneut ein spannender Beitrag für all jene gelungen, die über die Zukunft der ländlichen Räume in Ostdeutschland diskutieren wollen. [chr]



## Faszination Natur touristisch erlebbar machen

Reiseziele in deutschen Kulturlandschaften und Schutzgebieten bieten ein großes Potenzial an Erlebnismöglichkeiten in der Natur und können mit entsprechenden Angeboten für Besucher attraktiv werden. Insbesondere in Naturparks und Biosphärenreservaten ist es ein Entwicklungsziel, den Naturschutz mit Regionalentwicklung und nachhaltigen Einkommensquellen, wie dem sanften Tourismus, zu kombinieren.

Der Verband Deutscher Naturparke (VDN) und Europarc Deutschland haben mit Unterstützung einer Unternehmensberatung einen Leitfaden entwickelt, der Regionen dabei unterstützt, ihr touristisches Naturerlebnisangebot auszubauen oder zu verbessern. „Faszination Natur erlebbar machen“ steht dem Leser dabei in zwei Versionen zu Verfügung: Der „Wegweiser“ bietet eine umfangreiche Hilfestellung; der „Leitfaden“ ist dessen komprimierte Fassung und als konkrete Arbeitshilfe konzipiert. Sie ermöglicht dem Leser einen schnellen Einstieg in das Thema, um auszuloten, ob und welche Naturerlebnisangebote in einer Region vielversprechend sein könnten.

Die beiden Ratgeber bündeln wichtige Informationen und geben Empfehlungen mit deren Hilfe es schnell gelingen kann, aus einer Idee ein Angebot zu entwickeln, eine geeignete Zielgruppe auszuwählen, die richtigen Partner zu identifizieren und die nächsten Schritte zu planen. Die Arbeitshilfen zielen schwerpunktmäßig darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen touristischen Partnern und Schutzgebieten auszubauen. Dennoch kann der Leitfaden auch für Regionalmanagements oder LEADER-Gruppen eine nützliche Lektüre sein, um Potenziale für Naturtourismus zu identifizieren und Angebote zu entwickeln. [jaf]

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.):  
Im Osten auf Wanderschaft.  
Wie Umzüge die demografische Landkarte zwischen  
Rügen und Erzgebirge verändern,  
2016, 76 Seiten,  
im Download verfügbar unter [www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org)  
ISBN 978-3-9816212-9-7

Verband Deutscher Naturparke e. V. (VDN) und  
Europarc Deutschland e. V. (Hrsg.):  
Faszination Natur erlebbar machen.  
Wegweiser für die Konzeption und Umsetzung  
von Naturerlebnisangeboten in den Nationalen  
Naturlandschaften, 2016, 100 Seiten,  
Wegweiser und kurzer Leitfaden im Download verfügbar  
unter [www.naturparke.de](http://www.naturparke.de)

## angekündigt

### Open Farm Day Tour 2016

Zur „Open Farm Day Tour 2016“ laden am 24. und 25. Juli 2016 über 100 landwirtschaftliche Betriebe in Estland ein. Kleine und große Unternehmen öffnen ihre Tore, geben Einblick in ihre Produktion und bieten lokale Spezialitäten an. Eingeladen sind sowohl Landwirte als auch Mitglieder ländlicher Netzwerke aus ganz Europa. [abb]

[http://kurzlink.de/Open\\_Farm\\_16](http://kurzlink.de/Open_Farm_16)

### LINC:

#### Konferenz mit Sportprogramm

Sportlicher Wettkampf und kulinarische Höhepunkte gehören zur jährlichen LINC-Konferenz genauso dazu wie der kommunikative Austausch. Das Ziel von LINC – LEADER inspired network community ist es, diejenigen zusammenzubringen, die Interesse an der ländlichen Entwicklung Europas haben und ihnen die Gelegenheit zu geben, gemeinsam etwas zu erleben und dabei Ideen auszutauschen. Dieses Jahr lädt die ungarische Lokale Aktionsgruppe (LAG) Felső-Homokhátság in ihr Heimatland ein: Engagierte aus den LEADER-Regionen, Mitglieder der europäischen LAGs, Vertreter von Verwaltungsbehörden und Zahlstellen treffen sich vom 27. bis 29. September 2016 in Dabas. [abb]

[www.linc2016.eu](http://www.linc2016.eu)

### „ZeitzeicheN“ setzen

Der „Deutsche Lokale Nachhaltigkeitspreis ZeitzeicheN“ rückt beispielhaftes Engagement für eine lebenswerte Zukunft ins öffentliche Bewusstsein. In der Kategorie „Kommunen“ werden Aktivitäten und Projekte gewürdigt, die für eine nachhaltige lokale Entwicklung in Deutschland Zeichen setzen und andere zur Nachahmung anregen. Neben den Kommunen sollen auch Projekte in den Kategorien Initiativen, Unternehmen, Jugend, Bildung und internationale Partnerschaften Auszeichnungen erhalten. Bewerbungen sind bis zum 10. Juli 2016 möglich. [abb]

[http://kurzlink.de/N21\\_ZeitzeichenN](http://kurzlink.de/N21_ZeitzeichenN)

### Cork 2.0: Konferenz zur ländlichen Entwicklung

Im irischen Cork findet am 5. und 6. September 2016 „Cork 2.0“, eine von der EU-Kommission organisierte europäische Konferenz zur ländlichen Entwicklung, statt. Die Themen Umwelt, Klima und Wasser sowie Innovationen, die Revitalisierung des ländlichen Raums, Beschäftigung, Inklusion und Migration stehen auf der Agenda. Außerdem soll es Workshops zum Wachstumspotenzial in der Agrar- und Nahrungsmittelkette geben. [abb]

[http://kurzlink.de/Cork\\_9\\_16](http://kurzlink.de/Cork_9_16)

### LEADER TNC Fair: Kooperation im Fokus

Die estnische Vernetzungsstelle lädt vom 24. bis 26. August 2016 zum „LEADER TNC Fair 2016“, einer Veranstaltung zur transnationalen Kooperation, nach Jämeda in Estland ein. Nach den Workshops können sich die Teilnehmer für eine von sieben Touren in verschiedene LEADER-Regionen entscheiden. Zur Veranstaltung sind Vertreter von CLLD und LEADER, der europäischen Lokalen Aktionsgruppen und der Lokalen Fischerei-Aktionsgruppen (FLAGS) eingeladen. [abb]

[http://kurzlink.de/TNC\\_16](http://kurzlink.de/TNC_16)

### Energiefahrplan 2050 – Weichen stellen für morgen

Das zweitägige C.A.R.M.E.N.-Symposium am 11. und 12. Juli 2016 in Würzburg greift die aktuellen Entwicklungen im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe und erneuerbaren Energien auf. Diskutiert werden beispielsweise die Möglichkeiten, in Kommunen energieeffizienter zu wirtschaften. Anmeldungen sind bis 4. Juli 2016 erwünscht, Veranstalter ist C.A.R.M.E.N. e.V. – Centrales Agrar-Rohstoff Marketing- und Energie-Netzwerk. [abb]

[www.carmen-ev.de/infothek/c-a-r-m-e-n-e-v/symposium](http://www.carmen-ev.de/infothek/c-a-r-m-e-n-e-v/symposium)

## LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe Exemplare.

Institution

Vorname/Nachname

Straße/Hausnr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum

Unterschrift

☐ Ich möchte den kostenlosen DVS-Newsletter landaktuell abonnieren. (Bitte geben Sie Ihre E-Mail-Adresse an.)

bitte  
freimachen

Sie können LandInForm auch im Internet unter [www.land-inform.de](http://www.land-inform.de) bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
Deichmanns Aue 29  
53179 Bonn

## Im Fokus unserer nächsten Ausgabe: Multitalent Wald



### Termine

|                          |                                                                                                                                  |                                                                                                                                                                                        |
|--------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 11. und 12.<br>Juli      | <b>24. C.A.R.M.E.N. – Symposium Energiefahrplan 2050 – Weichen stellen für morgen</b><br>Symposium in Würzburg<br>Infos Seite 55 | C.A.R.M.E.N. e. V., Centrales Agrar-Rohstoff Marketing- und Energie-Netzwerk im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe<br><a href="http://www.carmen-ev.de">www.carmen-ev.de</a> |
| 13. und 14.<br>Juli      | <b>Vermarktung von Milch*</b><br>Transferbesuch in Niedersachsen und Schleswig-Holstein<br>Infos auf Seite 8                     | DVS<br><a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/milch">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/milch</a>                                                                              |
| 13. bis 16.<br>September | <b>Schulung für Regionalmanager*</b><br>Schulung in Bad Kissingen<br>Infos auf Seite 9                                           | DVS<br><a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/schulungen">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/schulungen</a>                                                                    |
| 27. bis 29.<br>September | <b>LINC-Konferenz</b><br>Europäische LEADER-Konferenz in Ungarn<br>Infos Seite 55                                                | LINC – LEADER Inspired Network Community<br><a href="http://www.info-linc.eu">www.info-linc.eu</a>                                                                                     |
| 12. und 13.<br>Oktober   | <b>Anpassungen der Landwirtschaft an den Klimawandel*</b><br>Tagung in Bonn<br>Infos auf Seite 9                                 | DVS<br><a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/landwirtschaftsklima">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/landwirtschaftsklima</a>                                                |
| 8. und 9.<br>November    | <b>Bundesweites LEADER-Treffen*</b><br>Veranstaltung in Süddeutschland<br>Infos auf Seite 9                                      | DVS<br><a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/veranstaltungen">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/veranstaltungen</a>                                                          |

### Unser Fokuscartoon von Mele

